

Marc Storace, Marine Le Pen, Roger de Weck, L'Wren Scott, Paul Widmer

Nummer 13 – 27. März 2014 – 82. Jahrgang
Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

DIE WELTWOCHEN



Wie neutral ist die Schweiz?

Die Krim-Krise und die Defizite der Berner Aussenpolitik. *Von Urs Paul Engeler*

Tischgespräche mit Putin

Das grosse Dossier zu Russland. *Von Michael Stürmer, Herfried Münkler u. v. a.*




ZENITH
SWISS WATCH MANUFACTURE
SINCE 1865

**EL PRIMERO
CHRONOMASTER 1969**

F O L L O W Y O U R O W N S T A R



www.glatt.ch

Brasil

22. März bis 13. Juli 2014

Glatt

Intern

Russlands Präsident Wladimir Putin hat die Machtpolitik zurück auf die internationale Agenda gewuchtet. Manche Illusion der letzten Jahre ist geplatzt, Feindbilder sind schnell zur Hand. Doch wer ist Putin wirklich? Welche Fehler hat der Westen gemacht? Und was trägt die russische Geschichte zur Klärung der aktuellen Ereignisse bei? Wir haben ein grosses Russland-Special zusammengestellt mit namhaften Autoren wie dem Göttinger Historiker Manfred Hildermeier, dem Berliner Politologen Herfried Münkler und dem Historiker und Journalisten Michael Stürmer, der Putin mehrfach persönlich begegnet ist. **Seite 44**



Gewaltiges Organ: Rocker Storage.

Sein Buch über den Sonderfall Schweiz, erschienen im Verlag NZZ Libro, gehört zum Klügsten, was in letzter Zeit über unser Staatswesen geschrieben worden ist. Allerdings ist nicht sicher, ob seine Kollegen im Aussendepartement (EDA) es wirklich gelesen haben. Autor Paul Widmer ist Botschafter, er war in seiner Karriere unter anderem in Berlin und beim Europarat stationiert. *Weltwoche*-Vize Philipp Gut hat Widmer kurz vor dessen Abschied aus dem EDA zu einem Gespräch über die Neutralität, die Krim-Krise und die Lage der Schweiz in Europa und der Welt getroffen. Widmer sieht in der Abkehr von der klassischen Neutralitätspolitik einen Fehler. Die Schweiz müsse sich wieder klarwerden, worin ihre Stärken liegen – und weniger darauf spekulieren, was die ändern wohl denken könnten. «Unsere Existenzberechtigung ist ein Maximum an politischer Freiheit», sagt Widmer. Dafür müssten wir auf aussenpolitische Macht verzichten. **Seite 24**

Als Kulturredaktor Rico Bandle letzte Woche die grosse Halle der «Brasserie» im Bahnhof Basel betrat, erwartete ihn Krokus-Sänger Marc Storace bereits an der Bar. Der Rocker wirkte unauffällig, etwas schüchtern begrüßte er den Journalisten. Seine Stimme, auf der Bühne ein gewaltiges Organ, ist im Gespräch sanft und leise. Seit 1980 ist er der Frontmann der erfolgreichsten Schweizer Rockband, ohne wirklich



«*Besserköner*»: Autor Koydl.

Frontmann zu sein: Die Fäden ziehen andere, vor allem Bassist und Produzent Chris von Rohr. Wie erging es dem Malteser in der Solothurner Band? Drei Stunden lang hat er die Geschichte aus seiner Sicht erzählt. **Seite 64**

In eigener Sache: Ab 1. Juli wird der renommierte deutsche Journalist Wolfgang Koydl als Autor und Redaktor zur *Weltwoche* stossen. Koydl, Jahrgang 1952, durchlief frühe Stationen bei der BBC und der *Washington Post*, war dann Auslandschef bei der Wiener *Presse*, anschliessend für die Deutsche Presse-Agentur in Kairo und Moskau. Die letzten knapp 25 Jahre war Koydl für die *Süddeutsche Zeitung* tätig, als Vize-Ressortleiter Aussenpolitik, dann als Korrespondent in Istanbul, Washington, London und Zürich. Koydl ist Autor mehrerer Bücher, zuletzt des Bestsellers «Die Besserköner» über die Schweiz. Der in der Nähe von Zürich lebende Koydl wird für die *Weltwoche* über die Schweiz schreiben, aber auch über Themen des Auslands, unter anderem der EU. Wir freuen uns sehr und heissen den neuen Kollegen willkommen.

Aus technischen Gründen entfällt in dieser Ausgabe Jeroen van Rooijens Stilseite. Wir bitten um Entschuldigung.

Ihre Weltwoche

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,
E-Mail: redaktion@weltwoche.ch
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,
E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 283.– (inkl. MwSt.)
Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter
www.weltwoche.ch/abo
E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Stv. Chefredaktor: Philipp Gut (*Leitung Inland*)
Produktionschef: Lukas Egli
Redaktioneller Berater: Urs Paul Engeler

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*),
Alex Baur, Urs Gehrig,
Christoph Landolt, Christian Mundt,
Daniela Niederberger, Alex Reichmuth,
Markus Schär, Beatrice Schlag (*Los Angeles*),
Florian Schwab, Mark van Huissingel

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann,
Silvio Borner, Henryk M. Broder,
Peter Hartmann, Pierre Heumann,
Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer,
Peter Keller, Wolfram Knorr,
Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli,
Franziska K. Müller,
Daniele Muscionico, Deborah Neufeld,
Kurt Pelda, Peter Rüedi,
Kurt Schiltknecht, David Schnapp,
Hildegard Schwaninger,
Martin Spieler, Jeroen van Rooijen,
Sacha Verna (*New York*),
Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),
Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Laura Kolodziej (*Leitung*),
Joël Hunn, Maya Wipf (Assistentin)

Layout: Daniel Eggspühler (*Leitung*), Silvia Ramsay

Korrektorat: Cornelia Bernegger und
Rita Kempter (*Leitung*), Viola Antunovits,
Gregor Szyndler, Dieter Zwicky

Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*),
Inga-Maj Hojajj-Huber

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Stephan Schwab (*Leitung*),
Fabian Keller, Brita Vassalli

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Online-Vermarktung: Aextra

Tarife und Buchungen: info@adextra.ch

Druck: Ziegler Druck- und Verlags-AG,
Rudolf-Diesel-Strasse 22, 8404 Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

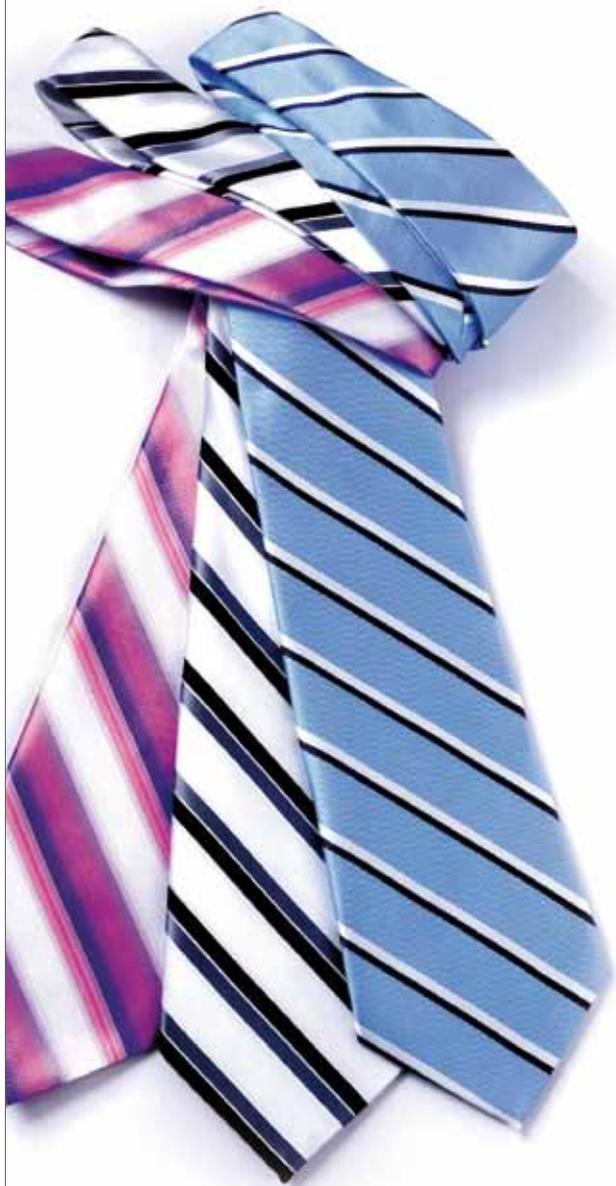
Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

Shortcut: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut



Gut aussehen bei *jeder Gelegenheit.* UBS Strukturierte Produkte.

UBS KeyInvest-Plattform:
neue Features, neues Design
www.ubs.com/keyinvest



Anlagen sind unser Handwerk seit 1862.

Damit Sie Ihre Anlageziele punktgenau verfolgen können, statten wir Sie mit strukturierten Produkten für jede Marktgelegenheit aus. Damit können Sie auf der gesamten Klaviatur der Finanzmärkte spielen und jede erdenkliche Marktmeinung umsetzen. Ihnen steht ein ganzes Anlageuniversum offen mit Aktien, Anleihen, Devisen und Rohstoffen. Dazu die Strategien, mit denen Sie Ihrer Risikoeinschätzung Rechnung tragen: Kapitalschutz, Renditeoptimierung, Partizipation, Hebel.

So können Sie auf der Gewinnerseite stehen, unabhängig davon, ob die Kurse steigen, fallen oder einfach nur seitwärts tendieren. Sollten Sie trotzdem nichts Passendes finden, sind wir in der Lage, Produkte perfekt nach Mass aufzusetzen. Nehmen Sie uns beim Wort.

Für weitere Auskünfte wenden Sie sich an 044-239 76 76*
oder keyinvest@ubs.com

Wir werden nicht ruhen



www.ubs.com/keyinvest

Diese strukturierten Produkte stellen keine Beteiligung an einer kollektiven Kapitalanlage im Sinne von Art. 7 ff. des Schweizerischen Bundesgesetzes über die kollektiven Kapitalanlagen (KAG) dar und unterstehen somit nicht der Bewilligung der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht FINMA. Deshalb besteht für den Investor, der in diese Produkte investiert, kein Anlegerschutz nach dem KAG. Dieses Inserat dient ausschliesslich zu Informationszwecken und ist nicht als Angebot, persönliche Empfehlung oder Aufforderung zum Abschluss einer Transaktion auszulegen oder als Anlageberatung anzusehen. Dieses Inserat stellt keinen vereinfachten Prospekt im Sinne von Art. 5 KAG sowie kein Kotierungsinsert im Sinne des Kotierungsreglementes dar. Die massgebende Produktdokumentation kann direkt bei UBS Investment Bank im 24-h-Service unter Tel. 044-239 47 03, Fax 044-239 69 14 oder über E-Mail swiss-prospectus@ubs.com bezogen werden. Diese Emission unterliegt möglicherweise Verkaufsbeschränkungen u.a. für Europa, Hongkong, Singapur, USA und US-Personen (die Emission unterliegt schweizerischem Recht). Vor dem Eingehen von strukturierten Transaktionen empfiehlt sich eine fachkundige Beratung durch Ihre Hausbank. Die Angaben in diesem Inserat erfolgen ohne Gewähr. © UBS 2014. Alle Rechte vorbehalten. * Wir machen Sie darauf aufmerksam, dass Gespräche auf den mit * bezeichneten Anschlüssen aufgezeichnet werden können. Bei Ihrem Anruf auf diesen Linien gehen wir davon aus, dass Sie mit dieser Geschäftspraxis einverstanden sind.

Europa

Weltoffene Unabhängigkeit: Das ist der Weg der Schweiz. Dank dem 9. Februar klären sich Begriffe und Positionen. Von Roger Köppel

Nein, die Schweiz steht nicht vor einem Trümmerhaufen in ihren Beziehungen zur Europäischen Union. Es geht nicht, wie die NZZ letzte Woche schrieb, um «Alleingang» oder Zusammenarbeit mit der Europäischen Union. Natürlich will und wird die Schweiz mit der EU auch in Zukunft zusammenarbeiten. Die Frage lautet nur: Wie soll diese Zusammenarbeit aussehen?

Nach dem 9. Februar ist etwas klar: Die Schweiz ist nicht Teil der Europäischen Union. Sie weist das Prinzip der Personenfreizügigkeit zurück. Sie hält an ihrer Selbstbestimmung und an ihren Landesgrenzen fest. Die Personenfreizügigkeit ist eine wesentliche Säule der politischen EU. Sie wurde installiert, um aus dem europäischen Staatenbund einen europäischen Bundesstaat zu machen. Das ist einleuchtend: Wer aus mehreren Staaten einen Staat machen will, hebt die Grenzen auf, lässt die Menschen frei zirkulieren, vereinigt sie unter dem Dach einer gemeinsamen Währung. Selbst der so harmlos ökonomisch klingende europäische «Binnenmarkt» wurde nicht auf Wunsch der Wirtschaft eingeführt, sondern als Treiber dieser Staatswerdung.

Die Schweiz will nicht ein Kanton in diesem Bundesstaat werden. Von dieser Dynamik möchte sich die Schweiz nicht erfassen lassen. Deshalb hat sie die Personenfreizügigkeit gestoppt. Die Schweiz hält an ihrer Unabhängigkeit fest. Die Leute spüren es instinktiv: Der Schweiz geht es besser, gerade weil sie nicht Teil der Europäischen Union ist.

Mit seinem Entscheid stärkt der Souverän dem Bundesrat den Rücken. Die Regierung kann Brüssel mühelos erklären, dass wir uns darauf freuen, auch weiterhin mit Europa exzellente Wirtschaftsbeziehungen zu pflegen. Die Schweiz hat seit Jahrhunderten ein Interesse an möglichst offenen Märkten für ihre Produkte und Dienstleistungen. Sie hat kein Interesse, ausländische Arbeitnehmer, die wirklich gebraucht werden, zu benachteiligen oder abzuwehren. Sie wünscht sich eine möglichst intensive Zusammenarbeit, ohne dabei auf ihre staatliche Unabhängigkeit zu verzichten. Auch die EU gibt sich nicht auf, nur um in China oder in Russland deutsche Autos zu verkaufen.

Daraus folgt: Aussenminister Didier Burkhalter sollte seine Pläne endlich begrä-



«Die Mehrheit der Stimmbürger hat es begriffen.»

ben, die Schweiz institutionell enger an die EU anzubinden mit einem «Rahmenvertrag». Rahmenvertrag heisst, dass die Schweiz in allen EU-Verträgen künftiges EU-Recht übernimmt. Rahmenvertrag heisst, dass sich die Schweiz dem Europäischen Gerichtshof unterstellt. Rahmenvertrag bedeutet, dass sich die Schweiz in einen von Brüssel dominierten Rechtsraum integriert ohne Vetomöglichkeit. Burkhalter will hinter die EWR-Abstimmung von 1992 zurück. Die Bundesverfassung definiert als Zweck der Eidgenossenschaft die Sicherung der Unabhängigkeit des Landes. Ist Burkhalters Strategie, fremdes Recht zu übernehmen, mit der Verfassung noch vereinbar?



Der 9. Februar macht deutlich: Was bisher als «bilateraler Weg» verkauft wurde, ist unehrlich und funktioniert nicht. Die Schweiz will echte bilaterale, also zweiseitige Beziehungen mit der EU, aber sie will keine Verträge abschliessen, die sich nur unter Strafandrohung oder Inkaufnahme schwerer Nachteile kündigen lassen. Bilateral heisst nicht, dass der Grosse dem Kleinen seine künftigen Gesetze aufzwingt. Bilateral heisst nicht, dass der Grosse den Kleinen heimlich schluckt. Bilateral heisst, dass man auf gleicher Augenhöhe Verträge zum gegenseitigen Nutzen auf Zeit abschliesst. Solche Verträge besiegelt die Schweiz seit Jahrhunderten mit allen Staaten dieser Welt. Dieser «bilaterale Weg» ist nicht gefährdet, aber ein falsches Verständnis dieses «bilateralen Wegs» wurde entlarvt und hoffentlich beseitigt. Wir haben jetzt die Chance, auf einen wahren «bilateralen Weg» zurückzukehren.

Der Bundesrat sollte sich aus dem Schmolliwinkel der Abstimmungsniederlage befreien. Es bringt nichts, die Initianten der SVP zu demütigen, indem man sie bei der Ausarbeitung der geforderten Zuwanderungskontingente wie unartige Primarschüler vor der Türe stehen lässt. Die Zeitungen, allen voran die NZZ, werden nicht müde, der SVP allerhand destruktive Motive zu unterstellen und ihr vorzuhalten, sie habe keine Lösungen bereit. Die im Bundesrat einflussreiche NZZ würde sich lieber dafür einsetzen, dass die SVP schon jetzt mög-

Die Schweiz war schon globalisiert, bevor man dieses Wort buchstabieren konnte.

lichst eng eingebunden wird. Nur so lässt sich sicherstellen, dass am Ende eine tragfähige Lösung herauskommt.

Die Schweiz setzt nicht auf Alleingang, wenn sie wie alle Staaten dieser Welt ihre Zuwanderung künftig wieder selber steuert. Die Schweiz ist seit ihren Anfängen ein enorm weltoffenes Land – ohne ihre politische Identität und ihr Staatsverständnis deswegen preiszugeben. Die Schweiz war schon globalisiert, bevor man dieses Wort überhaupt buchstabieren konnte.

Es ist traurig und gefährlich, wenn staatliche Unabhängigkeit und Eigenverantwortung in führenden Zeitungen, aber auch unter Führungskräften des Staates und der Wirtschaft heute als Synonym für Abschottung und Isolation interpretiert werden. Die staatliche Eigenständigkeit der Schweiz war immer eine Voraussetzung nicht nur für ihren wirtschaftlichen Erfolg, sondern auch für ihre Fähigkeit, sich der Welt gegenüber zu öffnen. Der 9. Februar liefert die grosse Chance, zu diesem vernünftigen, historisch bewährten Prinzip weltoffener Unabhängigkeit zurückzufinden. Eine Mehrheit der Stimmbürger hat es begriffen. Wann merkt es der Bundesrat?



«Der russische Weg»: Wladimir Putin. Seite 44



Rätsel: L'Wren Scott, Mick Jagger. Seite 42



Starke Bande: Familie Le Pen. Seite 36



Ur-Prägung: Katharina die Grosse. Seite 56

Kommentare & Analysen

5 Editorial

11 Kommentar De Weck muss in die SVP

11 Im Auge Amal Alamuddin, Anwältin

12 Migration Die spinnen, die Deutschen

12 Völkerrecht Unvernünftig

12 Finanzplatz Abschottung

13 Personenkontrolle Graf, Brunner, Tommer, Lüscher etc.

13 Nachruf Tony Benn, Sozialist

14 Realität geht vor Romantik

Zwei Fremdsprachen in der Primarschule sind zu viel

16 Mörgeli Jacqueline's Nein-Sager-Babys

16 Bodenmann Einfach Moskau

17 Medien Ueli und Uli und das Ufo

17 Gesellschaft Falscher Blick

18 Die Deutschen Röttgens Bruch

18 Wirtschaft Sozial reden kostet nichts

19 Ausland Obama repariert den Westen

20 Leserbrief/Darf man das?

Hintergrund

22 Wie neutral ist die Schweiz?

Die Krim-Krise: Wendepunkt in der Schweizer Aussenpolitik

28 Essay Christophe Darbellay über die Rolle der Schweiz

30 Parlament Der grosse Sessions-Check

32 Flächendeckender Radon-Alarm

Der Bund will die ganze Schweiz zum Risikogebiet erklären

34 Der Besuch des alten Herrn

Rote Köpfe im malerischen Vitznau am Vierwaldstättersee

36 Marines Marsch an die Macht

Marine Le Pens Aufstieg vor den Toren von Paris (Teil 2)

40 Wenn in Oxford der Frühling erwacht

Erinnerungen an die Zeit an der englischen Elite-Universität

42 Verzweiflung einer Kämpferin

Warum hat L'Wren Scott ihrem Leben ein Ende gesetzt?

Dossier: Russland

44 Sie nennen ihn «den Deutschen»

Einsichten in Putins Lebensweg und Charakter

47 Presseschau

 Wladimir Putin in Zitaten

50 Tischgespräche mit Putin

Persönliche Eindrücke vom russischen Präsidenten

52 Xenophobe, Antisemiten, Terroristen

Nationalsozialistische Politik in der Ukraine

54 Brüssels Irrtümer

Europa muss das Militärische wieder stärker gewichten

56 «Putin ist kein Imperialist»

Der Historiker Hildermeier erklärt Russland

60 Militär

 In welchem Zustand ist die russische Armee?

TRAUM | EWIGKEIT



BUCHERER

1888

UHREN SCHMUCK JUWELEN

Basel Bern Davos Genève Interlaken Lausanne Locarno Lugano Luzern St. Gallen St. Moritz Zermatt Zürich
Berlin Düsseldorf Frankfurt Hamburg München Nürnberg | Wien | Paris | bucherer.com



«Es ist ein gefährlicher Konflikt»: Botschafter Widmer. Seite 24

Interview

24 «Mehr Freiheit, weniger Macht»

Welche Rolle spielt die Schweiz im Konflikt um die Ukraine? Botschafter Paul Widmer, profunder Kenner der Schweizer Diplomatie, erklärt die Lage

Stil & Kultur

62 **Stil & Kultur** Karl Lagerfeld, Modeschöpfer und Fotograf

64 **Bestseller**

64 **Der Hardrocker als netter Mensch**

Marc Storace, der unbekannte Sänger der Schweizer Rockband Krokus

67 **Krokus** Das neue Live-Album

68 **Top 10**

68 **Kino** «Her»

69 **Jazz** Theo Kapilidis

70 **Namen** Gala des Casinotheaters Winterthur; «Funky Swiss Alphorn»

71 **Hochzeit** Jacqueline Schmid und Ueli Oswald

71 **Thiel** Nur eine Frage

72 **Wein** Pinot noir L'Enfer du Plaisir 2011

72 **Zu Tisch** Restaurant «Focus», Vitznau

73 **Auto** Jaguar XJ-R

74 **MvH** trifft Samih Sawiris, Unternehmer

Autoren in dieser Ausgabe

Herfried Münkler



Der Politikwissenschaftler lehrt an der Berliner Humboldt-Universität und gilt als führender deutscher Kriegsforscher. Von ihm erschien kürzlich «Der Grosse Krieg – Die Welt 1914 bis 1918» (Rowohlt, 2013). In dieser Ausgabe schreibt Münkler über die strategischen Fehler im Ukraine-Konflikt. Seite 54

Manfred Hildermeier



Der Historiker lehrt Osteuropäische Geschichte an der Universität Göttingen. Vor kurzem hat er eine umfassende Monografie zur Geschichte Russlands vorgelegt. Im Gespräch erklärt er die Entstehung Russlands und ordnet kritisch die aktuelle Regierung ein. Seite 56

Digitales Lesevergnügen



Unterwegs immer verfügbar.
Abonnenten haben im iKiosk unbegrenzten Zugriff auf alle Artikel, Bilder und Grafiken.



DIE WELTWOCH



Das Geheimnis professioneller Reinigung wurde gelüftet. Bei Ihnen zuhause.

Die neue Electrolux RealLife Generation vereint professionelle Glaspflege und perfekte Reinigung: mit optimalem Schutz von Gläsern dank «SoftGrip», herausnehmbarer Besteckschublade für komfortables Be- und Entladen und Platz für bis zu 15 Massgedecke. Mit nur 37dB(A) im Programm «ExtraSilent» sind sie die leisesten Geschirrspüler im Markt – und dank Energieeffizienzklasse A+++ gehören sie auch zu den sparsamsten. Entdecken Sie mehr auf www.electrolux.ch



**Die neue Electrolux RealLife Generation.
Entdecken Sie die Möglichkeiten.**



Electrolux

Carlos soll EU den Schweizer Standpunkt klarmachen.

iPad-
Ausgabe im
App-Store
erhältlich.



Die tägliche Nachrichtenflut kann einen ziemlich durcheinanderbringen.
Unsere Zeitung sorgt für den Überblick: «Schweiz am Sonntag».

De Weck muss in die SVP

Von Philipp Gut — Neu wird die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft durch Steuern finanziert. Ihre Führung sollte vom Parlament gewählt werden. Nach Parteistärke.



Wer zahlt, befiehlt: SRG-Chef de Weck.

Das Berner Parlament hat dem intensiven Lobbying der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) freimütig nachgegeben und stellt die Finanzierung der Sender um. Künftig werden das Schweizer Fernsehen und die verschiedenen nationalen Radiokanäle (die alle unter dem Kürzel SRF segeln) nicht mehr durch Gebühren, sondern durch Steuern finanziert. Jeder Haushalt, jedes Unternehmen muss der SRG Tribut entrichten. Egal, ob sie Empfangsgeräte besitzen und die Programme nützen oder nicht.

Schon die bisherige Gebühr war umstritten. Zu Recht. Sie wurde mit dem hochtrabenden Begriff des Service public begründet, der in Zeiten privater Konkurrenzvielfalt und der Angleichung der Programme vollends fragwürdig geworden ist. Man braucht nur an einem Samstagabend von SRF auf RTL umzuschalten, um festzustellen, dass die Programme bis ins Detail austauschbar sind. Hinzu kommt, dass die Gebührengelder alles andere als effizient eingesetzt werden. Obgleich die SRF-Sender konstant an Marktanteil einbüßen und die Einnahmen wachsen, steigen die Kosten. Das neue System verschärft die Missstände noch. Ein Schuft, wer denkt, dass die nationalen Parlamentarier es sich nicht mit den nationalen Sendern verscherzen wollten und deshalb den Begehrlichkeiten der SRG stattgaben.

Einspruch kommt von anderer Seite, von unten. Bürgerkomitees wehren sich gegen die Zwangsabgaben. Mit guten Argumenten.

Kaum berücksichtigt wurde bisher allerdings, dass der finanzielle Systemwechsel auch weitreichende institutionelle Folgen haben könnte. Indem sie sich von Steuern nährt, ist die SRG endgültig zu einer Staatsanstalt geworden. Das müsste auch ihren Rechtsstatus verändern. Bis anhin war die SRG als privatrechtlicher Verein organisiert. Mit der neuen Finanzierung müsste sie nun konsequenterweise als öffentlich-rechtliche Körperschaft geführt werden, wie die Post oder die Schweizerische Unfallversicherungsanstalt (Suva).

Demokratienschub an der SRG-Spitze

Was auf den ersten Blick nach trockenem Juristenbrot aussieht, hat das Potenzial zu einem kleineren politischen Erdbeben. Denn öffentlich-rechtliche Gebilde brauchen eine demokratisch legitimierte Aufsicht. Mehr noch: Ihre Führungsgremien werden von der Vereinigten Bundesversammlung oder dem Bundesrat gewählt. Ist beispielsweise der Post-Verwaltungsrat neu zu besetzen, ist das Sache der Regierung. Es wäre also nur logisch, dass auch die obersten SRG-Organe – etwa der Verwaltungsrat, die Geschäftsleitung und die Unabhängige Beschwerdeinstanz – von Bundesrat oder Parlament gewählt würden.

In Deutschland ist bei den öffentlich-rechtlichen Sendern ARD und ZDF selbst die Berufung neuer Chefredaktoren ein Politikum. Das muss man nicht mögen. Eine vollständig private Medienlandschaft ohne Subventionsvorteile für bestimmte Sender und ohne Zwangssteuern wäre wünschenswert. Doch wenn man schon öffentlich-rechtliche Sender führt, dann bitte richtig. Wer zahlt, befiehlt. Die SRG-Steuerzahler haben ab sofort ein Recht auf Mitbestimmung, zumindest indirekt via gewählte Volksvertreter oder die Bundesräte.

Das ist kein journalistisches Planspiel. Nationalrat Christoph Mörgeli (SVP) hat vergangene Woche eine parlamentarische Initiative eingereicht, die in die beschriebene Richtung zielt. Er fordert sogar, die SRG-Gremien sollten die Bevölkerung abbilden und darum nach Parteienproporz zusammengesetzt werden. Den Posten des SRG-Generaldirektors würde dann die wählerstärkste Partei stellen. Falls die nächsten eidgenössischen Wahlen keinen Radikalumsturz bringen, sollte Roger de Weck also schleunigst der SVP beitreten.

Clooneys Neue



Amal Alamuddin, Anwältin.

Sie wurden eben noch turtelnd auf den Seychellen gesichtet, Zeugen beobachteten sie auf Safari in Tansania. Den Antrittsbesuch im Weissen Haus bei den Obamas haben sie hinter sich (er brachte seinen neuesten Film «The Monuments Men» zur Privatvision mit). Aber bei der Oscar-Nacht fehlte der Star, er kam einer angeblich unaufschiebbaren Verpflichtung in London nach. Keine Zweifel: George Clooney, 52, der umschwärmteste Junggeselle Hollywoods, und Amal Alamuddin, 36, die dunkle Schönheit, die anfangs durch den Bekanntheitsraster der Boulevardmedien rutschte, sind ein Liebespaar. George hatte ja diese leichtfüssige Gewohnheit, seine Flammen zu wechseln wie seine Filmrollen, und die Damen glänzten nicht gerade mit intellektueller Ausstrahlung. Als letzte Verlassene grüssten, mit ausführlichen Beschreibungen ihres Liebesschmerzes, Stacy Keibler, eine frühere Cheerleaderin und Wrestlerin, und das Wäschemodel Monika Jakisic.

Die Neueste verkörpert den radikalen Wertewandel des Herzensbrechers Clooney und, für ihn ein absoluter Glücksfall, von Haus aus das Prinzip der Diskretion. Die gewiefte Juristin spricht fließend Englisch, Französisch und Arabisch und gilt, durchaus doppelsinnig, als «schärfste Anwältin Londons». Als Person Amal Alamuddin aber verschwindet sie hinter der Bedeutung ihrer Klienten. Studiert hat sie in Oxford und New York. Ihr Profil aus dem Firmenprospekt von Doughty Street Chambers, einer Kanzlei, die sich mit internationalen Rechtsfällen befasst, weist sie als grosse Nummer für schwierige Konflikte aus. Sie verteidigte die ukrainische Ministerpräsidentin Julia Timoschenko, vertritt den Wikileaks-Gründer Julian Assange im Auslieferungsverfahren und die Anklage gegen Ghaddafis Geheimdienstchef al-Senussi. Sie beriet das Haager Tribunal, das über Milosevic zu Gericht sass, und die Uno-Kommission, die den Mord am libanesischen Präsidenten Hariri untersuchte. Die Liste ihrer Tätigkeiten liest sich wie ein Bewerbungsschreiben für den Job der Justiz- oder Aussenministerin. Vielleicht wird auch nur ein Film draus. *Peter Hartmann*

Vorbild Schweiz

Von Pierre Heumann — Auch Deutschland geht gegen Masseneinwanderung vor.



«Geistige Abschottung»: SPD-Politiker Stegner.

Was wurde die Schweiz im Ausland doch kritisiert, nachdem vor wenigen Wochen die Masseneinwanderungsinitiative angenommen worden war. Vor allem aus Deutschland. SPD-Politiker Ralf Stegner twitterte spontan: «Die spinnen, die Schweizer!», und warnte: «Geistige Abschottung kann leicht zur Verblödung führen.»

Doch inzwischen hat man auch in Berlin gemerkt, dass eine unbegrenzte Zuwanderung aus dem EU-Raum nicht ganz unproblematisch ist. Ohne die EU-Zauberworte «Solidarität» und «Wertgemeinschaft» aus ihrem Vokabular zu streichen, arbeiten elf Bundesministerien derzeit an einem Vorschlag, den man mit Fug und Recht als deutsche Variante zur Masseneinwanderungsinitiative bezeichnen kann.

Mit oder ohne EU

So empfiehlt ein Ausschuss von Beamten zum Beispiel, das Aufenthaltsrecht von EU-Bürgern zeitlich zu begrenzen, die auf Arbeitssuche sind. Von wegen Personenfreizügigkeit: Gedacht wird jetzt auch an eine nur befristete Wiedereinreise nach Deutschland.

Die Motive sind rasch erklärt. Die Arbeitslosenquote der Zuwanderer ist etwa doppelt so hoch wie die der Deutschen. Ein Drittel der Zuwanderer hat keinen berufsqualifizierenden Abschluss – das steht in einem Bericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung DIW.

Was Wunder, dass die freie Zuwanderung aus dem Süden der EU auch in Deutschland als Problem empfunden wird. Deshalb hat sich Innenminister Thomas de Maizière zu Wort gemeldet. Er kritisiert unter anderem, dass billige Arbeitskräfte aus Bulgarien und Rumänien gezielt angelockt und ausgebeutet werden. Diese Praxis will er stoppen – ob es der EU passt oder nicht.

Unvernünftig

Von Alex Baur — Juristen beklagen eine Verlüderung des Rechtsstaates. Zu Recht.

Die Verwahrungsvorlage war so unvernünftig wie die Ausschaffungsvorlage, und wahrscheinlich wird der Souverän demnächst mit der Pädophilenvorlage eine weitere unvernünftige Norm in der Verfassung festschreiben. Unvernünftig sind die Normen deshalb, weil sie kein Ermessen mehr für den konkreten Einzelfall offenlassen und so zu stossenden Härten führen können.

Juristen mögen die Hände werfen ob so viel Unvernunft. Demut stünde ihnen besser an. Denn die starren Verfassungsnormen sind in erster Linie ein Misstrauensvotum an die Adresse der Justiz: Der Souverän traut seinen Richtern und Vollzugsbeamten gegenüber bestimmten Tätergruppen keine konsequenten Entscheide mehr zu. Er erlässt deshalb zusehends starre Regeln. Es sind unvernünftige Gesetze für unvernünftige Juristen.

Wer bestimmt, was «zwingend» ist?

Der Nationalrat beschloss letzte Woche murrend die Umsetzung der Ausschaffungsvorlage. Die *Aargauer Zeitung* brachte auf den Punkt, was viele dachten: «Jetzt muss es Strassburg richten». Gleichzeitig erklärte das Parlament die Umsetzungsinitiative der SVP zu derselben Vorlage für teilweise ungültig – und zwar just in jenem entscheidenden Punkt, der das zwingende und damit übergeordnete Völkerrecht erstmals definiert. Kurzum: Die Richter und Gelehrten sollen selber entscheiden, was sie für zwingend halten, ob und wie sie den Volkswillen umsetzen mögen.

Das Volk, so meinen nicht nur viele Juristen, sondern auch viele Politiker, hat zum Völkerrecht nichts zu sagen – es soll schweigen und parieren. Bei so viel Arroganz muss man sich nicht wundern, wenn der «Rechtsstaatskonsens» vor die Hunde geht, wie der Staatsrechtler Rainer J. Schweizer kürzlich in einem Interview mit der *Woz* klagte. Doch Schweizer irrt, wenn er den «Populisten» dafür die Schuld zuweist. Es sind die Juristen selber, die den Rechtsstaat dauernd aushebeln.

Gerade das unscharf gefasste Völkerrecht, mit dem sich alles wie auch das Gegenteil davon begründen lässt, ist ein beliebtes Instrument der juristisch verbrämten Willkür. Es wäre höchste Zeit, das Völkerrecht klar zu definieren und einzugrenzen. Doch die Gesetze schreiben im Rechtsstaat nicht die Richter, Gelehrten, Meinungsforscher oder Moralprediger. Dafür ist allein der Gesetzgeber zuständig – und das ist in der Schweiz in Gottes Namen letztinstanzlich das Volk.

«Uf Widerluege»

Von Florian Schwab — Banken weisen Kunden aufgrund der Staatsangehörigkeit die Tür.

Die Appenzeller Kantonalbank liest künftig ihre Kunden nach Wohnsitz aus: Wer nicht in der Schweiz, Liechtenstein oder Deutschland wohnt, bekommt von der Bank den blauen Brief. Dies teilte das kantonale Geldhaus Anfang der Woche mit.

In dieser Radikalität ist das bislang einzigartig. Doch die nationale Auslese der Kundschaft pflegt man nicht nur in den beiden Halbkantonen. Ein prominentes Opfer machte seinem Ärger vor einem Monat in der *Bilanz* Luft: George Sheldon, emeritierter Professor an der Uni Basel mit Wohnsitz im Badischen, biss bei der Postfinance auf Granit: «Amerikaner nehmen wir nicht.» Bereits im vergangenen Jahr hatte die Credit Suisse bekanntgegeben, Kunden aus sechzig Ländern die Konti zu saldieren. Auch für Dänen mit einem Anlagevolumen unter einer Million Franken hiess es: «Uf Widerluege.»

Zur unerwünschten Person erklärt

Nun sind die Bankjuristen nicht zu beneiden, die im Hin und Her zwischen Weissgeldstrategie, automatischem Informationsaustausch



Nationale Auslese: CS-Chef Rohner.

und 191 nationalen Jurisdiktionen einen kühlen Kopf bewahren müssen. Einer von ihnen war der frühere Konzernjurist der Credit Suisse, Urs Rohner, der mittlerweile als Präsident der Bank und Mitglied der Expertengruppe Brunetti zur Zukunft des Schweizer Finanzplatzes amtiert.

Ende Dezember zelebrierte er die Schweizer «Weltoffenheit». «Wir Schweizer», so Rohner vollmundig, könnten «gut mit unterschiedlichen Kulturen umgehen». Unser Erfolg hänge auch damit zusammen, dass «Schweizer schon früh ins Ausland gehen mussten, um Arbeit oder Absatzmärkte für ihre Produkte zu finden». Dies wenige Wochen nachdem er einen guten Teil der Weltbevölkerung zu *persona non gratae* seiner Bank erklärt hatte. Zwischen Rhetorik und Handeln klafft hier eine Lücke.

Personenkontrolle

Graf, Brunner, Tommer, Lüscher, Soiron, Riklin

In einem langfädigen und eher wirren Rundschreiben an alle Mitarbeiter beklagte sich der Zürcher Justizdirektor **Martin Graf** (GP) letzte Woche auf zwei A4-Seiten über die angeblich unhaltbaren Vorwürfe gegen die Justizdirektion im Fall «Carlos» (die sich in Wirklichkeit vor allem gegen Graf selber richteten). Doch der elektronisch verbreitete Aufruf, die Reihen zu schliessen, erreichte zumindest bei der Staatsanwaltschaft die meisten Mitarbeiter gar nicht: Wegen eines defekten Kabels hatten diese nämlich vom Mittwoch bis zum Wochenende keinen Zugriff auf den zentralen Server. Abgesehen davon beschäftigt die Zür-



Abgekabelt: Justizdirektor Graf (GP).

cher Staatsanwälte zurzeit ein ganz anderes Thema: Wie durchgesickert ist, soll der kürzlich pensionierte Oberstaatsanwalt **Andreas Brunner** noch ein Jahr lang seinen vollen Lohn erhalten – als Kompensation für angeblich geleistete Überstunden. Derselbe Brunner hatte vor ein paar Jahren eine Weisung erlassen, laut der Überzeit strikte bis spätestens Mitte des jeweiligen Folgejahrs abzubauen ist. Mediensprecher **Benjamin «No comment» Tommer** mochte dazu konkret keine Stellung nehmen. Er versicherte aber, Brunner habe sich nur einen Teil seines Ferienguthabens auszahlen lassen und habe «auf einen grossen Teil seiner Ansprüche verzichtet». (axb)

Solche Mitarbeiter wünscht sich jeder Chef. In einem Unterstützungsschreiben an die Leitung von Universität und Uni-Spital Zürich, das der *Weltwoche* vorliegt, sichern die Ärzte der Klinik für Kardiologie ihrem Leiter **Thomas F. Lüscher** die volle Unterstützung im Zusammenhang mit der «Rufmordkampagne der *Weltwoche*» zu. Die Zeitung hatte zuvor das Verhalten Lüschers als Wissenschaftler und Operateur kritisiert. Als einer der «weltbesten und meistzitierten Kardiologen» wird Lüscher im Schreiben gelobt sowie als «menschlich und fachlich toller Chef». Abgeschickt wurde das



Note 3,6: Kardiologe Lüscher.

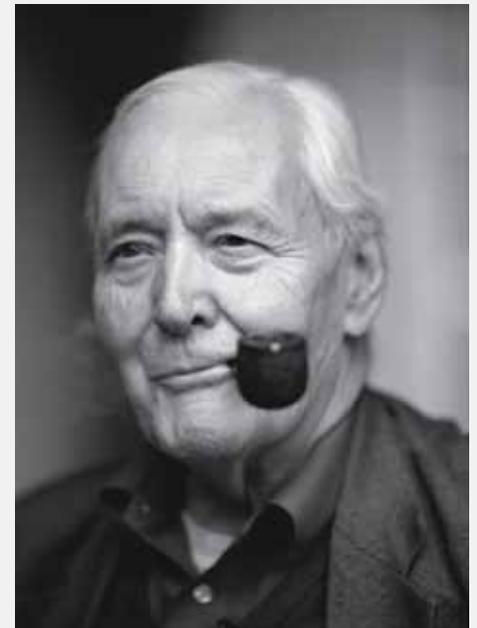
Schreiben, das Lüschers Sekretärin getippt hat und vom Kürzel TFL des Chefs geziert wird, jedoch nie. Die Verfasser seien zum Schluss gekommen, dass sie ihre Unterstützung für Lüscher besser «direkt» anbringen würden, heisst es auf Nachfrage beim Uni-Spital. Ob die Mitarbeiter Lüschers tatsächlich so begeistert sind über dessen Qualitäten, ist fraglich. In einer Umfrage von 2012 unter Assistenzärzten zur Weiterbildungsqualität an allen 34 Fachkliniken des Uni-Spitals schnitt Lüschers Kardiologie mit der Note 3,6 jedenfalls am schlechtesten ab. Ungenügende Qualifikationen gab es insbesondere punkto Betriebs- und Führungskultur. (are)

Während der Session muss sich kein Parlamentarier um sein leibliches Wohl sorgen. Zahlreiche Verbände und Organisationen laden zu Informationsanlässen mit Verpflegung. So auch die Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Gesellschaft, eine Vereinigung der CVP Schweiz. Der diesjährige Sessionsanlass fand im «Bellevue Palace» statt, einer der ersten Adressen in Bern. Hauptredner während des Mittagessens war **Rolf Soiron**, Verwaltungsratspräsident von Holcim und Lonza, Vorstandsausschussmitglied von Economie-suisse sowie Mitglied des IKRK-Rats. Kein Interesse an den Ausführungen Soirons hatte CVP-Nationalrätin **Kathy Riklin**: Sobald das Essen serviert wurde, langte die Zürcherin zu – obwohl Soiron noch referierte. Kaum hatte sie ihren Teller leergeputzt, verschwand Riklin wieder. Trotz Essensentschädigung von 115 Franken pro Sitzungstag nutzt die Vermögensmillionärin offenbar jede Gelegenheit für ein Gratisessen. (cmu)



«En guete»: CVP-Nationalrätin Riklin.

Nachruf



Letzter waschechter Sozialist: Benn.

Tony Benn (1925–2014) — Als Sohn eines in den Adelsstand erhobenen Ministers und Kriegspiloten interessierte sich der junge Oxford-Absolvent für kaum etwas ausser der Politik. Schon mit sechs soll Anthony Neil Wedgwood Benn im Hause Oswald Mosleys, des späteren Faschistenführers, seine erste politische Rede gehalten haben. Mit 25 wurde er ins Unterhaus gewählt, später wurde er Minister unter Harold Wilson, setzte sich für die Verstaatlichungen ein und drückte den Passagierlangstreckenjet Concorde durch. Als Gegner eines Anschlusses an die EU, damals noch EWG, zwang er Premier Wilson, erstmals in der Geschichte Britanniens eine Volksabstimmung abzuhalten (die mit einem Ja zur EWG endete).

Über die Jahre driftete der für seine Pfeife und seine *tea mug* bekannte Tony Benn, wie er sich nun nannte, immer weiter nach links. Er überwarf sich mit den (ebenfalls linken) Parteiführern Foot und Kinnock, war gegen die Falkland-Invasion, für die militanten Troztkisten in der Partei, gegen die nukleare Rüstung, gegen den Irakkrieg, gegen New Labour. Trotz seiner exzentrischen Stellungnahmen schlossen ihn die Arbeiter, das Volk überhaupt, ins Herz. Er hatte viele Freunde im gegnerischen Lager, weil er immer anständig und fair blieb. Obschon er nach 1979 nie mehr ein Regierungsamt innehatte, blieb er einer der einflussreichsten (und kontroversesten) Politiker Britanniens. Nicht der Hauch irgendeines Skandals traf je den fleissigen *family man*. Mit ihm ist im Vereinigten Königreich der letzte waschechte Sozialist gestorben. *Hanspeter Born*



Moralistische Drohkulisse: Innenminister Berset.

Schweiz

Realität geht vor Romantik

Von Peter Keller — Zwei Fremdsprachen in der Primarschule sind zu viel. Statt eine sachliche Diskussion zu führen, versucht Bundesrat Alain Berset (SP) die Sprachenfrage zur nationalen Überlebensfrage zu stilisieren. Dabei stellt er sich über die Verfassung.

Eigentlich handelte es sich um reine Routine. In der Sessions-Fragestunde arbeiten die Bundesräte tagesaktuelle Sorgen und Sörgelchen aus dem Parlament ab. Im Dutzend und im Zweiminutentakt. Was in der Woche zuvor in den Medien Schlagzeilen machte, wird in der Regel als Frage im Nationalrat rezykliert und von den zuständigen Departementsvorstehern in ein paar Sätzen abgewickelt.

Für einmal sorgte eine bundesrätliche Antwort indes für ungewohnte Aufmerksamkeit: Innenminister Alain Berset (SP) nahm Stellung zur Sprachenfrage in der Primarschule. Gemäss den gesetzlichen Vorgaben sollten sich Schüler am Ende ihrer obligatorischen Schulzeit in einer zweiten Landessprache und einer weiteren Fremdsprache ausdrücken können. Daran will gar niemand rütteln. Doch Berset redete sich um seinen föderalistischen Kragen: Der Bundesrat sei überzeugt, begann er seine Replik, «dass das Erlernen einer zweiten Landessprache bereits ab der Primarschule zur Erreichung dieses Ziels notwendig» sei. Er verfolge darum die laufende Diskussion sehr aufmerksam. Kantonale Lösungen, die zu einer Benachteiligung der zweiten Landessprache führen könnten, würden «den nationalen Zusammenhalt gefährden», so Berset.

Was geschieht hier gerade? Eine an sich pädagogische Angelegenheit – wie viele

Fremdsprachen sind sinnvoll in der Primarschule? Wann ist der ideale Einstieg ins Frühfranzösisch? – wird zur nationalen Überlebensfrage stilisiert. Statt sachlich zu diskutieren, wird die moralistische Drohkulisse aufgefahren: Wer die zweite Fremdsprache, namentlich den Nutzen des Frühfranzösisch auf Primarschulstufe bezweifelt, wird umgehend als Zerstörer der multikulturellen Schweiz hingestellt.

«Politisch leider nicht durchsetzbar»

Ironischerweise ist es Alain Berset selber, der die Sprachenfrage fahrlässig politisiert. Wie wacklig seine Argumentation ist, zeigt allein die Tatsache, dass das Frühfranzösisch erst in den 1990er Jahren versuchsweise eingeführt wurde. Später wurde noch eine zweite Fremdsprache in den Stundenplan der Primarschüler gepackt. Dabei ging es nicht um den nationalen Zusammenhalt, wie Berset nun nachträglich fantasiert, sondern um die romantische Vorstellung, laut der Kinder eine andere Sprache umso leichter lernen würden, je jünger sie sind.

Mittlerweile ist die Ernüchterung gross – insbesondere unter Pädagogen. In verschiedenen Kantonen hat sich die Mehrheit der Lehrerschaft für eine Verschiebung des Französisch in die Oberstufe ausgesprochen. Auch

der Schweizer Lehrerverband (LCH) geht auf Distanz zum Sprachenkonzept. Schon 2011 äusserte sich der damalige Chefpädagoge des LCH, Anton Strittmatter, erstaunlich deutlich: «Aus sachlichen Gründen müsste man auf die zweite Fremdsprache verzichten, aber politisch ist das derzeit leider nicht durchsetzbar.»

Dass nur noch Frühenglisch in der Primarschule unterrichtet wird, will SP-Nationalrat Matthias Aebischer unter allen Umständen verhindern, und er wiederholt das Mantra vom kulturellen Zusammenhalt in der Schweiz: «Wenn sich die Bewohner aus dem Tessin, der Romandie und der Deutschschweiz nicht mehr verständigen können, verstehen wir uns gar nicht mehr» (*Tages-Anzeiger*). Dabei soll dem Französisch gar keine Lektion abgezwickelt werden. Pädagogisch von Bedeutung ist, dass die Kinder Freude und Interesse an einer anderen Sprache entwickeln. Ob es sich dabei um eine Landessprache handelt oder nicht, ist völlig zweitrangig.

Dass besonders Migrationskinder oder schwächere Schüler mit insgesamt vier Sprachen völlig überfordert sind, scheinen die Sozialdemokraten ausblenden zu wollen. Und wenn in manchen Schulhäusern auf der Oberstufe Fremdsprachen abgewählt werden können, dann geschieht dies aus einer Notsitua-

tion heraus: Was bringt es, wenn Schulabgänger ein bisschen Französisch, ein bisschen Englisch, aber nicht richtig Deutsch können? Wenn Neuntklässler an Mathematikaufgaben scheitern, weil sie die Aufgabe bereits sprachlich nicht begreifen, hilft auch kein Frühfranzösisch mehr. Realität geht vor Romantik. Hier muss sich die Schule auf ihren Kernauftrag besinnen: dass ein sechzehnjähriger Mensch überhaupt in der Lage ist, eine Berufslehre anzugehen.

Monokultur von oben

Das vielgepriesene frühe Lernen von zwei Fremdsprachen in der Primarschule habe sich nicht bewährt, findet Hanspeter Amstutz, langjähriger Lehrer und ehemaliger Bildungsrat aus dem Kanton Zürich: «Mit dem Kurzfutter-Konzept mit nur zwei Wochenstunden pro Fremdsprache hat rund die Hälfte der Primarschüler keine Chance, ohne stützende Massnahmen in beiden Sprachen auf einen grünen Zweig zu kommen.» Diese erhebliche Belastung der Primarschule durch die Fremdsprachen gehe auf Kosten anderer zentraler Fächer, die den Kindern weit mehr bedeuten würden und nachhaltigeren Lernerfolg versprechen.

Hanspeter Amstutz, Vorstand des Vereins Kindgerechte Schule, fordert die Kantone auf, sich beim Lehrplan 21 zusammenzurufen und eine mutige Entscheidung zu treffen, die «keine

frustrierten Schüler und Lehrpersonen» hinterlasse. Doch von dieser Seite ist wenig Unterstützung zu erwarten. Im Gegenteil: Der vorliegende Lehrplan 21 ist ein Monstrum von 550 Seiten, das die Lehrpersonen sogar in ihrem Kerngeschäft, im Unterricht, entmündigen will.

Nicht nur die Macher des Lehrplans 21, auch die Anhänger der zwei Fremdsprachen in der Primarschule beziehen sich auf den ominösen Bildungsartikel aus dem Jahr 2006. Tatsächlich hat sich damals eine grosse Mehrheit der Bevölkerung für eine sanfte Harmonisierung des «Bildungsraums Schweiz» und für ein durchlässiges Ausbildungssystem ausgesprochen. Dass jungen Menschen mit einer Berufs-

Diese demokratischen Basisbewegungen will Alain Berset nun von unterbinden.

bildung heute der Weg zu den Fachhochschulen offensteht, gehört zu den unbestrittenen Errungenschaften der schweizerischen Bildungspolitik.

Was die Harmonisierungsbestrebungen angeht, wird allerdings kräftig übersteuert. Niemand sprach 2006 von einem Lehrplan 21 mit 4753 «Kompetenzen», niemand forderte damals offen die Schulpflicht ab vier Jahren und die Auflösung der Kindergärten, wie es das

Harmos-Konkordat möchte. Für Kopfschütteln sorgten vor allem die unterschiedlichen Schuljahresanfänge, im Kanton Basel-Stadt beispielsweise im Frühling.

Solchen Wildwuchs wollte man abstellen. Dass aber aus einer gesunden, bildungspolitischen Vielfalt nun eine von oben diktierte Monokultur geschaffen werden soll, davon war keine Rede. Genau deswegen formiert sich demokratischer Widerstand in den Kantonen. Das Harmos-Konkordat ist gescheitert. In sieben Kantonen sind Vorstösse hängig, die nur noch eine Fremdsprache in der Primarschule fordern und dabei offenlassen, um welche es sich handeln soll.

Diese demokratischen Basisbewegungen will Alain Berset nun von oben unterbinden: Der Bundesrat prüfe, ob er gemäss Verfassung intervenieren werde, «damit das Erlernen einer zweiten Landessprache ab der Primarschule in allen Kantonen gewährleistet wird». Viel zu prüfen gäbe es nicht. Das Gesetz sieht vor, dass die Schüler bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit eine zweite Landessprache lernen müssen. Von Primarschülern steht hier nichts. Was Bundesrat Berset versucht, ist verfassungswidrig und gegen die Bildungshoheit der Kantone gerichtet.

Peter Keller ist Nationalrat der SVP, Mitglied der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) und freier Mitarbeiter der *Weltwoche*.



Im Durchschnitt sind Mitarbeitende jedes Jahr 6,8 Tage gesundheitsbedingt abwesend.

Kein Unternehmen ist durchschnittlich. Deshalb bieten wir Ihnen massgeschneiderte Versicherungslösungen, die Sie vor den finanziellen Folgen krankheits- oder unfallbedingter Abwesenheiten schützen.

Lassen Sie sich von uns beraten:
per Telefon 058 277 18 00 oder
auf www.css.ch/unternehmen.
Ganz persönlich.



Mörgeli

Jacquelines Nein-Sager-Babys

Von Christoph Mörgeli

Als Präsidentin der Stiftung Kinderschutz Schweiz amtiert Jacqueline Fehr. Die SP-Nationalrätin lehnt die Volksinitiative für ein lebenslanges Berufsverbot für verurteilte Pädophile ab. Es brauche mehr Prävention, diktierte sie dem *Blick*, damit Kinder lernten, nein zu sagen. Man muss sich angesichts dieser Ungeheuerlichkeit erst fassen. Unsere oberste Kinderschützerin verlangt von Säuglingen und Kleinstkindern, dass sie bei sexuellen Übergriffen nein sagen. Wer etwas von Kindern versteht, weiss genau, dass das verlangte Nein gegenüber Druck und Gewalt von erwachsenen Tätern völlig unmöglich ist. Jacqueline Fehr macht die Opfer statt die Täter zum Problem.

Zu den Staatsaufgaben gehört keine wirkungslose Stiftung für Kinderschutz Schweiz – doch genau sie wird massiv von den Steuerzahlern mitgetragen. Zu den Staatsaufgaben gehört ein wirksamer Kinderschutz. Doch Kinderschutz-Chefin Fehr hat im Parlament ein nationales Register für vorbestrafte Pädophile bekämpft. Sie hat ein höheres Strafmass für Vergewaltigungen von Kindern und bei sexuellen Handlungen mit Kindern abgelehnt. Verwahrungsinitiative? Nein. Unverjährbarkeitsinitiative? Nein. Dafür unterstützt die SP-Frau die internationale Menschenrechtsbürokratie, die Frauenhausfunktionärinnen und die Sensibilisierungsstellen.

Pädophile Menschen sind unheilbar. Erstmalige Taten lassen sich trotz aller Prävention wohl nie ganz vermeiden. Aber Wiederholungstaten kann das lebenslange Verbot einer Berufstätigkeit mit Kindern oder Abhängigen verhindern. Drogensüchtige werden schliesslich auch nicht als Betreuer eines Fixerstüblis angestellt. Spielsüchtige eignen sich nicht als Mitarbeiter eines Spielkasinos.

In der *Basler Zeitung* betonte Jacqueline Fehr, ein Pädophilen-Berufsverbot für die Arbeit mit Kindern sei als «zwingende Vorgabe höchst problematisch». Eine solche Regelung widerspreche dem Grundsatz, «dass bei der Einschränkung von Grundrechten immer die Verhältnismässigkeit geprüft werden muss». Das Wort «verhältnismässig» ist ein Schlag ins Gesicht missbrauchter Kinder. Ich habe als Jugendlicher mit Freunden beim benachbarten Bauern hin und wieder den Hofhund gereizt. Doch wenn er uns dann einmal am Bein geschnappt hat, haben wir daheim nicht gejammert, der böse Hund habe uns «unverhältnismässig» gebissen.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Bodenmann

Einfach Moskau

Von Peter Bodenmann — Neu schiesst Ueli Maurer auf Didier Burkhalter. Und Oskar Freysinger trommelt für Putin. Zur Freude der SVP-Basis.



Nächste Schlachtplatte: SVP-Politiker Freysinger.

Nach den Wahlen von 2007 schwebte Bundesrat Christoph Blocher auf der Wolke sieben. Er putzte die Schuhe an seinen Gegnern ab. Blocher wurde deshalb arschknapp abgewählt. Ihm fehlten zwölf freisinnige Stimmen. Seit dem 9. Februar 2014 schwebt neu Ueli Maurer auf Wolke sieben.

Für Ueli Maurer steht der Bundesrat Mitte-links. Und macht seit Jahr und Tag keine seriöse rechte Politik mehr. Die Neutralität wird verraten statt verteidigt. Maurer hält nichts von Didier Burkhalter. Deshalb griff er den farblosen Neuenburger in der letzten *Weltwoche* frontal an. Und bat ihn scheinheilig um Verzeihung.

Der Freisinn hat diese Entschuldigung offiziell akzeptiert. CVP und Freisinn müssten, wenn sie nicht längst eingeschüchtert wären, zur Strafe den Gripen fallenlassen. Und danach von Hollande ein gutes Dutzend französische Rafale-Kampfflugzeuge günstig mieten. Um so «den letzten Staatsmann der Schweiz» im eigenen Verteidigungsdrittel festzunageln. Können sie nicht.

Die SVP baut zurzeit auf einem ihrer politischen Nebengeleise zwei adrette Schwiegersöhne als künftige Bundesräte auf: den braven Albert Rösti aus Bern. Und den etwas übereifrigen Thomas Aeschi aus Zug. Nur scheinbar. Denn beide werden auch nach 2015 nicht gemeinsam im Bundesrat sitzen. Weil es nach diesem Maurer-Torpedo keinen zweiten Bun-

desratssitz für die SVP geben wird. Da am Schluss – wie auch schon – der SVP die freisinnigen Stimmen fehlen werden.

Genau das ist das Ziel von Ueli Maurer. Die Partei hat mit ihm einen Horchposten im Bundesrat. Das reicht für eine Partei, die vorerst gar nicht regieren, sondern die bürgerlichen Partner immer wieder erfolgreich vorführen will.

Die nächste Schlachtplatte: In Moskau regieren die Putin nahestehenden Oligarchen. In Kiew neu westliche Oligarchen. Russland wäre ohne Öl und Gas pleite. Die Ukraine ist – da ohne Öl und Gas – längst pleite. Auch weil beide Länder von ihren Oligarchen geplündert werden. Die Menschen hetzt man – um den Sturz aller Oligarchen zu vermeiden – mittels Nationalismus und Rassismus gegeneinander auf.

Wer im *Tagi* die Online-Kommentare liest, bemerkt unschwer: Die Basis der SVP hasst inzwischen die EU und die USA fast blind. Wegen der noch unverdauten Demütigungen in Sachen Steuerhinterzieher-Geheimnis. Putin und Russland mutieren deshalb neu zu SVP-Freunden. Früher empfahl man uns Linken «Moskau einfach». Heute trommelt Oskar Freysinger im russischen Staatsfernsehen «einfach für Moskau». Und warnt vor Neofaschisten. Ausgerechnet.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Ueli und Uli und das Ufo

Von Kurt W. Zimmermann — Nichts ist, wie es scheint. Alles ist anders, als es scheint. Journalisten sehen die Welt als Verschwörung.

Zuerst die Geschichte, wie nur Naivlinge sie glauben. Ueli Maurer gab der *Weltwoche* ein Interview. Darin kritisierte er milde seinen Kollegen Didier Burkhalter. Dann bekam Maurer ein schlechtes Gewissen. Er entschuldigte sich, noch bevor das Interview erschien.

Nun die Geschichte, wie sie wirklich war. Ueli Maurers öffentliche Entschuldigung war nur vorgeschoben. Sie sollte gezielte Aufmerksamkeit erzeugen. Denn in Wirklichkeit wollte Maurer Abo-Werbung für die *Weltwoche* machen.

Die Geschichte, wie sie wirklich war, lasen wir zum Beispiel im *Tages-Anzeiger*.

Und warum war der Prozess gegen Uli Hoeness so schnell vorbei? Die Justiz wollte die Fakten gar nicht wissen, weil sonst riesige Schwarzgelder ans Licht gekommen wären. In Wirklichkeit war es ein abgekartetes Spiel.

Die Geschichte, wie sie wirklich war, lasen wir zum Beispiel in der *Frankfurter Allgemeinen*.

Journalisten haben einen unbändigen Hang zu Verschwörungstheorien. In ihren Augen gibt es stets eine wahre Wirklichkeit hinter der vorgespilten Wirklichkeit. Die vorgespilte Wirklichkeit wird hinter den Kulissen von Dunkelmännern konspirativ erzeugt.

Ein paar Beispiele aus letzter Zeit. Da gibt es zum Beispiel die Verschwörung von Eveline Widmer-Schlumpf und ihrer Entourage, um die Schweiz in den automatischen Informationsaustausch zu führen. An der Bilderberg-Konferenz wurde in Anwesenheit von Christoph Blocher und Joe Ackermann eine geheime Weltordnung ausgehandelt. Erfolgreich war die Konspiration linker Systemkritiker, um Johann Schneider-Ammann als Offshore-Sünder anzuklagen. Weniger erfolgreich war die Verschwörung in der Luftwaffe, um den Kampfjet Gripen zu verhindern.

Es gibt Dauerbrenner – wie das Komplott der angloamerikanischen Banken gegen unseren Finanzplatz und das Komplott der Klimaforscher zwecks Erfindung der Erderwärmung. Es gibt Strohfeuer wie die aktuellen Verschwörungstheorien rund um den Flug MH 370 der Malaysia Airlines.

Warum Journalisten hinter allem eine Verschwörung vermuten, ist durch ihre Stellung in der Gesellschaft erklärbar. Es ist eine Stellung der Machtlosigkeit.

Wenn in Politik und Wirtschaft Entscheide fallen, werden Journalisten nicht beigezogen. Journalisten haben nichts zu sagen. Sie können nur sagen, was jene sagen, die etwas zu sagen haben.



Abo-Werbung: Bundesrat Maurer.

Darum müssen sich Journalisten gesellschaftlich aufwerten. Sie tun dies, indem sie sich als Garanten der Transparenz darstellen. Sie sagen nun, was jene nicht sagen, die etwas zu sagen haben. Indem sie sagen, was jene nicht sagen, die etwas zu sagen haben, haben sie selber etwas zu sagen.

Der Politologe Michael Barkun unterscheidet drei Typen von Verschwörungstheorien. Es gibt die Ereignisverschwörung, die Systemverschwörung und die Superverschwörung.

Ereignisverschwörungen sind etwa der Kennedy-Mord oder Ueli Maurers Interview. Systemverschwörungen sind etwa die Schwulenkongspiration im Vatikan oder die NSA-Telefonüberwachung. Superverschwörungsverschwörungen sind etwa die zionistische Weltherrschaft oder die neue Weltordnung der Illuminaten.

Das Schöne an Verschwörungstheorien ist, dass sie manchmal zutreffen. Von Watergate in Washington bis zur Geheimarmee P-26 in Bern reichen die Beispiele, bei denen sich Vermutungen über eine Konspiration in Gewissheiten verwandelten. Zuletzt bestätigte Angela Merkels Handy die Theorie einer digitalen Verschwörung.

Bei den Malaysia Airlines glaube ich übrigens weiterhin, dass es Ausserirdische waren. Kurz nach dem Ende des Funkverkehrs wurde bekanntlich über China ein Ufo gesichtet.

Falscher Blick

Von Beatrice Schlag — Die Illusion, Menschen richtig einzuschätzen.

Es gibt Fernsehserien, in denen Straftäter überführt werden, weil sie im falschen Moment mit dem linken Ringfinger gezuckt oder sich an der Nase gerieben haben. Sie sind nicht nur erfolgreich, weil die Serien gut gemacht sind. Sondern auch deswegen, weil wir uns alle für erfahrene Psychologen halten. Wir mögen nicht ganz so trainiert sein wie die Spezialisten, Wimpernschläge mitzuzählen oder die Veränderung in Ellbogenhaltungen zu registrieren. Aber wir glauben trotzdem, nach ein paar Sekunden zu wissen, wen wir vor uns haben. Wir irren kolossal. Wir wissen nach ein paar Sekunden nur, ob wir unser Gegenüber leiden können. Und selbst das ist nicht zwingend von Dauer. Drei Minuten später sagt sie oder er möglicherweise einen Satz, der uns in unserem Urteil völlig verunsichert. Was wir definitiv nicht erkennen, sind die Absichten unseres Gegenübers.



Das sind die harschen Ergebnisse der amerikanischen Transport Security Administration. Die TSA ist die Kontrollbehörde, die alle in die USA Reisenden plagt. Eine Milliarde Dollar gab die TSA aus, um ihre Angestellten hinsichtlich Mimik und Körpersprache zu schulen, durch die sich verdächtige Reisende angeblich von harmlosen unterscheiden. Die Schulung war herausgeworfenes Geld. Magere 47 Prozent der später als Lügner erkannten Reisenden wurden ausgemacht. Wer die Wahrheit sagte, hatte bessere Chancen: 61 Prozent wurde zu Recht zugestimmt, unverdächtig zu sein. Das macht im Schnitt eine Trefferquote von 54 Prozent. Würfeln ist ähnlich erfolgreich. «Die verbreitete Meinung, dass Lügner sich durch ihre Körpersprache verraten, scheint ein kulturelles Märchen zu sein», sagt die New Yorker Kriminalpsychologin Maria Hartwig. Die Buchprüfung empfahl eine Reduzierung des entsprechenden TSA-Budgets. Eine bessere Einschätzung scheint verbale Kommunikation zu garantieren. Wer etwas zu verbergen hat, ist knapp mit Worten. Ausufernde Erzählungen sind nach Erfahrung von Forschern meist ein Hinweis auf Wahrheitsgehalt.

Mit andern Worten: Kein Mensch ist in der Lage, innert Sekunden ein Gegenüber in «tauglich» oder «fragwürdig» einzuordnen. Wir tun es jeden Tag.

Röttgens Bruch

Von Henryk M. Broder — Ein Nachkriegsdeutscher äussert sich zur Krim.



Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Norbert Röttgen, CDU, hat in einem Gespräch mit der *Welt* den Anschluss der Krim an Russland einen «Zivilisationsbruch» genannt, den er «nicht für möglich gehalten hätte».

Was man über Norbert Röttgen wissen muss: Er war von Oktober 2009 bis Mai 2012 Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und damit mitverantwortlich für die Energiewende. Nachdem er sich halbherzig und erfolglos um das Amt des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen bemüht und die CDU blamiert hatte, wurde er von Angela Merkel von seinen Aufgaben als Bundesminister entbunden. Er blieb aber Abgeordneter und erklärte die Aussenpolitik zu seinem neuen Fachgebiet. Nun sitzt er dem Auswärtigen Ausschuss vor und findet das «eine spannende Aufgabe, für die ich dankbar bin». So ähnlich äusserte er sich früher auch über die Energiewende.

Wenn ein Nachkriegsdeutscher von «Zivilisationsbruch» spricht, dann meint er Auschwitz und den Holocaust, den «industriell betriebenen Massenmord». Er meint nicht den Völkermord an den Hereros in Deutsch-Südwest (dem heutigen Namibia) 1904, nicht den Genozid an den Armeniern in der Türkei 1915, nicht das sowjetische Gulagsystem, dem Millionen von Menschen zum Opfer fielen. Denn diese Verbrechen geschahen sozusagen in Handarbeit. Er meint auch nicht die Terrorakte von 9/11 und schon gar nicht das, was derzeit in Syrien passiert. Neun Millionen Flüchtlinge, weit über 100 000 Tote, ungezählte Waisen, Gefolterte und Traumatisierte bedeuten keinen «Zivilisationsbruch», denn es handelt sich um eine innersyrische Auseinandersetzung, bei der man nicht wissen kann, wer die Guten und wer die Bösen sind. Wenn aber Putin die Krim heim in sein Reich holt, ohne dass dabei auch nur ein Schuss abgefeuert wird, dann haben wir es mit einem «Zivilisationsbruch» zu tun. Sagt Norbert Röttgen, früher Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, heute Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag. Und sollte demnächst infolge der Energiewende bei Röttgen daheim das Licht ausfallen, dann wird er nicht zögern und eine Sonnenfinsternis herbeifantazieren.

Sozial reden kostet nichts

Von Kurt Schiltknecht — Statt die Anreize zu nehmen, sollte die Politik die Leute motivieren, ihre Fähigkeiten zu entwickeln und die Gesellschaft voranzubringen.

Seit die Idee des Wohlfahrtsstaates in praktisch allen Industrieländern das Denken und Handeln der Politiker zu dominieren begonnen hat, verschlechtert sich die Einkommensverteilung. In seinem Buch «Why Capitalism?» sieht der amerikanische Ökonom Allan Meltzer diese Entwicklung als direkte Folge eines überbordenden Wohlfahrtsstaates. Immer grössere Teile der Bevölkerung hätten eine minimale staatliche Einkommensgarantie und liessen sich den Lebensunterhalt ganz oder teilweise durch den Staat finanzieren. Dadurch verlören im Laufe der Zeit viele der vom Tropf des Staates abhängigen Sozialbezügler das Interesse an einem aktiven Berufsleben. Sie hätten keine Anreize und Motivation mehr, sich durch eigene Anstrengungen vom Staat zu lösen, die eigenen Fähigkeiten zu entwickeln oder sich durch Weiterbildung eine bessere Zukunft zu verschaffen. Diese Passivität trage zu einem Rückgang der Produktivität und zur Stagnation der Wirtschaft bei.

Sozial reden kostet nichts. Deshalb haben wir in der Schweiz so viele, die ununterbrochen über Gerechtigkeit und Gleichheit reden und noch mehr staatliche Massnahmen zu deren Verbesserung fordern. Besser wäre es, die geforderten Massnahmen auf ihre Brauchbarkeit hin zu prüfen.

Bereits ein Blick in die oft sozialistisch regierten Nachbarländer würde zeigen, dass sie meist weder zu mehr Gerechtigkeit noch zu mehr Gleichheit, aber zu mehr Arbeitslosigkeit und zu niedrigem Wachstum führen.

Falsches Rezept

Viele der in den Wohlfahrtsstaaten gängigen Massnahmen zur Verbesserung der Gleichheit verringern die Leistungsbereitschaft. Auch die Einführung eines Mindestlohnes hätte diese Wirkung. Wenn, wie dies gefordert wird, der Mindestlohn ein anständiges Auskommen sichern soll und damit nicht mehr weit von den Löhnen der gut ausgebildeten Arbeitskräfte läge, würden künftig viele junge Leute darauf verzichten, die Mühen einer guten Aus- und Weiterbildung auf sich zu nehmen. Das wäre eine fatale Entwicklung, denn eine gute Ausbildung ist letztlich der beste Schlüssel zu höheren Löhnen und zu einer sozialverträglichen Einkommensverteilung. Statt den Leuten die Anreize zu Leistung und Weiterbil-

dung zu nehmen, sollte die Wirtschaftspolitik die Leistungsbereitschaft fördern und dafür sorgen, dass Leistungen entsprechend belohnt werden können.

Die Einführung eines Mindestlohnes muss auch aus anderen Gründen abgelehnt werden. Eine minimale Voraussetzung für einen Mindestlohn wäre ein einigermaßen homogener Arbeitsmarkt. Dies ist in der Schweiz nicht der Fall. Die Arbeitsmärkte des Tessins, der Genferseeregion, der Berggebiete, des Mittellands und von Zürich und Basel unterscheiden sich in vielen Belangen. Als Folge unterschiedlicher Standortfaktoren haben sich in den Regionen unterschiedliche Wirtschaftsstrukturen mit divergierenden Lebenskosten- und Lohnniveaus entwickelt. Wären das Lohnniveau, die Lebenskosten und die Steuerbelastung überall gleich, so gäbe es in den strukturschwachen Gegenden kaum mehr eine florierende Wirtschaft. Dafür würden die Bal-

lungszentren umso stärker wachsen. Um eine Zerstörung der dezentralen Wirtschaftsstruktur zu verhindern, müssen sich die Löhne in den einzelnen Regionen nach den örtlichen Gegebenheiten richten und beweglich sein können. Mindestlöhne oder die Ausweitung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Gesamtarbeitsverträgen würden die

Lohngestaltung zu stark einschränken. Ein Teil des Gewerbes und der Unternehmen in den strukturschwachen Gegenden hätte keine Zukunftsperspektiven mehr. Nicht alle wären in der Lage, die zu teuer gewordenen Arbeitskräfte wegrationalisieren zu können. Betriebschliessungen, Arbeitslosigkeit und die Entvölkerung ganzer Regionen wären die Folgen.

Damit es in der Schweiz weiterhin eine einigermaßen regional ausgeglichene Wirtschaftsentwicklung gibt, muss den von der linken Seite vorgetragenen Forderungen nach einer staatlichen Festsetzung eines immer grösseren Teils der Löhne und nach einer Vereinheitlichung der Steuern entschieden entgegengetreten werden. Eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung erfordert Flexibilität. Nur so können jene Anreize geschaffen werden, welche die Leute motivieren, ihre Fähigkeiten zu entwickeln und die Gesellschaft voranzubringen. Staatlich festgelegte Mindestlöhne und eine Harmonisierung der Steuern sind das falsche Rezept.



Obama repariert den Westen

Von Hansrudolf Kamer — Amerikas Präsident hat mit den Alliierten den kleinsten gemeinsamen Nenner gegenüber Putin gefunden. Nicht nur die Krim, auch die Ukraine bleibt ausserhalb des westlichen Orbits.



Manchmal hilft der Kontakt mit der Realität. Das Empfangskomitee für den amerikanischen Präsidenten in Europa waren die russischen Truppen, die an der ukrainischen Ostgrenze aufmarschierten.

Der Nato-Oberbefehlshaber, General Philip Breedlove, nannte sie «sehr, sehr umfangreich und sehr, sehr bereit».

Mit dieser Drohkulisse im Hintergrund besichtigte der amerikanische Präsident auf dem alten Kontinent die Trümmer seiner Aussenpolitik. Er steht unter Druck, etwas zu tun, was ihm im Tiefsten widerstrebt: Fehler einzugestehen und einen neuen Kurs zu steuern. Vorgänger im Amt hatten dies öfter tun müssen, doch Obama sieht sich wohl in einer eigenen Kategorie.

Er übernahm die Präsidentschaft im Glauben, Machtpolitik, militärische und andere, sei ein Relikt der Vergangenheit, die fast jede Relevanz verloren habe. Die ersten Telefonate des Friedensnobelpreisträgers mit Putin in der Krise um die Ukraine betonten genau diesen Punkt. Die Mittel des uralten 19. Jahrhunderts im progressiven 21. Jahrhundert?

Obamas Vorstellung war es, dass Diplomatie die Probleme lösen oder bewältigen könne, die sein Vorgänger auf der Welt ignoriert, geschaffen oder verschlimmert hatte. Amerikas lädiertes globales Ansehen könne dadurch verbessert werden. So wurde Realpolitik zur Wunschpolitik, Amerikas Aussenpolitik zur Innenpolitik.

Nun dämmert es langsam auch den treuesten Obama-Demokraten, dass ausserhalb des westlichen Komfortgürtels die alte, andere Auffassung immer noch stark verbreitet ist: dass es in der Aussenpolitik um militärische und wirtschaftliche Macht geht, um Einflussphären, Bündnisse und politische Kontrolle – und nicht um internationale Normen, gefühlte moralische Überlegenheit und kulturelle Attraktivität. «Soft power» ist wesensmässig labil und wirkt nur auf der Basis von «hard power».

Was nun? Das neue Schlagwort heisst «incrementalism», will sagen ein schrittweises Vorgehen, kombiniert mit subtiler Feinsteuerung: gegenüber Putin gerade so viel Druck anwenden, dass dieser das Irregeleitete seines Vorge-

hens einsieht und ohne störende Geräusche klein beigt. Nicht zu viel, nicht zu wenig, nur keine Eskalation, kein Sich-Hochschaukeln wie vor dem Ersten Weltkrieg – schliesslich haben die führenden Politiker alle kurze Zusammenfassungen einschlägiger Bücher im Jubiläumsjahr von Beratern lesen lassen.

Ausschluss aus den G-8-Treffen, vorerst, aber keine wirklichen Wirtschaftssanktionen, dann Abwarten, was Putin weiter vorhat. Das rechtzeitige Abblasen der Krise würde es Obama erlauben, wieder zu Mindestlohn und Klimawandel zurückzukehren. Ausserdem stehen Kongresswahlen im Herbst an, die für die Demokraten nicht besonders verheissungsvoll aussehen.

Bevor Obama in Europa landete, war Vizepräsident Biden unterwegs in Osteuropa, um Polen und den verunsicherten baltischen Staaten den Rücken zu stärken. Biden erklärte, er sei gekommen, um die feierliche Verpflichtung zu bekräftigen, die sich aus Artikel fünf des Nato-Vertrages zur kollektiven Verteidigung ergebe – «eine absolut feierliche Verpflichtung, die wir einhalten werden».

Ob die Amerikaner das wirklich tun würden, war – bezogen auf Europa generell – schon eine interessante Frage im Kalten Krieg. Besagter Artikel fünf enthält keine automatische Beistandsverpflichtung. Ein solcher war nur

im Vertrag der inzwischen verblichenen Westeuropäischen Union enthalten, der die Amerikaner nicht angehörten.

Obamas Bündnispartner sind natürlich beunruhigt über dessen lockeren Umgang mit roten Linien wie im Fall Syrien. Seine Zusicherungen sind nicht mehr glaubwürdig. Im Kalten Krieg waren an der innerdeutschen Grenze keine Juristen, sondern amerikanische, britische und französische Truppen stationiert, damit jeder Angriff automatisch zum Bündnisfall wurde. Einen solchen Stolperdraht gibt es im Baltikum nicht.

Amerikanische Nonchalance

Putin profitiert von diesem Verlust an amerikanischer Glaubwürdigkeit. Die Krim dagegen gerät vom Regen in die Traufe und lernt nun bürokratische Inkompetenz der Marke Russland kennen. Viele Länder ärgern sich über die amerikanische Nonchalance, das Auftrumpfen und Belehren und Moralisieren. Doch hat nicht Obama die Krise verursacht – klassischen russischen Verschwörungsthesen und Einkreisungsbehauptungen zum Trotz.

Worte und Taten der letzten Tage zeigen deutlich, dass die Ukraine ausserhalb westlicher Ambitionen liegt. Bidens Reiseprogramm im Osten liess Kiew aus, und Obama hatte ukrainische Bewaffnungswünsche abgelehnt. Die Ukraine stand und steht weder auf dem Aufnahmeprogramm der Nato noch auf jenem der EU.

Nun rätselt man über die nächsten Schritte des genialen Putin, der vermutlich weiss, was er will. Er regiert mit harter Hand das mit sehr grossem Abstand grösste Land der Erde und hat vielleicht immer noch nicht genug. Normalerweise nennt man das Grössenwahn.



Nicht mehr glaubwürdig: amerikanischer Präsident Obama.

«Die Schweiz darf ihre Forschungsmilliarden nicht mehr in Brüssel abliefern.» *Hans Peter Geiger*



«Erhebliche soziale Kosten.»

Bitte mehr differenzieren

Nr. 12 – «Die Liberalen in der Denkfalle»;
Reiner Eichenberger über die
Personenfreizügigkeit

Traue keinem, der die Statistik nicht selbst gefälscht hat, lautet ein gängiges Bonmot. Gefälscht sind die Zahlen des Autors nicht, aber für die Botschaft zurechtgebogen. 400 000 Doppelbürger: Wie viele haben die ausländische Staatsbürgerschaft (z.B. USA) erst nach der Niederlassung im Ausland erworben? Diese Zahl ist nicht eruierbar, aber relativiert die Aussage. Zudem, das Ausland hat mehr Einwohner als die Schweiz, prozentual ist die Anzahl der ausländischen Bürger mit Einwanderung in die Schweiz kleiner als der Prozentsatz der Schweizer, die ins Ausland emigrieren. Als Letztes, nicht alle Schweizer Bürger bleiben im Ausland, sondern kehren in die Schweiz zurück. Also, die Zahl erhöht sich. Und Fazit: bitte mehr differenzieren, das ist Schweizer Art.

Walter Krähenmann, Muri bei Bern

Reiner Eichenberger liefert einen weiteren Beweis, dass die Mehrheit der Schweizer Stimmbevölkerung am 9. Februar richtig entschieden hat. Ob dies aus einem gesunden Bauchgefühl heraus oder nach wissenschaftlicher Analyse geschah, ist letztlich sekundär. Aber es wäre jetzt langsam an der Zeit, dass all die schlechten Verlierer endlich einen Blick in die *Weltwoche* werfen. *Richard Schärner, Thayngen*

Die wie immer einleuchtenden Argumente des Autors legen den folgenden Schluss nahe: Ein Unternehmen zahlt dem neuen Angestellten einen Lohn, der für die Firma vorteilhaft ist. Wenn aber dadurch eine Einwanderung von einer, zwei oder gar acht Personen bewirkt wird, dann entstehen auch erhebliche soziale Kosten: erhöhte Knappheit der Infrastruktur, zusätzliche Belastung der Sozialsysteme und so weiter, bis zu einer stärkeren Überfüllung der Gefängnisse. Die Arbeitgeber verursachen diese Kosten, sie bezahlen aber nichts.

Die neuen Arbeitnehmer bezahlen zwar Steuern. Diese vermögen aber die gesellschaftlichen Kosten in keiner Weise zu decken. Deshalb sollten die einstellenden Unternehmen mit einer besonderen Steuer von etwa 500 bis 3000 Franken pro Monat für jeden neuen Mitarbeiter aus einer anderen Volkswirtschaft belastet werden. Diese Steuer würde die zusätzlichen Kosten wenigstens teilweise kompensieren. Ausserdem würde sie die Illusion von der billigen ausländischen Arbeitskraft, die man gegebenenfalls an den Staat abschieben kann, gründlich vertreiben. Die Nettoemigration würde auch auf ein vernünftiges Mass gedrückt.

Die Schweiz darf ihre Forschungsmilliarden nicht mehr in Brüssel abliefern. Da könnte man dem Professor Eichenberger wenigstens eine davon zuschieben, damit er weitere Denkfälle aufdeckt.

Hans Peter Geiger, Zürich

Klarer Zwang

Nr. 12 – «Selbstbedienung bei GAV-Millionen»;
Florian Schwab über das Seco

Die sogenannten Vollzugskostenbeiträge sind ganz klar ein Zwang; und diese Abzocke ist eigentlich eine Frechheit und Raub am Portemonnaie von meist schon weniger gut verdienenden Arbeitenden wie beispielsweise im Gastgewerbe und in der städtischen Hotellerie. Sowie von wegen, es sei noch für Weiterbildung, dies erachte ich als lächerliche Scheinheiligkeit quasi. Übrigens, der L-GAV kann sich auch nachteilig auswirken, wenn Bestimmungen schlechter sind als im Obligationenrecht verankert, darunter beispielsweise die Kündigungsfristen. Zudem, was nützen angebliche Mindestlöhne, wenn sie dann doch nicht eingehalten werden und dann – und dies ebenso nicht von der Kontrollstelle oder Unia – kontrolliert sowie beanstandet werden! Oder man kann auch sagen, wenn sie «ausgehöhlt» werden, indem bewusst nicht die ganze Arbeitszeit gerechnet respektive nicht entlohnt wird oder vielleicht am Anfang der Ansatz bereits falsch festgelegt worden ist.

Kommt hinzu, dass manchmal auch gewisse Zuschläge gerne «vergessen» werden, und niemand bemängelt dies. Genau genommen ist es makaber, dass eine Sozialpartnerschaft von sozial schwächeren Mitmenschen lebt, was fast vergleichbar wäre zum Beispiel mit Bestattern, die von Todesfällen leben. Gewerkschafter profitieren und schaffen erst noch nicht Transparenz, wie nun ebenfalls der sehr gute *Weltwoche*-Artikel zeigt.

André Müller, Basel

Aus der Seele gesprochen

Nr. 12 – «Intellektueller Kindergarten»;
Offener Brief von Claude Cueni

Zum offenen Brief von Autor Claude Cueni an Herrn Urweider kann ich nur gratulieren. Sie haben mir aus der Seele gesprochen. Zum Glück gibt es auch Intellektuelle, die die Abstimmung vom 9. Februar etwas differenzierter betrachten als Herr Urweider. Es ist ja bekannt, dass die meisten sogenannten Intellektuellen das Volk als dumm und als nicht urteilsfähig betrachten.

Alfons Duff, Uster

Ist doch nicht mein Geld

Nr. 12 – «Mein Service-public-Tagebuch»;
Rico Bandle über das Schweizer Radio und Fernsehen

Habe mich köstlich amüsiert. Wie das mit «Wege zum Glück» et cetera gehen soll, erschliesst sich nur den wenigsten. Trotz voller Transparenz, dass zum Beispiel 115 Millio-

nen Euro für die Übertragungsrechte der Fussball-WM 2018 ausgegeben werden, ist das bei uns in Deutschland kein Aufreger. Das Gros der Beitragszahler ist passiv und desinteressiert. Dass ein «Tatort» eine Million Euro kostet, wird schulterzuckend zur Kenntnis genommen. Ist doch nicht mein Geld! Mal sehen, ob die Schweizer hier nicht so gleichgültig sein werden. Der *Weltwoche* wird hier wohl eine neue Aufgabe zukommen, in gewohnter Weise zur Aufklärung beizutragen.

Andreas Bunge, per E-Mail

Eid schwören

Nr. 11 – «Diplomat des Ausverkaufs»; Philipp Gut über Tim Guldemann

Um solchen «sogenannten Diplomaten» (Guldemann) die Selbstinszenierung bei der EU zu stützen, gäbe es im Grunde genommen nur eine Möglichkeit. Die Wahl eines schweizerischen Diplomaten oder eines schweizerischen Aussenministers müsste gleich ablaufen wie die Wahl eines Bundesrates. Das Schwören des Eides, die Unabhängigkeit, die Freiheit und die Neutralität zu bewahren, so Gott mir helfe. Das Nichteinmischen in fremde Händel muss im Schwur miteinbezogen sein. Nur mit diesem Gelübde und Schwur hätten wir die Chance für die Zukunft, dass wir die unvergleichliche Neutralität und Freiheit beibehalten könnten. Mit diesem Eid hätten wir gleichzeitig die Voraussetzung geschaffen, uns vor solchen willkürlichen Machenschaften zu schützen. Bei Nichteinhalten der festgelegten schweizerischen demokratischen Grundsätze hätte dies zur Folge, dass ein solcher per sofort aus seiner diplomatischen Arbeit entlassen werden könnte.

Luki Sutter, Wettswil am Albis

Finanzielle Bereicherung

Nr. 11 – «Retter in Not»; Urs Gehrig über den Film «Lone Survivor»

Nach der Lektüre dieses Artikels war mir übel. Der Amerikaner Marcus Luttrell verdankt sein Leben, nach der Taliban-Attacke am 28. Juli 2005, eindeutig dem mutigen Handeln des afghanischen Bergbauern Mohammed Gulab, der Luttrell, trotz massiver Todesdrohungen der Taliban, unter den Schutz der traditionellen Gastfreundschaft – «Paschtunwali» – in seinem Hause stellte. Dem Geretteten ging es nach seiner Rückkehr in seine Heimat Texas, nach seiner medizinischen Heilung und anschliessenden psychotherapeutischen Betreuung, im Wesentlichen offenbar um die Pflege seines Egos und finanzielle Bereicherung und weniger um die Sicherheit seines Retters in Afghanistan. Nachdem man diesen ausgiebig für unzähli-

ge Public-Relations-Anlässe ausgenutzt hatte, für die man ihn unter anderem in die USA einlud, schickte man ihn einfach wieder nach Afghanistan zurück, wo ihn, über kurz oder lang, der sichere Märtyrertod erwartet.

Wie fühlt sich wohl dieser Marcus Luttrell, der vom Präsidenten mit dem Navy Cross ausgezeichnet wurde, was er ohne seinen Lebensretter nie erlebt hätte? Warum hat Luttrell sich nie wirklich nachdrücklich dafür eingesetzt, dass sein Retter und seine Familie eine Green Card bekommen? Warum hat er nicht notfalls den Präsidenten in die Pflicht genommen? Für mich schlicht unverständlich.

Harald Matouch, Thônex

Korrigenda

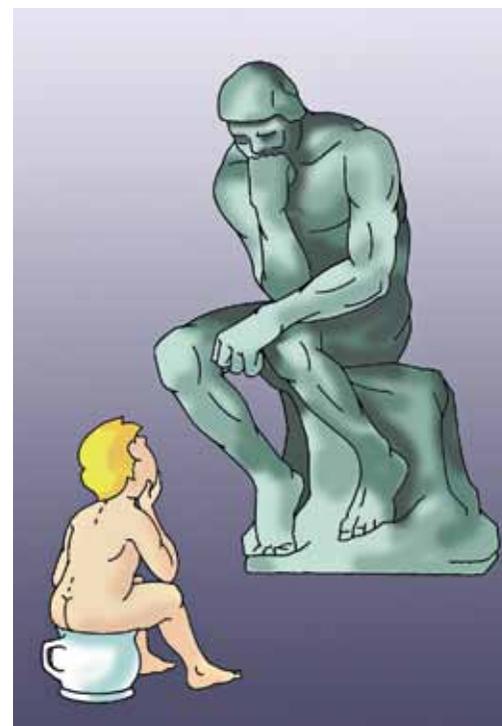
Nr. 12 – «Russland wird immer als das Böse dargestellt»; Interview mit Alexander Golovin, dem russischen Botschafter in der Schweiz

Die Antwort auf die Frage des Interviewers «Das Referendum und der jetzt stattfindende Anschluss an Russland verstiesse gegen Völkerrecht, sagen die USA und die EU. Sie behaupten das Gegenteil» war unvollständig. Die komplette Antwort lautet: «Das Recht auf Selbstbestimmung ist im Artikel 1 der Uno-Charta verankert. Es wurde mehrmals durch die Entscheidungen der Uno-Generalversammlung bestätigt. Das Volk der Krim konnte dieses Recht aufgrund der Politik der Zentralbehörden in Kiew nicht realisieren. 1992 wurde die Verfassung der Krim verabschiedet. Schon 1995 wurde diese durch den Obersten Rat und den Präsidenten der Ukraine ohne die Zustimmung des Volkes ausser Kraft gesetzt, und die Krim verlor den Status einer unabhängigen Republik als Bestandteil der Ukraine.»

Die Redaktion

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man ohne das Wissen der Ehefrau vom vermeintlich gemeinsamen Kind einen Vaterchaftstest beantragen? *Fredi Neff, Winterthur*

Falls Sie eine juristisch fundierte Antwort erwarten, wenden Sie sich an einen Anwalt. Falls Sie einen praktischen Rat suchen, liegen Sie bei uns goldrichtig. Einen Antrag auf einen Gentest dürfen Sie, bei welcher Instanz auch immer, selbstverständlich immer stellen. Wir leben in einem freien Land. Falls Ihre Frau das Ansinnen ablehnt, haben Sie schon mal ein Indiz, dass mit Ihrem Nachwuchs etwas nicht kosher ist. Wenn Sie es nun wirklich wissen wollen, schauen Sie dem Kleinen tief ins Gesicht, dann schauen Sie tief in den Spiegel – und seien Sie ganz einfach ehrlich. Aber, mal ganz unter uns: Wollen Sie es wirklich wissen?

Alex Baur

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*,
Förrlibuckstrasse 70, Postfach,
8021 Zürich.
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.



«Öffnung! Öffnung! Öffnung!»: Aussenminister Burkhalter beim Empfang des deutschen Aussenministers Steinmeier.

Tage der Wahrheit

Der Krim-Konflikt offenbart, wie viel Neutralität die international verstrickte Schweiz bereits verloren hat. Die Krise muss zum aussenpolitischen Wendepunkt werden.

Von Urs Paul Engeler

Die Schweiz will neutral sein. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) verurteilt das Vorgehen Russlands auf der Krim scharf als «Verletzung des Völkerrechts», sie unterstützt die nichtlegitimierte ukrainische Regierung in Kiew und durchstößt in unklarer Mission den Osten der Ukraine, um russische Aktivitäten aufzuspüren. Der ambitionierte Schweizer Aussenminister Didier Burkhalter (FDP), der via Radio über schweizerische «Sanktionen» gegen Russland nachdenkt, und seine nicht minder ehrgeizigen Gehilfen haben sich an die Spitze dieser politisch klar positionierten OSZE gestellt. Damit bewegten sich die helvetischen Aktivisten in einem offensichtlichen Widerspruch, analysierte am Montag auch die *Süddeutsche Zeitung*: «Burkhalter dagegen ist in der Krise kaum neutral zu nennen.» Um maliziös zu folgern, die Neutralität sei eben «ein schwieriges Geschäft».

Das Blatt hat fast ganz recht. Nur: Neutralität ist nicht schwierig, aber sie ist – aufgrund einer seit zwanzig Jahren betriebenen politischen Fehlentwicklung – schwierig geworden für eine Schweiz, die sich in alle möglichen Organisationen hat einbinden lassen und deren Repräsentanten internationale Starrollen spielen wollen. Das Übel begann mit einem Grundlagenirrtum.

Epochaler Irrtum

1992 läutete der US-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama mit Getöse sein «Ende der Geschichte» ein («The End of History and the Last Man»). In der fatalen geschichtsphilosophischen Tradition von Hegel und Marx sah er nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, des Ostblocks und des Warschauer Pakts die Auflösung aller Gegensätze in einer letzten, globalen Synthese, in der es keine grundlegenden wirtschaftlichen und ideologi-

schen Widersprüche mehr gibt, in der sich Liberalismus, Demokratie und soziale Marktwirtschaft als alleinbestimmende Formen des Zusammenlebens durchgesetzt haben, in der lauter Vernünftige in den vielen weltumspannenden Organisationen wie der Uno und deren Untersektionen die Geschicke aller befreiten Menschen lenken, in der rivalisierende Nationalstaaten von den alten Zentren der verheerenden Macht zu rein technokratischen Verwaltungsbezirken abgesunken sind.

Katastrophal an der Ausrufung des definitiven Paradieses auf Erden war nicht, dass auch diese Heilsverheissung ein epochaler Irrtum war, sondern dass zu viele naive Politiker sie glauben wollten (selbst jene der bislang nüchternen und realistischen Schweiz) und dass viele berechnende Machtpolitiker sie kühl nutzten. Der falsche Prophet Fukuyama stand am Anfang einer Epoche der falschen Internationa-

lisierung der Politik. Penibel schwärmerische Wendungen wie «Relativierung des Nationalstaats», Teilnahme an einer neuen «multilateralen Gouvernanz», Eingliederung des Landes in eine «universelle, durch das internationale Recht bestimmte, friedliche und freiheitliche Weltordnung», «internationale Solidarität» oder «aktive Aussenpolitik» als «Kooperation mit der Weltgemeinschaft» fanden Eingang ins Vokabular der offiziellen Schweiz, untermalt vom dumpf dröhnenden Dauerrefrain «Öffnung! Öffnung! Öffnung!».

In der offenen neuen Welt ohne Konflikte kamen tradierten und bewährten eidgenössischen Maximen wie Neutralität, Souveränität, Wahrung der Eigeninteressen und Verteidigung der Landesgrenzen scheinbar keine reale Bedeutung mehr zu. Sie wurden mit Rücksicht auf eine träg-nostalgische Volksseele nicht sofort und ehrlich entsorgt, aber doch schleichend entwertet. Ohne klare Ansage hat die politische Führung das Land an internationale Gremien angebunden. Das Unheil wird jetzt sichtbar.

Es war auch in jenem Jahr 1992, als der Bundesrat die nationale Souveränität opfern und das eigenständige Land im grossen EU-Kollektiv untergehen lassen wollte. Dieses Ziel wurde nie aufgegeben, wie Dokumente belegen, sondern nur auf der Zeitachse verschoben und umbenannt. Heute heisst der Weg nach Brüssel «bilateral». Er soll noch in diesem Jahr «erneuert» und «vertieft» werden. In der Krim-Krise ist die Europäische Union jetzt nicht nur aktive Partei, sondern die eigentliche und mutwillige Brandbeschleunigerin. Die kritiklose Nähe zum «Friedensprojekt» EU, das stets und überall mit Sanktionen und anderen Repressalien droht und agiert, veranlasst die Schweiz, Verhandlungen mit Russland über ein Freihandelsabkommen zu sistieren, und hindert sie nun, wirklich neutral zu bleiben. Sie ist unfreier geworden.

Im Jahr 1996 unterzeichnete der damalige Bundespräsident Flavio Cotti (CVP) im Nato-Hauptquartier in Brüssel den Vertrag für eine «Partnership for Peace» (Pfp). Intern wurden sowohl die Sicherheitspolitik («Sicherheit durch Kooperation») wie auch die Armee auf die Interessen der Nato umgepolt. «Die Armee ist [...] als Gesamtsystem auf Interoperabilität [mit der Nato] auszurichten», war in internen Dokumenten zu lesen. Und: Bei der «Schaffung mentaler und prozessorientierter Interoperabilität» gehe es «um die Angleichung der Strukturen und Prozesse an die Nato». Zweimal jährlich pilgern Schweizer Parlamentarier als offizielle fünfköpfige «Nato-Delegation» an die Versammlungen des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats, der die Verknüpfung von Nato und Pfp-Staaten koordiniert. Am 21. Mai 2012 erst, auf dem Nato-Gipfel in Chicago, hat Aussenminister Didier Burkhalter in einer devoten Rede den Nato-Befehlshabern abermals versichert, die Schweiz werde in Zukunft solidarisch mit-



Mehr Kontrolle im Osten: von der Leyen (CDU).

trotten, denn nur eine enge internationale Kooperation könne drohenden Gefahren wirkungsvoll begegnen: «A l'avenir, nous sommes convaincus que seuls des partenariats forts permettront de faire face aux nouvelles menaces.»

In der Krim-Krise ist die Nato Konfliktpartei, sie riegelt faktisch die Grenzen zu Russland ab. Die deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) forderte übers Wochenende gar eine verstärkte Nato-Präsenz im Osten Europas, vor allem zur militärischen Kontrolle des Luftraums. Es sei nun an der Zeit, meint die offenbar zu vielem Entschlossene, zu demonstrieren, «dass die Nato nicht nur auf dem Papier besteht». Das Bekenntnis zur «starken Partnerschaft» mit der Nato hindert die Pfp-Schweiz nun, wirklich neutral zu bleiben. Sie ist unfreier geworden.

2002, nach einer von der Wirtschaft mit Abermillionen finanzierten Propagandaschlacht, sagten Volk und Stände schliesslich knapp ja zum Beitritt der Schweiz zur Uno. Bereits zuvor hatte sich die politische Führung all den politisch motivierten Sanktionen und Forderungen der Uno willig und neutralitätswidrig unterzogen. Der erste Sündenfall geschah 1991, als die Schweiz den Krieg der USA gegen den Irak un-



terstützte. Seit der Mitgliedschaft drängt die politische Elite des Landes in alle Gremien der Uno, sogar in den Sicherheitsrat, der befugt ist, Entscheide von grösster Tragweite zu treffen, bis zur Legitimation von Kriegseinsätzen. Bei Konflikten ist die Uno entweder ohnmächtig oder einseitig. Auf Druck der USA hat die Uno die völkerrechtswidrige Abspaltung des Kosovo von Serbien gutgeheissen, was die Schweiz 2008 nachvollzog, nachvollziehen musste. Der Uno-Beitritt hindert die Schweiz, wirklich neutral zu bleiben. Er hat sie unfreier gemacht.

Das Ende vom «Ende der Geschichte»

Im Friedenstaumel am «Ende der Geschichte», in der blinden Anbetung des sogenannten Völkerrechts und im Irrglauben an eine «Sicherheit durch internationale Kooperation» wurde die Armee bis zur Funktionsuntüchtigkeit abgewrackt. Sie kann, ganz im Sinne der Internationalisten, ihren Auftrag nachweislich gar nicht mehr erfüllen. Von der weiterhin deklarierten «bewaffneten Neutralität» ist kaum mehr etwas geblieben, weder die politische Unparteilichkeit noch die Fähigkeit zur Selbstverteidigung. Die Abrüstungsschritte haben die Schweiz in die Abhängigkeit «starker Partner» (Burkhalter) getrieben und die Position des selbstbewussten und entschlossenen Neutralen untergraben. Die bewusste Schwächung der Armee hat das Land unfreier gemacht.

Nun läutet die Krim-Krise das Ende vom «Ende der Geschichte» ein und zeigt, was immer galt und gelten wird: Menschen haben Interessen und nehmen diese wahr, wo und wie

Die Konzepte, die das Land im EU- und Nato-Verbund sehen, sind zu entsorgen.

sie können. Prallen kollektive Interessen aufeinander, entstehen Konflikte, regionale oder globale. Können die Antagonismen nicht am Verhandlungstisch beigelegt werden, eskalieren sie zu kriegerischen Handlungen. Die Bereitschaft zur Gewalt ist eine menschliche Konstante. Jede andere Sicht auf die Welt ist naiv oder dumm.

Für die Schweiz bedeutet der Konflikt, der in der Ukraine aufgebrochen ist, dass die Aussen-, die Sicherheits- und die Armeepolitik der letzten zwanzig Jahre radikal korrigiert werden müssen. Die entrückten Konzepte der Planer und Politiker, die das Land schon in den EU- und Nato-Verbund geschrieben haben, sind zu entsorgen. «Halten wir uns so weit draussen wie möglich aus den Kontroversen um die Krim», warnt der Schaffhauser SVP-Nationalrat Thomas Hurter, Präsident der wieder wichtig werdenden Sicherheitspolitischen Kommission (SiK). «So bietet diese Krise die einmalige Chance, wieder zurückzufinden zu einem wirklich neutralen, souveränen und starken Land.» ○

«Mehr Freiheit, weniger Macht»

Welche Rolle spielt die Schweiz im Konflikt um die Ukraine? Ist die Neutralität noch gewährleistet? Was will Aussenminister Didier Burkhalter? Botschafter Paul Widmer, einer der tiefsten Kenner der Schweizer Diplomatie, erklärt die aktuelle Lage. *Von Philipp Gut und Tomas Wüthrich (Bild)*

Die Rolle der Schweizer Diplomatie scheint im Moment so wichtig zu sein wie schon lange nicht mehr. Es stehen grundlegende Weichenstellungen mit der Europäischen Union an, und in der Ukraine tritt die Schweiz auf der grossen internationalen Bühne auf. Wo sehen Sie die Chancen und Risiken dieses diplomatischen Revivals?

Von einem Revival der Diplomatie würde ich nicht sprechen. Diplomatie gibt es seit Urzeiten, und es geht immer um das Gleiche. Man muss souveräne Staaten, denen man nichts befehlen kann, dazu bringen, dass sie trotzdem eine Übereinstimmung finden.

Verteidigungsminister Ueli Maurer sprach in der letzten Ausgabe der *Weltwoche* von der Gefahr einer Vereinnahmung durch den Vorsitz der Schweiz in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Teilen Sie diese Einschätzung, steht die Neutralität auf dem Spiel?

In der OSZE sehe ich keine grösseren Gefahren. Das hängt mit dieser Organisation zusammen, deren Beschlüsse ja einstimmig sein müssen. Die Beobachtung einzelner Länder und die Feldmissionen sind eine gute Sache. Ein grosses strategisches Forum ist die OSZE allerdings nicht mehr.

Nicht alle Player innerhalb der OSZE sind gleich stark, es gibt natürliche Kräfteunterschiede. Wird da nicht Druck auf das Präsidium ausgeübt?

Das ist sicher so, wie in jeder internationalen Organisation. Wir haben eine formelle Gleichheit der Staaten, aber faktisch üben die grösseren und wichtigeren mehr Druck aus. Doch wer ist die OSZE? Diese Organisation hat seit fünf Jahren keine einzige gemeinsame Erklärung zustande gebracht. Es wäre etwas viel erwartet, wenn sie jetzt die entscheidende Institution im Konflikt herd in der Ukraine sein sollte. Glauben Sie, dass Putin, nachdem Russland die Grundsätze der OSZE massiv verletzt hat, exakt diese Organisation damit beauftragen wird, zu beurteilen, ob es das getan habe?

Die OSZE hat nun immerhin eine Beobachtermission zustande gebracht.

Obschon nun Beobachter in der Ukraine stationiert werden und vor allem im Osten einen Beitrag zur Konfliktverhütung leisten

können, haben wir keinen Grund zum Jubeln. Tatsächlich ist die OSZE der russischen Taktik auf den Leim gekrochen. Diese lautete: «Zuerst bringen wir die Krim ins Trockene, und dann sind wir mit einer Beobachtermission – ohne die Krim – einverstanden.» Diese ist nun einseitig der Ukraine auferlegt.

Der Bundesrat hat die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Russland auf Eis gelegt. Ist es zulässig, dass sich ein neutraler Staat wie die Schweiz an Sanktionen beispielsweise der EU beteiligt? Beschädigt das nicht die Glaubwürdigkeit als neutraler Vermittler?

Eine Neutralitätspolitik muss glaubwürdig sein. Glaubwürdig ist sie, wenn die andern die Politik der Schweiz berechnen können. Alles, was sprunghaft ist, schadet. Ein neutrales Land hat Handlungsspielräume, aber diese sind eingeschränkter als bei einem nicht neutralen Staat. Im Grunde soll es sich, wenn die Sanktionen nicht von allen Staaten im Rahmen der Uno beschlossen wurden, davon fernhalten. Es muss einzig darauf achten, dass sein Gebiet nicht für Umge-

«Bei der aktiven Neutralität drängten wir uns oft selbst auf. Das kann nicht der Sinn sein.»

hungsgeschäfte missbraucht wird. Sonst würde es faktisch die sanktionierte Partei unterstützen.

Wie beurteilen Sie die Schweizer Neutralitätspolitik in den letzten Jahren? Gab es einen Tiefpunkt? Und wie steht es heute?

Der Tiefpunkt war in den 1990er Jahren erreicht, als sich die Schweiz während der Nato-Bombardements in Serbien weigerte, die Interessen von befreundeten Staaten zu vertreten – und dies mit dem Hinweis, man beweise dadurch, dass die Neutralitätspolitik weiterhin Sinn mache.

Das war unter Aussenminister Flavio Cotti (CVP). Micheline Calmy-Rey (SP) läutete dann mit der «aktiven Neutralität» eine neue Ära ein. War das nicht ein Widerspruch in sich?

Calmy-Rey hielt eigentlich viel von der Neutralität, sie wollte sie auch einsetzen, aber sie definierte sie sehr eigenartig. Der Kern der Neutralität ist ja, dass man für keine Seite Partei nimmt. Daneben gibt es ein zweites Neutralitätsverständnis, dasjenige des Richters.

Ein Richter muss am Ende Partei nehmen, aber man beauftragt ihn mit diesem Amt, weil man davon ausgeht, dass seine Grundeinstellung nicht voreingenommen ist.

Sucht die Welt denn in der Schweiz einen Richter? Wäre dies nicht eine etwas anmassende Position?

Die aktive Neutralität war tatsächlich oft so, dass man den Eindruck bekam, wir drängten uns selbst auf. Das kann nicht der Sinn der Schweizer Neutralität sein.

Nach der Abstimmung vom 9. Februar war das Lamento gross. Enttäuschte Politiker, Wirtschaftsführer und Diplomaten wie Tim Guldemann äusserten Zweifel an der direkten Demokratie. Behindert diese eine erfolgreiche, dynamische Aussenpolitik?

Die grosse Politik eignet sich grundsätzlich nicht für eine direkte Demokratie. Die direkte Demokratie ist Herrschaft von unten. Der Bürger soll auf möglichst tiefer Stufe möglichst viel selber entscheiden können. In der Aussenpolitik müssen Sie oft rasch entscheiden, Sie müssen Prioritäten setzen, und Sie müssen die Innenpolitik manchmal unterordnen. Das wollte die Schweiz nie, und deshalb hat sie eine Neutralitätspolitik betrieben. Man war einerseits bescheiden genug, auf eine ausgreifende Machtpolitik zu verzichten. Andererseits wusste man, dass man durch eine glaubwürdige, beständige Neutralitätspolitik trotzdem nützliche Dienste leisten konnte.

Zu beobachten ist in diesen Fragen eine wachsende Kluft zwischen der hohen Politik in Bern und dem Volk. Wie konnte es so weit kommen?

Aus meiner Sicht ist es völlig verfehlt, aufgrund eines Abstimmungsergebnisses, das man persönlich nicht schätzt, zu sagen, die direkte Demokratie werde ein Hindernis. Weshalb ist denn die Schweiz in allen internationalen Rankings an der Spitze? Vor allem deshalb, weil die Schweizer Bürger genau dieses Staatswesen ermöglicht haben.

Wenn ich richtig verstehe, drehen Sie die Wertung eines Tim Guldemann um: Die direkte Demokratie steht einer prosperierenden Zukunft der Schweiz nicht im Weg, im Gegenteil: Sie ist ein Garant des Erfolgs.

Natürlich. Der engagierte Bürger in den Gemeinden, Kantonen und im Bund – das ist der Kern des Schweizer Staats. Direkte Demokratie und Föderalismus gehören zusammen, in zentralistischen Staaten gibt es



«Die grosse Politik eignet sich nicht für eine direkte Demokratie»: Botschafter Widmer.

keine direkte Demokratie. Unser System erlaubt es, viel flexibler zu handeln als anderswo. Nehmen Sie das Beispiel der Schuldenbremse: Diese wurde föderalistisch in einzelnen Kantonen erprobt und dann auf Bundesebene eingeführt. Dieses System ist eine Bedingung für unseren Erfolg.

Sie haben die Erfolgsfaktoren des Sonderfalls Schweiz – direkte Demokratie, Föderalismus, Neutralität – auch in einem Buch beschrieben. Was gehört sonst noch dazu?

Das Vierte ist die Mehrsprachigkeit. Sie gibt eine ganz andere Mentalität. In der Schweiz haben mittelgrosse Städte wie St. Gallen eine internationale Schule. Als ich beim Europarat in Strassburg stationiert war, habe ich erlebt, wie es in Frankreich ist: Sie können sich nicht vorstellen, wie schwer sich die Franzosen taten, eine englischsprachige Schule zuzulassen. Wir sind uns gewohnt, dass es verschiedene Sprachen gibt, dass man sie auch ausübt und ihnen Raum lässt. Das ist ein Faktor im internationalen Standortwettbewerb.

Die Wahrnehmung ist derzeit eine andere. Liest man europäische Zeitungen und hört man europäische Politiker, so erhält man den Eindruck, die Schweiz sei ein hinterwäldlerischer Abschottungsverein.

Wer die Schweiz auch nur ein bisschen kennt, weiss, dass das nicht stimmt.

Höre ich da heraus, dass Sie die aktuellen Friktionen zwischen der EU und der Schweiz als gar nicht so schlimm erachten?

Man wird sich wieder finden, auch wenn klar ist, dass das Abstimmungsergebnis vom 9. Februar die Arbeit der Diplomaten erschwert hat. Kreativität ist schliesslich das, was man von Diplomaten erwarten darf. Sie werden dafür bezahlt, Lösungen zu finden.

Das Verständnis für den Sonderfall scheint in Bundesbern etwas abhandengekommen zu sein. Welche Strategien sehen Sie, es wieder zu stärken?

Das eine ist, was wir machen. Das andere ist, was die anderen machen. Die Krise in der EU wird sicher dazu beitragen, dass das Schweizer Modell attraktiv bleibt. Es ist eine Bereicherung der politischen Kultur. Entscheidend aber ist, wie wir uns selber verhalten. Wir müssen uns stärker bewusst werden, warum wir eigentlich unseren Staat haben. Vermutlich können neun von zehn Schweizern darauf keine Antwort geben.

Wie lautet sie?

Die Antwort ist: Es gibt die Schweiz, damit ein Staat existiert, der seinen Bürgern mehr politische Rechte und Freiheit gewährt als die anderen. Nur das ist es. Nur so hatten die Genfer ein Interesse daran, zur Schweiz zu stossen, nur so entschieden sich die Tessiner für die Schweiz, obschon sie zuvor angeblich von den Innerschweizern unterjocht worden waren. Unsere Existenzberechtigung ist

ein Maximum an politischer Freiheit. Dafür nehmen wir in Kauf, dass wir nicht zu den mächtigen Staaten gehören, ein gewisser aussenpolitischer Machtverzicht ist unabdingbar. Das hat schon der Basler Historiker Jacob Burckhardt im 19. Jahrhundert gesehen.

Das heisst, die Schweiz muss immer freiheitlicher organisiert sein als die anderen europäischen Staaten – sonst könnte sie sich geradeso gut auflösen?

Wenn man ringsherum mehr Freiheit hätte, warum sollte man dann noch Schweizer sein wollen?

Es gibt viele, die genau so argumentieren: Die Schweiz gewinne an Souveränität, wenn sie in Brüssel mitmische, glauben die Befürworter eines EU-Beitritts, wie ihn eben die SP bekräftigt hat. Wie sehen Sie dieses Argument?

Das ist eine Fehlperspektive. Wie können Sie behaupten, in der EU gebe es mehr Rechte als in einem Land, in dem die Bürger über Sachfragen abstimmen können? Gerade auch europäische Linke beneiden die Schweizer um diese Möglichkeit. Die EU hat durchaus Vorteile: Sie hat mehr Macht nach aussen. Aber sie gewährt weniger Rechte nach innen. Die konstante Verlagerung von Kompetenzen nach oben, wie sie in der EU stattfindet, trägt sicher nicht zur Stärkung der demokratischen Rechte der Bürger bei.

Wird es für die Schweiz noch härter werden, sich als Alternativmodell im europäischen Umfeld zu behaupten?

Von der EU-internen Politik her wird es zweifellos härter werden. Es gibt aber auch langfristige Entwicklungen, auf welche die Schweiz dank ihres direktdemokratischen Systems früher reagiert und welche die EU auch erfassen. Das sieht man deutlich an der Masseneinwanderungsinitiative. Natürlich kann die EU nicht auf die vier Freiheiten verzichten. Das wäre, als ob sie ihr Gebäude auseinanderreissen würde. Aber diese vier Pfeiler stehen auf einem Grund, der sich bewegt. Wie wird Grossbritannien reagieren? Wie andere Staaten? Oder denken Sie an die Umweltfragen. Die wurden nirgendwo so frühzeitig aufgenommen wie bei uns. Und zwar nicht von oben, sondern von unten her.

Sprechen wir über Ihren Chef, Aussenminister Didier Burkhalter (FDP). Für Aussenstehende bleibt der smarte Neuenburger schwer fassbar. Er wirkt stets freundlich. Aber was will er eigentlich? Was ist sein Antrieb? Woran glaubt er?

Ich weiss es nicht. Ich bin nicht sein Beichtvater. Aber was Sie und ich feststellen können: Die Aussenpolitik ist ruhiger geworden. Es gibt nicht mehr, wie vorher, jede Woche ein Pressecommuniqué, gemäss

dem die Schweiz «aufs Tiefste empört» ist und «aufs Schärfste verurteilt». Nach dem 9. Februar und in der Ukraine-Krise hat Burkhalter bisher sehr bedacht, sogar bedächtig gehandelt. Das steht einem schweizerischen Aussenminister gut an. Seine generellen Ziele entsprechen wohl dem, woran die Schweiz zutiefst glaubt. Er möchte ein friedliches Zusammenleben in Europa, in dem die Schweiz ihren geachteten Platz hat.

Viele seiner Diplomaten und auch die persönlichen Mitarbeiter Burkhalters haben einen starken Drall in Richtung EU. Er umgibt sich mit Leuten, die den Sonderfall ganz anders sehen als Sie, nämlich als Handicap.

In einem Aussenministerium gibt es immer Leute mit verschiedenen Ansichten. Wir wollen ja keine Maulkörbe verteilen.

Das ist jetzt sehr diplomatisch ausgedrückt. Wie würden Sie die Weltsicht des typischen EDA-Mitarbeiters beschreiben?

Wer ins EDA will, der interessiert sich für Politik im grossen Rahmen. Wenn Sie drin sind, sind Sie Diplomat, und dann gilt, wie in den meisten Berufen, ein gewisser Ehrenkodex.

Welches sind dessen wichtigste Prinzipien? Verständnis für andere Länder, das ist die Vorbedingung. Zweitens müssen Sie eine Verhandlungslösung einem Diktat oder einer militärischen Lösung vorziehen. Und drittens taktvolle Umgangsformen.

In den letzten Jahren konnte der Eindruck entstehen, die Schweiz gebe bei ernsthaften

«Die EU hat mehr Macht nach aussen. Aber sie gewährt weniger Rechte nach innen.»

Auseinandersetzungen am Ende immer nach – etwa beim Bankkundengeheimnis oder beim Steuerstreit. Ist dieses Nachgeben eine Konstruktion der Rechten, oder entspricht es der Realität?

Wenn das stimmt, dann ist das Nachgeben nicht in erster Linie ein Problem der Diplomatie, sondern der Politik. Die Diplomaten führen nur aus. Ich sehe aber manchmal ein gewisses starres Verhalten der Schweiz. Wenn etwas seit langem eingespielt ist, sagen wir gern: «Das wird schon gehen, uns kann nichts passieren.» Denken Sie an das Bankgeheimnis. Wenn wir aber etwas Neues erreichen wollen – etwa die Abgeltungssteuer –, dann kommt der Einwurf, das habe keine Chancen. Wir dürften mehr wagen, auch wenn die andern am Anfang nicht wollen. Umgekehrt sollten wir nicht auf Dingen beharren, die sowieso keine Chance haben, weil sie auf einer fragwürdigen Grundlage beruhen, etwa die Pauschalbesteuerung oder die Holdinggesellschaften.

Gerade in diesen Problemzonen gibt es noch andere Kräfte als die einzelnen Staaten oder die EU. Die OECD und die G-20 bestimmen die Agenda und setzen Standards, oft am regulären Gesetzgeber vorbei. Wie sehen Sie diese Entwicklung?

Bei der OECD würde ich nicht von Pseudorecht sprechen. Wenn wir dort mitarbeiten, können wir auch mitbestimmen. Bei der G-20 gibt es indes schon ein Problem. Dort geben die Mächtigsten den Takt vor, ohne dass die andern beteiligt wären. Es müsste in unserem Interesse liegen, dass nur jene internationalen Organisationen das Sagen haben, in denen alle Staaten – auch die Schweiz – repräsentiert sind.

Nochmals zur aktuellen Krise in der Ukraine. Hillary Clinton hat Putin mit Hitler verglichen, es wird schweres rhetorisches Geschütz aufgeföhren, man spricht wieder von einem Kalten Krieg. Wie tief sind diese Differenzen? Geht eine echte Gefahr davon aus?

Es ist ein gefährlicher Konflikt. Vielleicht weniger, was die Ukraine betrifft, sondern vielmehr, weil er zum Ausdruck bringt, dass das Verhältnis zwischen den USA und Russland nicht im Lot ist. Was auf der Krim passierte, ist eindeutig völkerrechtswidrig, das muss man verurteilen. Aber es ist auch beunruhigend, wie der Westen darauf reagiert. Russland aus der G-8 auszuschliessen, ist der falsche Weg. In der Diplomatie muss man immer das Gemeinsame suchen. Es wäre viel gescheiter gewesen, einen G-8-Sondergipfel einzuberufen, um mit Russland zu sprechen.

Putin und Obama sind ganz unterschiedliche Typen. Wie wichtig ist das Persönliche in der Beziehung der beiden Staaten?

Das ist ein echtes Problem. Niemand kritisiert gern Obama. Als erster schwarzer Präsident der USA hat er eine enorme symbolische Bedeutung. Aber seine Aussenpolitik ist, man kann es nicht anders sagen, unbedarft, schwach. Das hängt zum einen mit seiner Person zusammen. Obama kann mit andern Staatschefs schlecht umgehen, er kann mit ihnen nicht reden. Mit ausgestrecktem Zeigefinger zu dozieren – damit schafft man sich keine Freunde. Vergleichen Sie ihn mit Reagan und Gorbatschow: Da wurde das Klima mit jedem Gespräch besser. Bei Obama wird das Klima nach jedem Gespräch schlechter. Er hat sich nirgendwo auf der Welt Freunde geschaffen. Hinzu kommt: Seine Aussenpolitik hat kein Konzept. Er spricht wie ein Internationalist und handelt wie ein Isolationist. Damit enttäuscht man alle.

Können Sie Beispiele nennen?

2009 hielt Obama in Kairo eine grosse Rede über Demokratie, aber nachher folgte nichts. In Syrien zog er rote Linien, es folgte nichts.

Damit verlieren Sie die Autorität. Es wäre dringlich, dass man mit Russland gemeinsame Interessen sucht, die durchaus vorhanden sind.

Wo sehen Sie die?

Russland hat, denken Sie an den Kaukasus, grosse Angst vor terroristischen Islamisten. Amerika hat grosse Angst vor Islamisten nach 9/11. Es wäre längst an der Zeit, in Syrien von einem geostrategischen Gesichtspunkt aus gemeinsam vorzugehen. Putin machte in Libyen Konzessionen bei der Flugverbotszone, Russland ist über den eigenen Schatten gesprungen. Obama hätte sich in Syrien revanchieren sollen. In der Diplomatie kann man sich nicht immer nach der besten Lösung ausrichten, häufig kann man nur zwischen dem Schlechten und dem noch Schlechteren wählen. Dann muss man sich mit dem weniger Schlechten zufriedengeben. Hätte man Russland gezeigt, dass man auch dessen Anliegen berücksichtigt, wären wir nicht in der Lage, in der wir heute sind.

Sie haben es angesprochen: Russland ist an verschiedenen Fronten zurück, unter anderem in Syrien. Kann man von einem Wiedererstarken Russlands reden, oder ist es eher ein Strohhalm?

Ich würde kein grosses Wiedererwachen diagnostizieren. Es ist das Aufbegehren einer verletzten Nation. Russland möchte wieder honorabel behandelt werden. Für ein Wiedererstarken fehlt die wirtschaftliche Infrastruktur und Dynamik.

Zurück in die Schweiz. Der Bundesrat bewirbt sich um einen Sitz im Uno-Sicherheitsrat. Ist das die richtige Strategie für einen neutralen Kleinstaat?

Meines Erachtens ist es nicht richtig. Ich bin dafür, dass die Schweiz in der Uno-Vollversammlung dabei ist, denn diese ist ein Beratungsgremium. Der Sicherheitsrat dagegen ist ein Führungsorgan. Er muss Entscheidungen für und gegen einzelne Staaten fällen. Das ist nicht die Aufgabe der Schweiz und steht quer zu unse-

rer Neutralität. Nehmen wir noch einmal das Beispiel der Libyen-Resolution. Die Schweiz hätte mit Nein stimmen können, aber das hat niemand getan. Sie hätte mit Ja stimmen können, was aber nicht einmal ein Nato-Land wie Deutschland gemacht hat. Sie hätte drittens sich der Stimme enthalten können, aber warum sollte sie für einen Nichtentscheid im Sicherheitsrat sitzen? Man kann es drehen und wenden wie man will: Die Schweiz befände sich in einer schiefen Lage.

Schauen wir in die Westschweiz. Das «internationale Genf» ist bis heute ein Topos. Wird es diesem Ruf noch gerecht? Ein Kol-

«Obama kann mit andern Staatschefs schlecht umgehen, er kann mit ihnen nicht reden.»

lege von Ihnen sagte mir kürzlich, wir seien bloss noch «Hoteliers», mehr nicht.

Die Rolle Genfs ist auch heute noch sehr wichtig. Wir wissen gar nicht, welchen Vorteil wir davon haben. Der grösste ist, dass von den 193 Uno-Staaten 173 eine Mission in Genf haben. Wenn es darum geht, eine Konferenz durchzuführen, macht man das dort, wo bereits eine Infrastruktur besteht. Und da ist die grosse Anzahl an Missionen der beste Trumpf. Auch viele französischsprachige Staaten, vor allem aus Afrika, sind immer für Genf. Die abschätzigste Rede von den «Hoteliers» verkennt, wie anspruchsvoll die Aufgabe ist. Man muss sehr feinfühlig vorgehen, sonst kann es schiefgehen. Ein Beispiel für mangelndes diplomatisches Fingerspitzengefühl: Als der damalige US-Aussenminister James Baker in Genf mit dem Syrer Assad, dem Vater des heutigen Herrschers, zusammentraf, wollte ein Bundesrat ein Abendessen zu Ehren der beiden Gäste geben. Da sagte Baker spöttisch: «Meinen Sie, ich sitze mit jemandem an den Tisch, dem ich morgen wahrscheinlich den Krieg erkläre?» Das zeigt, wie schwierig diese Rolle tatsächlich ist.

Demnächst erscheint ein neues Werk von Ihnen, ein Handbuch der Diplomatie. Welches sind die wichtigsten Grundsätze, worauf kommt es an in diesem Job?

Es braucht berufliche und charakterliche Eigenschaften. Zu Letzteren gehört die Wahrhaftigkeit.

Das widerspricht dem gängigen Bild des Diplomaten: Keinen Charakter zu haben, immer biegsam zu bleiben, halten viele für einen diplomatischen Grundzug.

Das ist falsch. Sie können Ihre Glaubwürdigkeit nur einmal verlieren. Sie müssen auch einen Sinn für Sprache entwickeln, präzise formulieren, ein Flair für den Umgang mit Leuten haben. Verhandeln heisst analysieren, aber auch entscheiden können. Deshalb

ist der intelligenteste nicht immer der beste Diplomat. Sie können nicht alles wissenschaftlich ausbreiten, es braucht manchmal rasche Entscheide, da hilft der gesunde Menschenverstand. Auch Bescheidenheit ist wichtig, eitle Diplomaten sind nicht die besten, obwohl es einige davon gibt.

Wo beobachten Sie derzeit die interessantesten Entwicklungen in der Welt?

Das Kennzeichen der heutigen Zeit ist, dass wir von der Ära der amerikanischen Dominanz in eine Ära übergehen, in der niemand mehr die Vorherrschaft ausübt.

Was bedeutet das für die Schweiz? Wie kann sie sich in diesem veränderten Umfeld behaupten?

Die Schweiz muss das tun, was sie für richtig hält aufgrund ihres Staatswesens. Wir müssen nicht immer auf die anderen schauen und uns von aussen zu sehen versuchen. Derjenige, der sein Haus gut bestellt, ist immer im Vorteil.

Bundesbern sieht es anders, da ist oft vom «Image» im Ausland die Rede. Ganze Organisationen – wie Präsenz Schweiz – arbeiten an nichts anderem. Braucht es das überhaupt?

Sehr essenziell ist es nicht. Wenn Sie denken, was etwa die Abstimmung über die sogenannten Abzocker im Ausland bewirkt hat, dann stehen die Tätigkeiten von Präsenz Schweiz dazu in keinem Verhältnis.

Welche Figur aus der internationalen Politik hat Sie am meisten beeindruckt?

Der deutsche Staatssekretär Berndt von Staden. Ich lernte ihn kennen, als er Botschafter in Washington war. Er trat so auf, dass Sie ihm jedes Wort glaubten. Henry Kissinger beschreibt in seinen Memoiren, wie er und Präsident Nixon nach einer Pressekonferenz von Kanzler Willy Brandt und dessen Aussenminister Walter Scheel feststellten, dass die Deutschen offensichtlich etwas anderes gesagt hatten, als zuvor abgemacht. Kissinger zitierte von Staden ins Weisse Haus. Dieser verneinte, dass Brandt Äusserungen, wie sie ihm die Presse unterschob, gemacht habe. Kissinger meinte dazu: Er habe keine Sekunde an von Stadens Darstellung gezweifelt. Der deutsche Botschafter sei zu glaubwürdig gewesen, als dass er an dessen Wahrhaftigkeit hätte zweifeln können. Das ist das schönste Kompliment, das man einem Diplomaten machen kann.

Paul Widmer ist Botschafter, Lehrbeauftragter für internationale Beziehungen an der Universität St. Gallen und Autor bedeutender Publikationen über die Schweiz. Der promovierte Historiker leitete den KSZE/OSZE-Dienst in der Berner Zentrale, war Botschafter in Berlin und ständiger Vertreter der Schweiz beim Europarat. Besonders lesenswert ist sein Buch «Die Schweiz als Sonderfall»; demnächst erscheint im Verlag NZZ Libro sein Handbuch zur Diplomatie.





Essay

Die Welt braucht die Schweiz

Die neu entfachte Dualität zwischen dem Westen und Russland bietet der Schweiz eine historische Chance, ihre Neutralität in der internationalen Politik wieder zur Geltung zu bringen. *Von Christophe Darbellay*

«Les jeux sont faits – ou non?» Die internationalen Machtverhältnisse nach dem Kalten Krieg und der Untergang der Sowjetunion machten es der Schweiz bisweilen schwer, ihrer Stimme Gehör zu verschaffen. Die Neutralität, wichtigstes Prinzip der Schweizer Aussenpolitik, wurde mangels Konfliktlage – zumindest in der westlichen Welt – in den Hintergrund gedrängt. Anders gesagt: Der ausgebrochene Frieden und der Berliner Mauerfall degradierten unsere Aussenpolitik zum Mauerblümchen. Die Schweiz gerät immer häufiger zwischen die Fronten der (bisherigen oder neuen) Grossmächte. Diese sehen sich gleichsam als «Gutmächte» und pochen darauf, dass wir sie in Konflikten unterstützen. «Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns» – das fordern ultimativ Recht- und Rechthehaber rund um den Globus. Und was ist die Antwort der helvetischen Aussenpolitik? Hat sie Linie und Rückgrat? Ist sie berechenbar? Zuverlässig?

Mein Eindruck: Die Schweiz wartet zu häufig auf die Reaktionen anderer, um diesen zu folgen, anstatt eine aktive Rolle in der internationalen Politik zu spielen. Was alle cool finden, finden auch wir cool – was andere schlecht finden, finden auch wir schlecht. Denken Sie an die jüngste, überhastete Entscheidung von Bundesrat Schneider-Ammann, die Gespräche zum Freihandelsabkommen mit Russland «zu sistieren», obwohl keine Suspendierung, sondern lediglich eine Verschiebung des nächsten Verhandlungstermins geplant war. Die ungenaue Rhetorik (oder das Unwissen?) des Wirtschaftsministers führt dazu, dass heute niemand genau weiss, welche Position die Schweiz nun vertritt.

So schiessen wir Eigentore! Mit dieser rein symbolischen Massnahme setzt man die Neutralität aufs Spiel. Die Gespräche werden, wenn sich die Situation vor Ort beruhigt hat und die Medien die nächste Krise live-tickern, wieder aufgenommen. Eine Sistierung bringt weder einen materiellen Nutzen für uns noch eine Deeskalation auf der Krim. Aber sie gefährdet unsere Position als mögliche Mediatoren im russisch-ukrainischen Konflikt. Bundesrat Schneider-Ammann hätte die von ihm eigenmächtig zur Sistierung des Freihandelsabkommens upgegradete Terminverschiebung mit dem Gesamtbundesrat besprechen und nicht auf eigene Faust noch weiter

als die Freihandelsassoziation Efta gehen müssen.

Die neu entfachte Dualität zwischen dem Westen und Russland bietet der Schweiz eine historische Chance, ihre Neutralität in der internationalen Politik wieder zur Geltung zu bringen! Die Neutralität stand in den letzten Jahren leider nicht mehr im Mittelpunkt unserer Aussenpolitik. Dennoch geniessen wir dank unserer neutralen Tradition und unserer guten Dienste als Vermittlerin zwischen verschiedenen – oft feindlich gesinnten –



Gute Dienste: Russlands WTO-Beitritt, 2011.

Ländern international weiterhin grossen Respekt. Die Schweiz hat beispielsweise ein Schutzmachtmandat für Georgien und Russland inne und vertritt seit 2009 die diplomatischen Interessen Georgiens in Moskau und die Interessen Russlands in Tiflis. In diesem Rahmen schossen wir wichtige Tore: So unterstützten wir erfolgreich den Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation WTO, trotz grossen Widerstands Georgiens. Oder wir vertreten US-amerikanische Interessen im Iran. Die kleine Schweiz als Statthalter Washingtons in Teheran! Ein klarer Beweis, dass die Schweiz ihre Neutralität auch dazu nut-

zen kann, ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen gegenüber den Weltmächten zu bewahren.

Mein Fazit: Die Schweiz soll ihre Neutralität

Der ausgebrochene Frieden degradierte unsere Aussenpolitik zum Mauerblümchen.

wieder stärker ausüben, ohne dabei den Rubikon der Neutralität zu überschreiten. Damit bietet sich die Chance, gegenüber der Europäischen Union oder den USA erstarkt aufzutreten. Der logische Schritt ist jetzt, dass die Schweiz auch zwischen der Ukraine und Russland vermittelt. Die diesjährige OSZE-Präsidentschaft der Schweiz steht nicht im Widerspruch dazu. Die westlichen Mächte haben die Präsidentschaft der Schweiz gefördert, im Wissen darum, dass die Neutralität für uns zentral ist. Diese Neutralität verbietet uns eine einseitige Vertretung westlicher Interessen, sie fordert eine aktive internationale Vermittlerrolle.

Für mich ist klar, dass die Wahrung und Stärkung der Neutralität stärker gewichtet werden muss als andere aussenpolitische Interessen. Die internationale Gemeinschaft kann von unserer Kompetenz und Erfahrung als Mediator profitieren. Gerade im Hinblick auf kleinere Staaten können wir – weil wir selbst ein Kleinstaat sind – glaubhaft für Respekt vor staatlicher Souveränität, Rechtssicherheit und Vertragstreue eintreten. So wie in Georgien oder im aktuellen Konflikt auf der Krim.

Es gilt, ausgewogen, fair und unparteiisch zu bleiben. Das bedeutet auch, dass die Schweiz die Sanktionen Europas und der USA gegenüber Russland nicht mittragen soll. Also keine Schnellschüsse, sondern Geduld, ein offenes Ohr und ein respektvolles, ehrliches Engagement als unparteiischer Vermittler. Das ist unsere Rolle. Gestern, heute und morgen. «Puisque les jeux ne sont jamais faits!»

Christophe Darbellay ist Nationalrat und seit 2006 Präsident der CVP.



Roger Köppel:

Voller Einsatz für eine unabhängige und weltoffene Schweiz.

Die Weltwoche: Die einzige Zeitung, die sich nicht für unsere Volksentscheide entschuldigt.

**Jetzt
abonnieren!**



**Probeabo: www.weltwoche.ch/probeabo oder
Telefon 043 444 57 01**

Grosser Sessions-Check

Die Frühjahrsession ist vorbei. Welches waren die wichtigsten Geschäfte? Welche Abstimmung kostet den Steuerzahler am meisten? Welche Vorlage wurde zum grössten Flop?

Von Christian Mundt



Nationalräte Blocher, Binder, Brunner (SVP), Leutenegger (FDP), Pardini (SP) während der Frühlingssession (v.l.n.r.).

Selten sah man so viele Mitglieder des Nationalrats in einer Reihe stehen wie am vergangenen Donnerstagmorgen. Auf der Traktandenliste standen vier dringende Interpellationen, die von der SVP, der CVP, den Grünen und den Sozialdemokraten eingereicht wurden. Alleamt handelten sie von der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative.

Schlange standen die Ratsmitglieder auf der linken Seite des Ratssaals. Vom dortigen Rednerpult aus können Fragen an den Ratskollegen oder den Bundesrat, der soeben sein Votum gehalten hat, gestellt werden.

Normalerweise wird von dieser Möglichkeit kaum Gebrauch gemacht. Eine, vielleicht zwei Fragen gilt es höchstens zu beantworten – wenn überhaupt. Am vergangenen Donnerstag war dies anders. Sieben Fragen, von denen einige eher den Charakter einer Stellungnahme denn einer Frage aufwiesen, musste SVP-

Präsident Toni Brunner parieren. Nationalratspräsident Ruedi Lustenberger (CVP) versuchte vergeblich, darauf hinzuweisen, dass die Fragen erstens präzise und zweitens ohne inhaltliche Ausführungen und Begründungen zu stellen sind. Auf den Hinweis, dass der Redner – in diesem Fall also Toni Brunner – die Zwischenfrage kurz und knapp beantworten solle, ging ein Raunen durch den an diesem Morgen ungewohnt ruhigen Saal.

Rekordverdächtige sechzehn solcher Zwischenfragen hatte im Anschluss an Brunner der zweite SVP-Sprecher, Fraktionschef Adrian Amstutz, zu beantworten. Lediglich eine Frage beantworten durfte Christoph Blocher. Die Allianz der am Abstimmungssonntag unterlegenen Fraktionspräsidenten hatten die Losung herausgegeben, dem Zürcher nicht noch mehr Raum zur Profilierung zu bieten. «Wer viele Fragen gestellt erhält, ist wichtig, wem man be-

wusst keine Fragen stellt, der ist gefürchtet», kommentierte dies die *Basler Zeitung* tags darauf.

Das Bündner Derby — Man hätte den Eindruck bekommen können, der Kanton Graubünden sei die Hochburg der Geldwäscherei. Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf, Stefan Engler, CVP-Ständerat und Präsident der Rechtskommission, sowie FDP-Ständerat Martin Schmid, alle drei aus dem Bündnerland, stritten um die Umsetzung der Gafi-Richtlinien. Gafi, kurz für *Groupe d'action financière*, eine Unterorganisation der OECD, hat sich die Bekämpfung der weltweiten Geldwäsche zum Ziel gesetzt. Um die Anforderungen zu erfüllen, sieht der Bundesrat verschiedene Einschränkungen vor: Zahlungen über einem Betrag von 100 000 Franken sollen nur noch über eine Bank möglich sein, Barzahlungen ab diesem Betrag sollen verboten werden. Weiter soll eine Meldepflicht für Inha-

beraktien eingeführt werden und Steuerhinterziehung künftig als Vortat zur Geldwäscherei gelten, was härtere Strafen zur Folge hat. Wie unter den Bündner Vertretern sprach sich auch im Rat eine Mehrheit für die Verschärfungen aus, die weit über das hinausgehen, was von der Gafi gefordert wird.

Die teuerste Abstimmung — Den Steuerzahler am meisten kosten wird die Änderung des Gewässerschutzgesetzes, welcher beide Räte zugestimmt haben. Ziel ist die Verbesserung der Abwasserqualität. Mikroverunreinigungen sollen darum aus dem Abwasser gefiltert werden. Rund 100 Abwasserreinigungsanlagen müssen aufgerüstet werden, um die neubeschlossenen Anforderungen zu erfüllen. Dies führt zu einmaligen Investitionskosten von 1,2 Milliarden Franken, die jährlichen Betriebskosten steigen um schätzungsweise 130 Millionen Franken an. Die SVP lehnte die Vorlage geschlossen ab, alle anderen Parteien stimmten ihr ohne Gegenstimme (aber mit wenigen Enthaltungen) zu.

Der Ständerat wird modern — Die Aschenbecher in der kleinen Parlamentskammer erleben eine Renaissance. Wie auch im Nationalrat wurden die Knöpfe für die Abstimmungsanlage in den ehemaligen Zigaretten- und Zigarrensammlern installiert, da der Ständerat nach einigen Zählpannen nun elektronisch abstimmt. Präsident Hannes Germann gab sich alle Mühe, den Mitgliedern seines Rates das jeweilige Prozedere der insgesamt 112 Abstimmungen so zu erklären, dass sie richtig abstimmen. Dabei schien in Germann der ehemalige Primarlehrer wieder aufzuleben, wie einige Beobachter und Ratsmitglieder anmerkten. Wurde früher nach Mehrheit und Minderheit gefragt, muss man heute «Ja» oder «Nein» drücken, was nach besserer Aufmerksamkeit verlangt.

Der grösste Flop — Seit 2009 arbeitet der Bundesrat an der Revision des Kartellgesetzes. Verschiedene Vorstösse aus dem Parlament sowie die Aufwertung des Frankens veranlassten den Bundesrat zu immer neuen Anpassungen des Gesetzes. Dadurch wurde die Revision, die Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann 2012 vorstellte, offensichtlich derart unübersichtlich und überladen, dass sie einer Mehrheit im Nationalrat nicht mehr annehmbar erschien. Mit Ausnahme von BDP und SVP, die das Gesetz geschlossen ablehnten, und den Grünliberalen, die allesamt für Eintreten votierten, konnten sich die Parteien nicht entscheiden. Insbesondere die Mitteparteien CVP und FDP, aus deren Reihen prominent für die Revision geworben wurde, zeigten sich bei der Abstimmung gespalten. Im Nachgang äusserten Abstimmungsverlierer, die sich selber gerne als wirtschaftsfreundlich bezeichnen, wenig Verständnis für die Ablehnung. Der Gewerbeverband und Economie-suisse hingegen begrüsst den Entscheid.



Bekämpfung der Geldwäsche: Finanzministerin Widmer-Schlumpf im Nationalrat.

Kein Hotel mehr — Nur noch 179 statt wie bisher 185 Mitglieder des Nationalrats bekommen in Zukunft automatisch die auf 180 Franken angesetzte steuerfreie Übernachtungsentuschädigung. Neu ist nicht mehr die Distanz zwischen Wohnort und Bundeshaus (bisher 25 Kilometer) entscheidend, sondern die Reisezeit: Wer von der nächstgelegenen ÖV-Haltestelle zu Hause bis zum Hauptbahnhof Bern weniger als 30 Minuten benötigt, kriegt keine Entschädigung für ein Hotel. Ausnahme: wenn während der Session bereits um sieben Uhr morgens Sitzungsbeginn ist.

Abgelehnt (–) und angenommen (+) — + Der Nationalrat will den alpenquerenden Schienengüterverkehr weiter subventionieren. Das Parlament hatte bereits knapp 1,5 Fördermilliarden für den Zeitraum zwischen 2000 und 2018 beschlossen. Zwei Jahre nach der geplanten Eröffnung des Gotthard-Basistunnels 2016 sollte die Unterstützung enden. Gemäss dieser Planung wären aber nicht alle Mittel aufgebraucht worden: Rund 170 Millionen Franken wären übriggeblieben. Gegen den Willen der SVP und dreier FDP-Vertreter hat der Nationalrat nun aber beschlossen, den Förderbeitrag bis 2023 weiterzuführen und um zusätzliche 180 Millionen Franken zu erhöhen. So kostet die Subvention der Güterzüge den Steuerzahler weitere 350 Millionen Franken.

– Weder die Gastwirte noch die Befürworter einer Einheitskrankenkasse können auf die Unterstützung des Parlaments zählen: Sowohl die Volksinitiative «Schluss mit der MwSt.-Diskriminierung des Gastgewerbes» des Wirtverbandes wie auch die Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse» fielen beim Parlament durch.

+ Der Ständerat spricht sich für eine zweite Röhre am Gotthard aus, jedoch ohne Kapazitätserweiterung. In der vorangehenden, rund vierstündigen Beratung stand die Frage im Zentrum, ob zwei Röhren mit je einer Spur oder eine Röhre mit zwei Spuren die gleiche Kapazität hätten. Um die Bedeutung des Gotthards als Wiege der Schweiz zu betonen, holte der Tessiner Filippo Lombardi kräftig aus: Seine Ausführungen startete er beim Bau der Teufelsbrücke, 1230.

+ Den folgenreichsten Entscheid der Session traf Nationalratspräsident Ruedi Lustenberger am 6. März kurz vor 11 Uhr: Per Stichentscheid hiess er einen Vorstoss der Sicherheitspolitischen Kommission gut, der die Schweizer Rüstungsindustrie weniger benachteiligen will. Dazu soll das Verbot, das Verkäufe in gewisse Länder untersagt, gelockert werden. Nach dem Entscheid wurde der Präsident, dessen Stimme nicht mehr Gewicht als jede andere hat, von den unterlegenen Gegnern namentlich angeprangert und verunglimpft. Mittels Rückkommensantrags versuchte die zum Abstimmungszeitpunkt abwesende SP-Frau Margret Kiener Nellen das Ergebnis zu ändern, was allerdings scheiterte.

+ Der Nationalrat stimmte einer Änderung des Radio- und Fernsehgesetzes zu: So sollen alle, unabhängig davon, ob sie ein Empfangsgerät besitzen oder nicht, die Gebühren bezahlen. Bemerkenswert ist der Systemwechsel bei den Unternehmen: Die Höhe der Gebühren richtet sich nach dem Umsatz, unabhängig von Rendite und Gewinn. Wer ein Handelsunternehmen mit einer Milliarde Umschlag im Jahr betreibt, soll so 39 000 Franken bezahlen müssen. Einzig die Grünliberalen und die SVP lehnten die Revision geschlossen ab, die FDP stimmte den Änderungen mehrheitlich zu, alle anderen Parteien geschlossen. ○



«Jede Strahlenexposition kann zu Gesundheitsschäden führen»: BAG-Chef Strupler.

Flächendeckender Radon-Alarm

Der Bund will die ganze Schweiz zum Radon-Risikogebiet erklären. Hausbesitzern drohen Sanierungspflichten, die Hunderte von Millionen Franken kosten könnten. Die Kantone versuchen vergeblich, den Berner Regulierungswahn zu stoppen. *Von Alex Reichmuth*

Die Angst vor Radon geht um. Das radioaktive Gas dringt aus dem Boden in die Atemluft von Wohnräumen und verursacht angeblich Lungenkrebs. Geschürt wird die Angst vom Bundesamt für Gesundheit (BAG). Bisher galten nur die Alpen und der Jura als Risikogebiete. Doch wegen neuer Studien, gemäss denen Radon viel gefährlicher sein soll als früher angenommen, will das BAG die Grenzwerte stark senken. Die Behörden halten sich dabei an internationale Gremien – vor allem an die Weltgesundheitsorganisation, die seit 2009 verstärkt vor Radon warnt. Die Folge ist, «dass die Radon-Problematik eine landesweite Dimension annimmt und praktisch alle Regionen der Schweiz betrifft», wie es im «Nationalen Radonaktionsplan 2012–2020» des BAG heisst. Die Gebiete mit hohem Risiko erstrecken sich nun fast über die ganze Schweiz (vgl. Grafik).

Noch dieses Jahr will das BAG in der Strahlenschutzverordnung konkretisieren, wie es die Gefahr aus dem Boden bekämpfen will. Radon-

messungen könnten in der ganzen Schweiz obligatorisch werden. Die Pflicht, mit baulichen Massnahmen die Radonkonzentration zu senken, dürfte etwa zehnmal mehr Gebäude umfassen als heute. Konkret will das BAG bis zu 100 000 Hausbesitzer zu Massnahmen zwingen. Das Amt will mit aufwendigen Kampagnen die Bevölkerung aufklären und für die Radonrisiken «sensibilisieren». Den Kantonen und den privaten Hauseigentümern könnten Kosten von mehreren hundert Millionen Franken entstehen. Kritiker sprechen von Angstmacherei.

Radon könnte der Gesundheit nützen

Gemäss Bund ist Radon in der Schweiz nach dem Rauchen die zweitwichtigste Ursache von Lungenkarzinomen. Von den jährlich 2700 Toten infolge Lungenkrebses sollen 200 bis 300 Fälle auf Radon zurückzuführen sein. Das BAG verschweigt wichtige Fakten: Die Schädlichkeit von Radonkonzentrationen, wie sie in geschlossenen Räumen auftreten, ist wissenschaftlich

schlecht belegt. Fasst man die Studien zusammen, zeigt sich höchstens ein leicht erhöhtes Krebsrisiko bei steigender Radonkonzentration. Die Aussagekraft vieler Studien ist zudem beschränkt, weil sich die Radonexpositionen, denen Krebskranke ausgesetzt waren, nur schwer eruieren lassen. Zudem sind andere Faktoren, die zu Tumoren führen können, oft ungenügend berücksichtigt. Wie bei anderen radioaktiven Stoffen gehen Präventionsmediziner aber davon aus, dass auch geringste Belastungen schädlich sind und eine doppelte Konzentration doppelt gefährlich ist. Einen wissenschaftlichen Beleg dafür gibt es nicht. Es gibt sogar qualitativ gute Studien, laut denen Radon in Massen der Gesundheit nützen könnte.

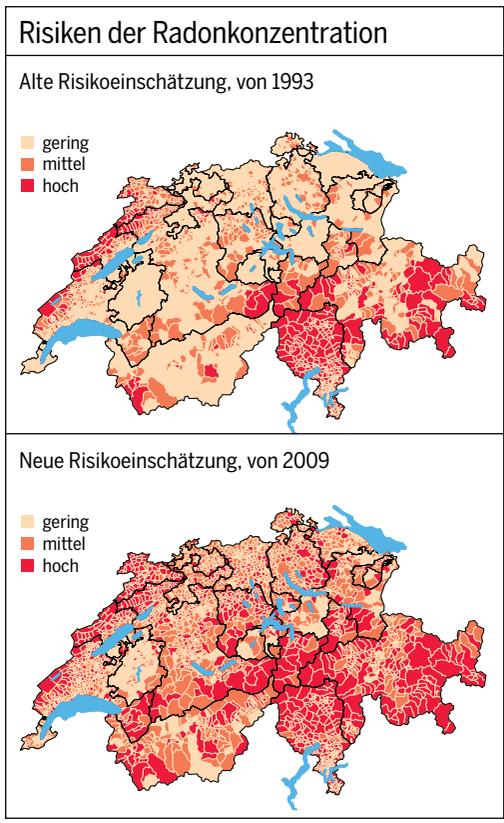
Weiter unterschlägt das BAG, dass auch dann, wenn man die Gefährlichkeit von Radon als gegeben annimmt, die Bevölkerung höchst ungleich gefährdet ist. Nichtraucher müssen Radon kaum fürchten, ihr Risiko ist 25-mal kleiner als das von Rauchern. Warum der Glimmstängel

die Gefahren von Radon derart verstärkt, ist wissenschaftlich ungeklärt. Gemäss Statistik sind unter den geschätzten 200 bis 300 Radon-Toten nur etwa ein Dutzend Nichtraucher. Damit ist es fragwürdig, unzählige Millionen Franken zu investieren. Mit gezielter Raucherprävention könnte man viel mehr Menschen retten.

Peter Bucher, Radon-Beauftragter des Kantons Luzern, ist einer der heftigsten Kritiker des Bundes. Er schätzt, dass man mit Messungen und Sanierungen höchstens zehn Prozent der Todesfälle wegen Radons verhindern könnte. «In den letzten Jahren hat man Dutzende Millionen ausgegeben, um bestenfalls einen einzigen Lungenkrebsfall zu vermeiden», rechnet Bucher vor. Es fehle eine Evaluation, ob die Kosten, die jetzt wohl noch vervielfacht werden, angesichts der mageren Wirkung gerechtfertigt seien. Das BAG weigere sich aber, sich ernsthaft mit solchen Fragen auseinanderzusetzen, so Bucher.

«Wir wurden nicht ernst genommen»

Die Radonfachleute der Kantone haben mehrfach versucht, das BAG von seinem Aktionismus abzubringen. Zwar wurde 2011 eine Radon-Arbeitsgruppe aus Kantons- und Bundesvertretern gebildet. Diese löste sich aber schon nach wenigen Treffen wieder auf. «Wir Kantonsvertreter wurden vom BAG schlicht nicht ernst genommen», sagt Peter Bucher. «Am Schluss hatten wir das Gefühl, dass uns der



«Landesweite Dimension»: BAG-Alarmismus.

Bund hinhalten und zermürben will.» Kritische Fragen, die man eingereicht habe, seien vom BAG nie beantwortet worden. In der Tat ist man

beim Bund der Ansicht, die Kantone hätten in Sachen Radon nichts zu sagen, sondern nur gesetzliche Vorgaben umzusetzen. «Die Risikobeurteilung, für die der Bund verantwortlich ist, wird nicht mehr innerhalb der <Arbeitsgruppe Kantone-BAG> thematisiert», steht im Protokoll einer Sitzung vom Februar 2012.

Beim Bund weist man die Vorwürfe zurück. Da der «Schwerpunkt» der künftigen Strategie auf Schutzmassnahmen «bei Neubauten und Renovationen» liegen werde, sei der Nutzen der Radonprävention gegeben, schreibt das BAG – um mahndend anzufügen: «Jede Strahlenexposition kann zu Gesundheitsschäden führen.» Den Hinweis, Raucherprävention sei um einiges effizienter, pariert das von Pascal Strupler geleitete Amt mit dem Argument, die Radonbelastung könne im Gegensatz zum Rauchen nicht durch das Verhalten beeinflusst werden. Darum seien Investitionen in den Radonschutz gerechtfertigt, leitet das BAG ab.

Man kann dieses Argument leicht umkehren: Raucher gehen über 90 Prozent des Risikos für Lungenkrebs freiwillig ein. Nur ein Bruchteil dieses Risikos geht auf Radon zurück, das sie nicht beeinflussen können. Aufwendige Zwangsmassnahmen, die im Wesentlichen nur das Krebsrisiko für Raucher etwas verringern, sind politisch nicht zu rechtfertigen.

Mitarbeit: Walter Rüegg

Frühlingsmesse für Bauen, Wohnen und Garten

Donnerstag
Eintritt
gratis

Quelle: marty häuser ©

**Bauen
Wohnen**

3. – 6.4.2014

Do|Fr 13–20 Sa|So 10–18

Tägi Wettingen

www.bauen-wohnen.ch



Kampf um die herrliche Aussicht: «Park Hotel Vitznau», dahinter rechts der «Husebode», oben rechts «Schwande».

Der Besuch des alten Herrn

Seitdem der österreichische Krösus Peter Pühringer Hunderte von Millionen in Vitznau investiert hat, ist im malerischen Dorf am Vierwaldstättersee die Hölle los. Alte Zwiste um Wegrechte brechen auf, neue Baugesetze sorgen für rote Köpfe. *Von Alex Baur und Emanuel Ammon (Bild)*

War es ein unmoralisches Angebot, das man nie hätte annehmen dürfen? Oder schlicht die nette Geste eines reichen Mannes, der sein Glück mit seinen Nachbarn teilen möchte? Diese Fragen quälten manch einen in Vitznau, seit der österreichische Investor Peter Pühringer (71) im März 2011 der Gemeinde fünf Millionen Franken schenkte. Einfach so. Unter einer Bedingung allerdings: Vitznau musste den Steuersatz senken und zur steuergünstigsten Gemeinde im Kanton Luzern werden.

Pühringer war davon direkt nicht betroffen. Denn seit der 400- bis 500-fache Millionär (*Bilanz*) das «Park Hotel Vitznau» kaufte und selber dort einzog, zahlt er eine Pauschalsteuer. Wenn's nicht um den Fiskus geht, ist der Österreicher allerdings einer, der lieber klotzt als kleckert. Für 270 Millionen liess er das baufällige Hotel zum Märchenschloss (700 bis 4900 Franken pro Nacht) mit Luxusklinik,

Business-Center und Weinkeller (30 000 Flaschen im Wert von 27 Millionen Franken) umbauen. Ein riesiger Konzertsaal ist in Planung. Die Wiener Sängerknaben waren schon zu Gast im nahen Hotel «Hertenstein», das Pühringer en passant auch noch gekauft und renoviert hat.

Nun ist Pühringer eigentlich nicht einer, der sein Geld verschenkt. Diese Erfahrung machten einige Handwerker, die bei der Renovation des «Park Hotel» aufs schnelle Geld hofften und stattdessen wegen angeblicher Mängel auf ihren Forderungen sitzenblieben. Und auch die Millionenspende an die Gemeinde Vitznau dürfte dem Investor eine nette Dividende einbringen. Der tiefe Steuersatz steigert nämlich den Wert einer Überbauung, die Pühringer auf dem Husebode gleich hinter seinem «Park Hotel» plant: Luxusresidenzen im Wert von 200 Millionen Franken auf einer Fläche von

20 000 Quadratmetern mit einer traumhaften Sicht auf den Vierwaldstättersee und die Berge. Der Clou: Mit dem Boot ist der Mann von Welt in wenigen Minuten bei seinem Privatjet drüben auf dem Flugplatz von Buochs, der dank GPS-Anflug neuerdings bei fast jedem Wetter angesteuert werden kann.

Aus dem Dornröschenschlaf geküsst

An sich ist es eine Win-win-Situation. Nach dem Bau der Rigi-Bahn im 19. Jahrhundert erlebte Vitznau eine Blüte, von der einige prächtige Jugendstilbauten zeugen. Danach folgten hundert Jahre steter Niedergang. Pühringer war der Prinz, der das Dorf aus seinem Dornröschenschlaf wachküsst. Er brachte Arbeit und eine Zukunftsperspektive. Vom tiefen Steuerfuss und von den gestiegenen Bodenpreisen profitieren auch Einheimische. Aber leider nicht ganz alle. Und das bringt böses Blut.

Gleich oberhalb des Husebode befindet sich, getrennt durch eine Felswand, die Schwande: rund zwei Dutzend Holzhäuser, die, lose verteilt über die Bergwiese, am stotzigen Südhang der Rigi kleben. Nochmals so viele Hüslü hätten dort Platz – wenn die geplante neue Bauordnung dies nicht verbieten würde. Denn die Schwande soll ausgezont werden. Während andere vom Boom profitieren, werden die Schwandener faktisch enteignet. Und manch einer hegt einen hässlichen Verdacht: Wird seine Parzelle ausgezont, damit Pühringer unter seiner Nase bauen kann? Hat der Habsburger nicht nur das halbe Dorf gekauft, sondern die Einwohner gleich mit?

Wie viele ländliche Gemeinden hatte Vitznau früher grosszügig Land eingezont, das oft während Jahrzehnten unberührt blieb. Nach der Annahme des neuen Raumplanungsgesetzes (RPG) im März 2013 müssen diese Bauzonen nun radikal eingedampft werden. Es zeichnet sich eine erbitterte Schlacht ab um Baurechte und Entschädigungen – Juristenfutter à discrétion.

Die Eigentümer in der zur Auszonung auserkorenen Schwande sind in der Regel Zuzüger aus anderen Kantonen, die sich hier einen Zweit- oder Alterswohnsitz gesichert haben. Diese werfen den alteingesessenen Vitznauern unten im Dorf vor, sich mit dem reichen Österreicher verbündet zu haben, auf ihre Kosten. Und sie nennen auch Namen: Gemeindepräsident Noldi Küttel, Bauvorsteher Alex Waldis und vor allem die Gemeindeamtfrau Irene Keller, die als langjährige Kantonsrätin über beste Verbindungen zu der Verwaltung in Luzern verfügt. Pikant: Küttel und Waldis sassen in der sechsköpfigen Jury, die das Vorprojekt zu Pühringers Luxusüberbauung im Husebode auserkoren hatte.

Die Schwandener haben einen Trumpf: Einige der in der Bauzone belassenen Gebiete, vor allem der Stacher, aber zum Teil auch der Husebode, befinden sich in gefährdeten Lagen (Hochwasser, Bergsturz) und sollten ihrer Meinung nach zuerst ausgezont werden. Doch sie haben auch einen gewaltigen Nachteil: Die Schwande ist in erster Linie über die Vitznau-Rigi-Bahn erschlossen. Es gibt zwar einen Weg, den Rigiweg. Doch dieser führt quer durch das Mätzli, das Gehöft von Noldi Küttel – dem Gemeindepräsidenten. Und dieser wehrt sich mit Händen und Füssen dagegen, dass der Rigiweg befahren wird.

Der Streit um den Rigiweg dauert seit Generationen, er füllt mehrere Bundesordner, und es ist für den unbefangenen Dritten fast unmöglich, sich ein gerechtes Urteil zu bilden. Gemäss dem Grundbucheintrag aus dem Jahre des Herrn 1898 handelt es sich um einen Gemeindeweg, der von «Vieh und Fahrzeug» ge-

nutzt werden darf. Doch was war damals, als es noch keine Autos gab, mit «Fahrzeug» gemeint? Ein Hornschlitten, wie Küttel meint? Die Schwandener verweisen auf Rechtsgutachten, gemäss denen der Weg öffentlich befahrbar ist. Vor allem pochen sie auch auf eine Zufahrt für Sanität und Feuerwehr.

Der Streit eskalierte vor rund fünfzehn Jahren, als Offroader auf den Markt kamen, mit denen der extrem steile Naturweg überhaupt befahren werden kann. Kommt dazu, dass die rechtlichen Grundlagen immer wieder änderten. Mal wurde der Rigiweg für nichtlandwirtschaftliche Fahrzeuge gesperrt, dann wieder geöffnet. Und als ob das nicht schon knifflig genug wäre, sind sich die Schwandener und die Bauern in den höher gelegenen Höfen unter sich nicht einig. Einige wenige bevorzugen den autofreien Zustand und wollen sich mit der Rigi-Bahn begnügen.

Gemeindeamtfrau Irene Keller, so zürnen einige Schwandener, habe sich ursprünglich für den Ausbau des Rigiweges eingesetzt – bis vor einigen Jahren, als Noldi Küttel Gemeindepräsident wurde und Pühringer der Gemeinde die Millionen schenkte. Indem man ihnen den Zufahrtsweg nehme, so der Vorwurf, hungere man die Schwandener gleichsam aus.

Irene Keller, die uns als kämpferische, aber erfrischend offene Person begegnet, ringt bei diesen Vorwürfen um die Contenance: Perfide und haltlose Unterstellungen seien das. Mit Pühringer habe die ganze Geschichte rein gar nichts zu tun, und auch nicht mit der ehrenamtlichen «Husebode-Jury», in der neben der Gemeinde notabene auch der Natur- und Landschaftsschutz vertreten gewesen sei.

Die Schwandener hätten schlicht zu hoch gepokert, sagt Keller, statt sich mit einem Kompromiss zufriedenzugeben, als dieser noch möglich gewesen wäre. Dass die Schwande in erster Linie durch die Rigi-Bahn erschlossen sei, hätten alle gewusst, als sie das Land günstig erwarben. Dreissig Jahre lang habe man dort bauen können, doch nur wenige hätten die Gelegenheit genutzt. Die geplante Auszonung sei auch nicht auf dem Mist der Gemeinde gewachsen, sondern vielmehr vom Kanton verfügt worden – im Sinne des neuen Raumplanungsgesetzes, das keine abgelegenen Siedlungen mehr zulässt. Sie habe seinerzeit vor den verheerenden Konsequenzen der RPG-Revision gewarnt, die auch in Vitznau mit grossem Mehr angenommen wurde.

Konfrontiert mit dem Vorwurf, ihr eigenes Heim auf dem Hinterberg verfüge aber über eine sehr komfortable Zufahrtsstrasse, holt die Frau tief Atem: «Das ist der Gipfel!» Erstens fahre sie immer, wenn die Witterung dies zulasse, mit der Seilbahn ins Dorf; im Übrigen sei

die Strasse schon dort gewesen, bevor sie auf den Hinterberg zog. Die Bauern dort oben hätten sich halt rechtzeitig einigen können.

Autos in Küttels Heimetli

Dann wäre also noch Gemeindepräsident Noldi Küttel. Seit seiner Pensionierung als Lehrer bewirtschaftet er das Mätzli, sein bescheidenes Heimetli zwischen dem Dorf und der Schwande, biologisch und naturnah. Küttel räumt unumwunden ein, dass der Kampf gegen den Rigiweg für ihn schon fast zu einer Lebensaufgabe geworden sei: «Würden Sie es tolerieren, wenn plötzlich eine Strasse mitten durch Ihren Garten führte?» Er habe zwar schon auch Verständnis für die Schwandener, doch mittlerweile sei so viel Geschirr zerschlagen, dass ein Kompromiss kaum mehr denkbar sei. Der Zwist sei für ihn mit ein Grund gewesen, fürs Gemeindepräsidium zu kandidieren. Doch das sei ein Fehler gewesen – denn sobald das Thema Schwande oder Rigiweg auf den Tisch komme, müsse er in den Ausstand treten. Heute könne er weniger ausrichten als früher, und eigentlich hoffe er nur noch auf ein abschliessendes Gerichtsurteil, gleichgültig, wie dieses ausfalle. Und manchmal sehne er sich nach den Zeiten zurück, als Vitznau ein verschlafenes Nest ohne grossartige Zukunft und Perspektiven war. ○



Investor Pühringer.

Pensionierung

- Wie spare ich Steuern?
- Wie sichere ich mein Einkommen?
- Wie regle ich meinen Nachlass?

Sprechen Sie mit uns und überzeugen Sie sich von unserer Expertise. Das erste Gespräch ist kostenlos und unverbindlich.

Tel. 044 207 27 27 (Hauptsitz)
www.vermoegenszentrum.ch

VZ VermögensZentrum



Antworttalon

Weltwoche 2014

Ja, ich habe Fragen zur Pensionierung.

- Rufen Sie mich an für ein kostenloses Gespräch.
 Senden Sie mir Ihre Unterlagen.

Vorname/Name

Jahrgang

Strasse

PLZ/Ort

Tel. (tagstüber)

E-Mail

Talon bitte einsenden an unseren Hauptsitz:

VZ VermögensZentrum, Beethovenstrasse 24, 8002 Zürich

Marines Marsch an die Macht

Am Wochenende hat der Front national einen historischen Erfolg errungen. Begonnen hat Marine Le Pens Aufstieg in der Villa «Montretout» vor den Toren von Paris. Ein Attentat bombt sie in die Politik. Die Rache der Mutter stiehlt sie. An Vaters Seite entdeckt sie das Geheimnis der Macht. Teil 2. Von Urs Gehriger

Im Nachhinein klingen sie prophetisch, Marine Le Pens letzte Worte vor der Wahl. «Ihr seid die Avantgarde!», rief sie den Bürgern von Hénin-Beaumont zu. Damit lag die Chefin des Front national (FN) goldrichtig. Ihr Kandidat Steeve Briois eroberte am Sonntag auf Anhieb das Rathaus in der einst stramm linken Hochburg in Nordostfrankreich. Hénin-Beaumont ist mehr als ein symbolischer Sieg. Der Front hat in der ersten Runde der Kommunalwahlen erstmals landesweit Fuss gefasst. Nach den Stichwahlen am kommenden Sonntag könnte Le Pens Partei zehn Bürgermeister stellen und in mehr als tausend Gemeinderäten vertreten sein – bislang war sie es in kaum vier Dutzend.

«Der Front national schafft den Durchbruch», kommentiert *Le Figaro*. «Ein historischer Erfolg», attestiert *Le Monde*. Politologen sagen bereits einen «tiefgreifenden Wechsel» für die Struktur der Fünften Republik voraus. Marine Le Pen selbst strahlt magistrale Gelassenheit aus, spricht von einem «hervorragenden Jahrgang» für ihre Partei und verkündet nüchtern das Ende der Zweiparteienherrschaft von Sozialisten und Bürgerlichen. Ihre Stimme, die sie nach Belieben auf Orkanstärke aufdrehen kann, hält sie im Zaum. Keine Spur von Triumph. Sie hat das nicht nötig. Ganz Frankreich weiss: Die Architektin des Erfolgs ist niemand anders als sie, die Frau mit der blonden Mähne, die schillerndste Figur im Land.

Begonnen hat die Karriere der Marine Le Pen im 15. Arrondissement, unweit des Eiffelturms. Auf die Minute genau erinnert sie sich an den Moment, in dem sie «in die Politik katapultiert» wurde: am 2. November 1976, um 4.50 Uhr in der Früh. Um diese Zeit explodiert eine Bombe im Wohnhaus der Familie an der Villa Poirier 9 und reisst die ganze Front des Hauses weg.

Marine ist achtjährig, die jüngste von drei Töchtern von Jean-Marie und Pierrette Le Pen. Der Vater ist noch nicht der Paria, als der er in Frankreich bald bekannt sein wird. Aber er hat bereits erste Spuren hinterlassen. Als Fremdenlegionär, als Abenteurer und als Gründer einer Partei, die er Front national nennt. Immigration, Sicherheit, Nationalismus sind die Themen schon damals. «Frankreich den Franzosen» lautet sein Slogan.

«Ein privater Racheakt»

Die Wucht der zwanzig Kilo Sprengstoff hat das Treppenhaus weggefegt. Die Schwestern Marine, Yann und Marie-Caroline sind oben im

Haus isoliert, von Schutt und Splittern verschüttet, schmiegen sich aneinander, beten leise zur heiligen Maria und warten auf Hilfe. «In dieser Horrornacht habe ich entdeckt, dass mein Vater Politik macht», schreibt Marine Le Pen in ihrer Biografie «A contre flots» (Gegen die Wogen), «ich habe verstanden, dass Politik Gewalt ist.» Zwölf Appartements des Hauses sind zerstört, doch Tote gibt es keine. Das Baby der Nachbarn wird über sechs Etagen in die Tiefe geschleudert, aber überlebt, weil sein Strampler sich am Geländer verhakt. Die Presse spricht von einem Wunder. Le Pen von einem Komplott. Es ist bereits das dritte Attentat auf den jungen Parteichef. Le Pen vermutet einen politischen Hintergrund.

Wenn Marine Le Pen heute von dem Attentat spricht, was sie bei Auftritten und Interviews oft tut, verdunkeln sich ihre Gesichtszüge. Sie beherrscht das physische Reden, sie lässt das Gegenüber die Dramatik ihrer Jugend förmlich spüren. «Ich bin mit der Angst aufgewachsen, meinen Vater zu verlieren, dass man ihm Böses will», sagt sie. «In der Familie Le Pen stellt sich nicht die Frage, ob es Bedrohungen und Mord gibt. Die Frage ist, wann es mehr und wann es weniger sind.»

Gleichzeitig hat sie die Gabe, wortreich unangenehmen Fragen auszuweichen. «Hat man die Hintermänner des Attentats je gefasst?», wird sie im französischen Fernsehen bei der Präsen-

«In dieser Nacht habe ich verstanden, dass Politik Gewalt ist.»

tation ihrer Biografie 2006 gefragt. «Nie», sagt sie. – «Haben Sie einen Verdacht?» – «Nein, wir hatten nie ein präzises, auch kein vages Indiz.»

Kein Indiz? Die Familie hat offenbar schnell gewusst, aus welcher Ecke die Täter stammten. Der Anwalt von Jean-Marie Le Pen setzte einen Privatdetektiv ein, Antoine Méléro, um der Sache auf den Grund zu gehen. «Das Attentat war zu hundert Prozent ein privater Racheakt», kommt Méléro im Dok-Film «Die Erbin» zum Schluss (ein Werk der Le-Pen-Kritikerin Caroline Fourest). Méléro sagt, er sei bis zum Bombenleger vorgedrungen, der ihm Auftraggeber und Motiv genannt habe: «Le Pen hat eine Erbschaft gemacht, man hat uns eine Summe bezahlt, um diese Bombe zu legen.»

Es geht um eine Erbschaft von dreissig Millionen Franc plus Liegenschaften. Jene von

Hubert Lambert, Zementhersteller, Milliardär, Solitär. Er hatte Le Pen als Vermächtnisnehmer bestimmt, auf Kosten anderer, die sich nun an dem Glücklichen rächen wollten.

Die wundersame Erbschaft beginnt in den frühen 1970er Jahren mit einer Freundschaft zwischen Le Pen und Lambert, Jahrgang 1934. Den treibt kein geschäftlicher Ehrgeiz. Er betätigt sich lieber unter dem Namen Hubert Saint-Julien als rechtsextremistischer Schriftsteller. Le Pen berät ihn. Aus Freundschaft wird, so unken Le Pens Feinde, völlige Abhängigkeit des kranken, tabletten- und alkoholsüchtigen Lambert von Le Pen.

Le Pens Glücksfee

Gemäss Marine Le Pen war das Vermächtnis Ausdruck enger Freundschaft und grosser Bewunderung. Lambert habe ihrem Vater mitgeteilt: «Ich will, dass du die finanziellen Mittel zur Hand hast, damit du nie von jemandem abhängig sein wirst, damit du die Entscheide, die du für richtig hältst, treffen kannst», rekapituliert sie in ihrer Biografie. «Ich mache dich zu meinem Erben, denn ich weiss, dass du die Freiheiten, die ich dir damit ermögliche, zur Verteidigung der nationalen Ideen nutzen wirst.»

Für Le Pen ist Lambert Weihnachtsmann und Glücksfee in einem. Ohne Lambert gäbe es heute keinen Front national. Auch für die kleine Marine ist das Erbe ein gewaltiger Einschnitt im Leben, ein Sprung in die High Society. Die Familie Le Pen zieht nach Montretout, in das Anwesen von Hubert Lambert in Saint-Cloud, ausserhalb von Paris, eine Villa mit 365 Quadratmeter Wohnfläche, 4800 Quadratmeter Umschwung und Blick auf den Eiffelturm. Einst hatte es Napoleon III. seinem Kabinettschef Jean-François Mocquard geschenkt. Hier hält Jean-Marie Le Pen fortan Hof. Im Entrée hängt ein Gemälde, das den Patron in Offiziersuniform eines *parachutiste* der Fremdenlegion zeigt, gemalt von Ilja Glasunow, Porträtmaler Leonid Breschnjews, der anlässlich eines Kreml-Besuchs Le Pens zum Pinsel griff.

Es ist die Zeit des ersten Erfolgs des Front national, des Einzugs in das Europäische Parlament 1984. Man organisiert oft Feste mit Freunden der Familie und der Partei. Endlos ist die Liste der Gäste, die «Montretout» frequentiert, das aussieht wie eine Mischung aus Xanadu aus Orson Welles' «Citizen Kane» und Norman Bates' Haus in Hitchcocks «Psycho». In dieser Oase wächst Marine Le Pen vom Kind zur jungen Dame heran, inmitten von Parteigenossen,



Bald ist es vorbei mit der Idylle: Yann, Pierrette, Jean-Marie, Marie-Caroline, Marine Le Pen (v. l.), 1986.

Kindermädchen und Chauffeur, geschützt von Eisengittern und Sicherheitsportalen.

Bald ist es vorbei mit der Idylle. Im Alter von sechzehn Jahren verliert Marine ihre politische «Unschuld». Nach Jahren der Ausgrenzung durch die Medien wird ihr Vater im Februar 1984 zum ersten Mal in eine grosse Fernsehsendung eingeladen: «L'heure de vérité» (Die Stunde der Wahrheit), die populärste Sendung jener Zeit, fünfzehn Millionen Franzosen schauen zu. Le Pen nimmt die ganze Familie mit ins Studio. Der Aufmarsch der blonden Le-Pen-Frauen sieht aus wie bei einer Wagner-Oper. «Es war mein erster Ausgang, eine Art Debütantinnenball der besonderen Art», sagt Marine.

Die TV-Darbietung gerät für Le Pen zum Triumph. Versuchen die Interviewer, hochnäsig und weitschweifig, ihn in die Enge zu treiben, so schlägt er zurück nach Haudegen-Art: grobschlächtig, volkstümelnd und mit falschen Zahlen hantierend – wie sich später herausstellt –, aber mit einer animalischen Vitalität, so dass er die Franzosen begeisterte. Vierzig Prozent der Zuschauer finden – so eine Blitzumfrage – Le Pen «überzeugend». Die Presse hingegen ist angewidert: «Le Pen riecht in einer gewissen Weise nach Leben – das heisst nach Scheisse, nach Intrigen, nach Tod», schreibt die *Libération*. In der «Vorführung» seiner vier Frauen sehen Journalisten einen billigen Propagandatricks des Paterfamilias. Im Fall von Marine zumindest stimmt dies nicht. Im Gegenteil. Es ist sie selbst, die die Nähe zu Jean-Maries «Mätresse» sucht, wie die Töchter die Politik nennen, die den Vater derart absorbiert.

Tuchföhlung mit dem Volk

Kaum ist sie sechzehnjährig, nimmt Le Pen seine jüingste Tochter aus der Schule, damit sie ihn beim Wahlkampf für die Kommunalwahlen begleiten kann. Er hatte keine Zeit, Marine auf ihrem Terrain zu begegnen. Das Leben seiner Teenager ist Terra incognita. Jetzt entdeckt Marine seine Welt. Die Wahlkampf tour wird für sie zur politischen Weihe. Sie erfährt die Physik der Politik, «Körper an Körper», die Konfrontation, die Tuchföhlung mit dem Volk.

«Dies ist der Moment», schreibt sie, «in dem ich begriffen habe, dass es an mir ist, die Beziehung Vater–Tochter aufzubauen.» Sie ist «unheimlich stolz, an seiner Seite zu sein». Sie lernt neue Facetten seines Charakters kennen. Er ist ein «ein wenig altmodischer Vater», einer, der «in die Wörter verliebt ist, in historischen Diskursen schwelgt, Lieder und Literatur mit jeder Pore lebt – ein passionierter Redner».

Auf «Montretout» dringt Politik in jede Ritze. Vater und Mutter, beide Einzelkinder, haben keine Verwandten. «Gerade weil wir keine Familie hatten, wurde die Politik unsere Familie», so Le Pen in ihrer Biografie. Statt Onkeln und Cousins werden die politischen Weggefährten, die Kader des Front national, zu einer familiären Heimat. «Die wahre Nähe, die Brüderlich-

keit, die intellektuelle Verwandtschaft teilen wir mit den politischen Freunden.» So erstaunt kaum, dass alle Töchter auch ihre «echten» Ehen mit Männern der Partei schliessen.

Im Hause Le Pen wird nicht nur politisch debattiert. Auf «Montretout», in den lauschigen Hügeln von Saint-Cloud, steigen, zum Entsetzen der bourgeois Nachbarschaft, wilde Partys, zu denen Berühmtheiten wie Alain Delon oder Bernard Tapie anreisen. Auf privaten Filmaufnahmen sieht man die pausbackige Marine mit unbeschwertem Lächeln zu Julien Clercs «Mélicca» über die Tanzfläche wirbeln.

1986 verstummt die Musik. Abrupt. Von einem Tag auf den andern.

Die Putzlappen-Lektion

Mutter Pierrette kehrt ihrem Jean-Marie und ihren drei Töchtern den Rücken. Sie brennt mit dem Biografen ihres Ehemannes durch. Es ist ein Fressen für die Medien. Sie spekulieren, Pierrette habe die Rolle einer untergeordneten Ehefrau nicht mehr ertragen, die alles der Karriere ihres Mannes unterordnen müsse.

Pierrette indessen sieht nicht aus wie ein verschupftes Hausmütterchen. Das Ex-Model tritt in TV-Shows auf, wo sie im Joan-Collins-Blazer, Champagner trinkend und rauchend, sich darüber beklagt, dass ihr Noch-Ehemann nichts vom gemeinsamen Erbe rausrücke. Jean-Marie Le Pen antwortet in einem Interview mit dem Herrenmagazin *Lui* barsch, sie solle doch putzen gehen. Pierrette nimmt ihn beim Wort. Sie lässt sich vom *Playboy* ablichten, als Hausfrau, bloss mit Schürze und Häubchen bekleidet, auf den Knien, den Fussboden schrappend. «Madame Le Pen nue fait le ménage» titelt der *Playboy*. Die Nation hält sich den Bauch und kann sich kaum sattsehen an der Rachegöttin.

Das Bild einer idealen Familie, das Jean-Marie Le Pen zelebriert hat, liegt in Scherben. Die Töchter trifft die Affäre mitten ins Herz. Sie ergreifen Partei für den Vater. Marine tut dies öffentlich. Sie verfasst ein Communiqué: «Eine Mutter ist Teil eines geheimen Gartens, und nicht einer öffentlichen Müllhalde.» Doch auch diese Lektion stiehlt Marine. Sie wird über ihr eigenes Privatleben strikte Diskretion bewahren. Trotz zwei geschiedenen Ehen und einer «offenen» Beziehung – mit Louis Aliot, dem Vizepräsidenten des Front national – dringt kaum etwas über sie und die drei Kinder Jehanne, Louis und Mathilde an die Öffentlichkeit.

Von ihrer Mutter getrennt, die sie fünfzehn Jahre lang nicht mehr sehen wird, sucht Marine mehr denn je die Nähe des Vaters. Sie folgt ihm auf seinen Streifzügen in die Politik, als seine Sekundantin, Wächterin und grösster Fan.

Als die linke Tageszeitung *Libération* ein Dossier veröffentlicht, das Le Pen beschuldigt, im Algerienkrieg gefoltert zu haben, hält Marine vor ihren Klassenkolleginnen eine flammende Verteidigungsrede und erntet spontanen Applaus. Sie weicht nicht von seiner Seite, auch

wenn er Hitlers Gaskammern als «ein Detail der Geschichte des Zweiten Weltkriegs» apostrophiert. Als der Anführer des Front national zu Hause Journalisten empfängt, um sich zu erklären, ist es die junge Marine le Pen, die ihnen die Türe öffnet.

Erst langsam wird es Marine bewusst, was es heisst, Tochter des legendären Le Pen zu sein. Kein französischer Politiker kann auf eine farbige und zwielichtige Vergangenheit zurückblicken als er. Als Anführer der Jusstudenten erwirbt er sich im Quartier Latin einen Ruf als Festbruder, Angeber und Frauenheld. Meinungsverschiedenheiten regelt er nicht selten mit der Faust. Bei einer Keilerei verliert er ein Auge, worauf er sich jahrelang eine Piratenklappe umbindet. Auch beherrscht er die politische Agitation. Brandreden sind von Beginn an sein Metier. Ebenso Provokationen dubioser Art. So gibt er eine Zeitlang Schallplatten mit Liedern des Dritten Reichs heraus. Seit den sechziger Jahren wurde er in knapp zwei Dutzend Fällen wegen rassistischer Erklärungen und Verleumdung, wegen Körperverletzung und Morddrohung rechtskräftig verurteilt.

In Marines Augen hat der Vater zwar Macken – aber ein Rassist? – Niemals!

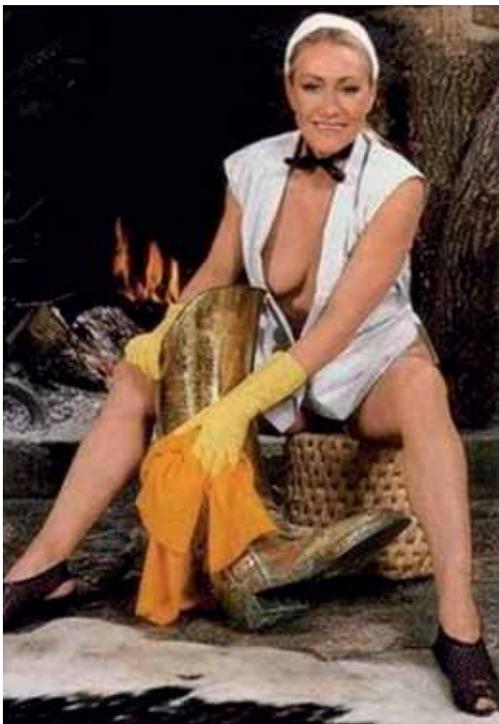
Doch seine Tochter lässt nichts auf ihren Vater kommen. Marine verteidigt, Marine verniedlicht, Marine verklärt. In ihren Augen hat der Vater zwar seine Macken, unter anderem einen Zweit-Weltkrieg-Fimmel. Aber ein Rassist? – Niemals! Als herzensgut erlebt sie ihn, nie sei ihm bei der Erziehung der Töchter die Hand ausgerutscht. Ein Mann mit tadellosen Manieren und ehrenwertem Charakter, ausserdem mutig. In der Attentatsgeschichte ist er der selbstlose Held. «Die Mädchen! Die Mädchen!», habe sie ihn durch die Trümmer rufen hören.

In den Augen ihrer Kritiker, und dazu gehören bis auf den heutigen Tag praktisch alle Medienschaffenden, macht sich Marine durch ihre Apologie des Vaters zur Komplizin. Damit ist die junge Le Pen für das Establishment von Beginn weg kontaminiert. Denn über das Naturell des Alten hegt niemand einen Zweifel. Er ist ein durchtriebener Neofaschist, ein Rassist, gefährlich wie ein Brandbeschleuniger.

Es gibt wenige, die sich diesem Pauschalurteil entziehen. François Mitterrand gehört zu ihnen, während Le Pens Aufstieg Frankreichs Präsident (1981–1995) und einer seiner härtesten Gegner: «Natürlich stützt er sich auf unheilvolle Kräfte und schmeichelt den fremdenfeindlichen Geföhlen, aber er ist nicht für einen Fünfer Nazi oder Faschist. Ich kannte ihn gut während der Vierten Republik. Er war ein sehr begabter Parlamentarier, Fraktionschef mit 27. Er dürstet stets nach Anerkennung. Beobachten Sie, wie bewegt er ist, wenn man ihm die Hand



«Schmeichelt fremdenfeindlichen Gefühlen»: Le Pen gibt Präsidentschaftskandidatur bekannt, 1974.



«Geh doch putzen!»: Pierrette Le Pen im Playboy.



Dilemma der Macht: Anwältin Marine Le Pen.

schüttelt. Einen solchen Mann stellt man mit einem Ministersessel ruhig.» Die Probe aufs Exempel hat auch Mitterrand nicht gewagt. Also rennt Le Pen immer von neuem an. Fünf Mal kandidiert er fürs Staatspräsidium. Am 21. April 2002 erlebt er seine Sternstunde. Er erzielt mit 16,9 Prozent das zweitbeste Ergebnis hinter Chirac und vor dem favorisierten Jospin. Jetzt bäumt sich fast ganz Frankreich gegen den vermeintlichen Neofaschisten auf.

Während der Vater im Final gegen Chirac untergeht, ist es Tochter Marine, die den Moment zum Gang in die nationale Arena nutzt. Er wird das Sprungbrett für ihren Aufstieg. «Bis zu diesem Tag sagte man, bei einem Sieg von Le Pen

würden die Flüsse über die Ufer treten, die Sonne nicht mehr aufgehen», kommentiert sie zur besten Sendezeit und präsentiert sich als Beweis des Gegenteils.

Die Marke Le Pen hat nicht nur einen ersten grossen Durchbruch errungen. Sie hat mit Marine auch ein neues Gesicht, eine neue Perspektive offenbart. Das Volk merkt, dass sie keine Debütantin ist. Sie hat Jus studiert wie der Vater und hat Debattierwettbewerbe gewonnen. Es ist die Magie der Dynastie, die hier erstmals aufblitzt. Eine Ahnung keimt auf im Volk, dass mit dieser Familie noch länger zu rechnen ist.

Eine Ahnung, die innerhalb der Partei längst Gewissheit ist. Vater und Tochter, der Nukleus

der Partei, dominieren den Front national. Wer sich ihnen entgegenstellt, wird aus dem Weg gekegelt. Generalsekretär Bruno Mégret, der nach der Krone schießt, wird eliminiert. Bruno Gollnisch, Kandidat der Parteilinken, wird Marine 2011 beim Kampf ums Präsidium unterliegen. Gollnisch-Treue werden über eine «Manipulation des Systems» lamentieren.

Jean-Marie und Marine – das ist viel mehr als eine klassische Vater-Tochter-Beziehung. Das Attentat, die Rache der Mutter, die Anfeindungen der Öffentlichkeit und die Passion für Politik haben die beiden zusammengescheisst. Aber was sie am meisten verbindet, ist ein gemeinsamer Instinkt für Macht und der kaltblütige Wille, sie umzusetzen. Der Schlüssel zur le-penschen Führungspsychologie findet sich auf Seite 40 von Marines Biografie, wo sie «die wertvollste Lektion» ihres Vaters beschreibt.

Mein Vater sagte: «Stell dir vor, du bist Kapitän eines Schiffes. Du hast 150 Mann an Bord, und ein Teil des Schiffes schlägt leck. Um nicht abzusaufen, muss man dringend die Schleusentür schliessen, aber zwölf Matrosen sitzen in dem beschädigten Teil eingesperrt. Was tust du? Setzt du aus humanitären Gründen das Leben der gesamten Crew aufs Spiel, in der Hoffnung, zwölf Matrosen zu retten? Oder lässt du, mit gequälter Seele und zerrissenem Herzen, die Türe schliessen, um 138 Menschen am Leben zu erhalten?» Dies ist das Dilemma der Macht, das mir von meinem Vater in jüngstem Alter vermittelt wurde. Das ist der Kern seines politischen Kampfes, der heute auch meiner ist.

Unerbittlicher Kapitän

Die Kapitänspareille wird zu Marines Leitmotiv für die «Säuberungen». Für die Eliminierung von Nazisympathisanten in den eigenen Reihen ebenso wie von kritischen Parteigängern. Sie spielt den Kapitän unerbittlich. Selbst wenn es Familienmitglieder trifft wie ihre älteste Schwester Marie-Caroline, die mit ihrem Mann, einem Mégret-Anhänger, nicht nur die Partei, sondern auch den Familienkreis verlassen hat.

2007 ist der Front national am Tiefpunkt. Jean-Marie geht bei den Präsidentschaftswahlen mit 10,4 Wählerprozent unter. Die Parteiliste ist leer. Konkurrent Sarkozy wildert im Revier des Front national, besetzt Themen wie Immigration und innere Sicherheit. Marine erkennt: Das Schiff hat leck geschlagen. Sie muss den Front national von personellem Ballast befreien. Sie muss die Schleusentür gegen unheilvolle Geister schliessen, wenn sie ihren Traum, Präsidentin Frankreichs zu werden, erfüllen will. Auf ihrem Weg wird sie nichts und niemanden verschonen. Auch nicht den Menschen, dem sie alles verdankt: ihren Vater.

Nächste Folge: Marine Le Pen stellt ihr eigenes Führungskommando zusammen. Welches sind die Schlüsselfiguren ihres Netzwerks? Wie will sie Frankreich aus der Krise führen? Warum spielt Russland die zentrale Rolle in Marines Weltordnung?

Wenn in Oxford der Frühling erwacht

Zum Abschluss des Trimesters an der englischen Universität lese ich die Essays meiner Master-Studentinnen. Ein Oxford-Abschluss in Geschichte bleibt begehrt. Trotz kleinstädtischem Flair herrscht keine Gemütlichkeit. Erasmus und Bologna sind kein Thema. *Ein Tagebuch von Oliver Zimmer*

Die letzten Tage des zweiten Trimesters (Hilary Term) sind immer besonders hektisch. Die Müdigkeit steht einem schon seit zwei Wochen ins Gesicht geschrieben, aber hingeben darf man sich ihr noch nicht. Am Freitagabend wird es dann so weit sein; dann verordnet einem der Körper erfahrungsgemäss ein erhöhtes Schlafpensum.

Bis dahin gibt es aber noch einiges zu tun. Jeder der fünfzehn Bachelor-Studenten, die während zweier Monate zu mir ins Tutorial kamen, haben Anspruch auf einen schriftli-

chen Leistungsbericht; die Essays von drei Master-Studentinnen müssen nach dem Abendessen gelesen und kommentiert werden; zwei Doktoranden haben mich um Gutachten gebeten; zudem stehen diverse Sitzungen auf dem Programm. Meine Oxforder Taschenagenda ist mit Einträgen vollgekritzelt. Die meiste Zeit kann ich mich auf mein Gedächtnis verlassen, aber nun folgen die Termine zu dicht aufeinander. Am Ende des Trimesters wird die blaue *pocket diary* zu meiner Taktgeberin.

Die drei Geschichtsdozenten meines College – eine Mediävistin, ein Spezialist für britische Geschichte im 20. Jahrhundert und ich als Vertreter der modernen europäischen Geschichte – treffen sich zu kurzen Einzelgesprächen mit unseren Bachelor-Studenten. Wer hier studiert, braucht keine zusätzlichen Motivationspritzen. Die Leute sind an ihrem Fach interessiert, sonst wären sie woanders. Zudem herrscht ein Konkurrenzdruck, der sich nicht schönreden lässt. Den Rest besorgt das raue wirtschaftliche Klima. Noch vor zehn



Die Studenten werden angehalten, die Autoritäten zu hinterfragen: Universitätsstadt Oxford, 1890, vor der Anbindung an den öffentlichen Verkehr.

bis fünfzehn Jahren war selbst ein durchschnittlicher Studienabschluss aus Oxford oder Cambridge eine Garantie für eine Karriere in der Wirtschaft oder im Staatsdienst. Diese Zeiten sind vorbei. Für Leute mit herausragenden Noten sind die Aussichten allerdings nach wie vor rosig – und zwar auch für Historiker.

Die Kunst der Argumentation

Wer in Oxford seinen Bachelor macht, muss jede Woche unter anderem einen Essay (etwa 2000 Wörter lang) verfassen. Dabei geht es nicht um Wissensreproduktion, sondern um Analyse. Wie wichtig war das Konsumverhalten für den Verlauf der Industrialisierung in Europa? Wie lässt sich der Anstieg weiblicher Frömmigkeit im 19. Jahrhundert erklären? War der Imperialismus eine Folge europäischer Machtpolitik? War Politik die Haupttriebkraft des europäischen Nationalismus? Mit jedem Essay soll ein Problem eingehend erörtert, eine plau-



Weltläufige Dynamik: Historiker Zimmer.

sible Antwort auf eine anspruchsvolle Frage formuliert werden. In den einstündigen Tutorials trifft sich ein Professor mit im Durchschnitt zwei oder drei Studenten zu einem Gespräch, wobei sich der Dozent durch Lektüre der eingereichten Essays über ihr Wissens- und Argumentationsniveau ins Bild setzt. Die Studenten werden ständig dazu ermuntert, die Ansichten von sogenannten Autoritäten (inklusive ihrer akademischen Lehrer) zu hinterfragen. Die Atmosphäre ist freundlich und informell. Wir sitzen uns gegenüber; Versteckspiele oder Ausweichmanöver sind für alle Beteiligten zwecklos beziehungsweise peinlich. Studenten und Dozenten sind gleichermaßen gefordert. «The proof of the pudding is in the eating.»

Oxford wird manchmal als Hort eines altertümlichen Konservatismus beschrieben. Gerade kürzlich erklärte mir ein Schweizer Historiker, ihm wäre der Ort zu kleinstädtisch. Die Stadt sei zwar durchaus charmant, es fehle ihr aber an weltläufiger Dynamik. In London dagegen könnte er sich durchaus wohl fühlen. Da er selbst nie länger als zwei akademische Semester im Ausland (beide in Deutschland) verbracht hat, hielt ich es für inopportun, ihm zu sagen, dass ich fünf Jahre in London gelebt habe. Ich verabschiedete mich mit dem Hinweis, dass ich mit meinem Freund Heinz zum Mittagessen verabredet sei. – «Mach's gut und Gruss auch an Heinz!»

Die Meinung, wonach sich Oxford vor allem durch seine Beschaulichkeit auszeichne, beruht auf mangelnder Vertrautheit mit den lokalen Verhältnissen. Wer die universitäre Gemütlichkeit sucht, wird sie hier nicht finden. Die Einzigen, die es in dieser Stadt nicht eilig haben, sind die Gruppentouristen, die tagsüber die Gassen verstopfen und die Eingänge zu den Colleges blockieren. Die eigentlichen *local workers* – Tausende von Studenten, Dozenten, Bibliothekaren und anderen Universitäts- und College-Angestellten aus fast hundert verschiedenen Ländern – sind dagegen meist schnell und zielstrebig unterwegs. Sie sind Teil eines akademischen Mikrokosmos der etwas anderen Art, selbstbewusst und eigenwillig. Vielleicht ist das ja mit ein Grund, warum Oxford bei Bologna nicht mitmacht und nur bedingt Erasmus-tauglich ist.

Der lange Atem der industriellen Revolution, die auf der kleinen, mittlerweile etwas heruntergekommenen Insel ihren Anfang nahm: In den sozialen Rhythmen des öffentlichen Lebens ist er bis heute spürbar. Grossbritanniens schon sehr früh nach der Einheitszeit verkehrende Passagierzüge waren bis Ende des 19. Jahrhunderts die schnellsten der Welt; das Schienennetz war dichter als anderswo, der Grad der Urbanisierung beispiellos. Die damit einhergehende Beschleunigung des Alltagslebens berauschte und empörte die Gemüter. Zudem beflügelte die Eisenbahn die Kreativität der Humoristen aller Schichten und Altersgruppen.

Witze über die sagenhafte Geschwindigkeit der Eisenbahn machten die Runde. Ein Beispiel aus meiner heutigen Quellenlektüre: Ein Amerikaner und ein Engländer sitzen sich im Zugsabteil gegenüber. Als die Lokomotive sich in Bewegung setzt, sagt der Amerikaner: «Ich fuhr einst mit der Eisenbahn, und wir waren so schnell unterwegs, dass man die Telegrafmasten nicht mehr erkennen konnte.» «Das ist noch gar nichts», entgegnet ihm der Engländer. «Ich bestieg einmal einen Zug, und als der Kondukteur pff und ich gerade meiner Frau einen Abschiedskuss geben wollte, da küsste ich stattdessen den Gepäckträger der nächsten Station, die mehr als fünfzehn Kilometer entfernt war. *How's that for speed?*»

Prächtiges Ritual

Piet, ein befreundeter Biologe, hat mir soeben eine SMS geschickt. Ob ich heute Abend ins Gym gehe. Ich antworte umgehend: «I'll be there at 6 p.m.» Dabei ist Sport erst morgen wieder auf der Tagesordnung; heute wird pausiert. Es geht bei dieser Kommunikation indessen nicht um Wahrheit, sondern um Motivation. Es war Piets Idee. Er wolle seine Fitness verbessern, was ohne äusseren Ansporn fast nicht zu machen sei. Dann fragt er mich noch, ob ich am Feast of St. Cuthbert, das übermorgen an meinem College stattfindet, dabei sein werde. Ich bejahe. Es handelt sich um ein formelles Dinner – ein eigentliches Festgelage. Etwa siebzig Gäste aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens werden erwartet, dazu kommen noch etwa dreissig Fellows des College. Dresscode: *black tie*. Dekadent? Übertrieben? Gut möglich. Vor allem aber: ein prächtiges Ritual zum Frühlingsanfang. Schade nur, dass meine Freundin Bianca ihren geplanten Besuch in der Bodleian Library verschieben musste. Sie hätte das Fest bestimmt genossen.

Es hat zu regnen begonnen. Alles hat man nie, so sagt man. Es gibt aber Orte, die farbiger sind als andere. Mir soll's recht sein.

Oliver Zimmer lehrt als Associate Professor an der Universität Oxford Geschichte. Sein neuestes Buch, «Remaking the Rhythms of Life: German Communities in the Age of the Nation-State», ist 2013 bei Oxford University Press erschienen. Er ging nach seinem Studium in Zürich nach Grossbritannien, wo er seit neunzehn Jahren lebt.



Verzweiflung einer Kämpferin

L'Wren Scott galt unter Designern als Ausnahmetalent – und als diskrete Frau ohne Zicken. In den kommenden Tagen soll sie in Los Angeles beigesetzt werden. Noch immer rätseln Freunde, warum sie ihrem Leben ein Ende gesetzt hat. *Von Beatrice Schlag*

Sie hinterliess keinen Abschiedsbrief und wollte nicht, dass man sie fand, bevor sie tot war. Sie kniete bekleidet am Boden und trug einen doppelt um den Hals geschlungenen Schal, den sie hinter sich an einer Türfalle befestigt hatte, sie lehnte sich mit ihrem ganzen Gewicht nach vorn. Der sich zusammenziehende Schal schnürte ihr den Atem ab. Es sei, sagte ein Untersuchungsbeamter, kein schmerzhafter Tod. Man werde sehr schnell bewusstlos. Drogen wurden keine gefunden. Als L'Wrens Assistentin, die eineinhalb Stunden zuvor von ihrer Chefin per SMS für zehn Uhr aufgeboten worden war, am 17. März zur vereinbarten Zeit das teure Apartment im New Yorker Chelsea-Viertel betrat, war ihre Chefin bereits tot.

Sie wünschte sich Kinder

Man muss sich sehr genau in der Mode auskennen, um zu verstehen, wie gut L'Wren Scott war. Da die meisten das nicht tun, ist das, was über die Frau mit dem Gardemass haften bleibt, die klatschträchtige Tatsache, dass sie dreizehn Jahre lang Mick Jagers Freundin gewesen war, bevor sie sich das Leben nahm. Weder mit seiner ersten Frau Bianca noch mit Jerry Hall, der zweiten, hatte es der Frontman der Stones so lange ausgehalten wie mit der über zwanzig Jahre jüngeren Designerin und Stylistin, mit der er weder verheiratet war noch Kinder hatte.

Die Gerüchteküche begann sofort zu brodeln. In Wahrheit habe sich L'Wren Scott nichts so sehr gewünscht wie eine Heirat und Kinder, sagte die Haushälterin Lupe Montufar, die in Los Angeles sechzehn Jahre für L'Wren Scott gearbeitet hatte, bevor die Designerin 2009 ihren Hauptwohnsitz nach New York verlegte. «Sie sagte, sie wünsche sich eine Familie, wolle das Mick Jagger aber nicht sagen, um ihn nicht unter Druck zu setzen. Irgendwann begriff sie, dass er kein drittes Mal mehr heiraten wollte. Sie wusste auch, dass er nicht treu war. Aber sie akzeptierte es, weil sie mit ihm zusammenbleiben wollte.» Mick Jagger, so Montufar, habe ihre frühere Arbeitgeberin dominiert und verändert. Bevor sie sich in ihn verliebt hatte, sei sie eine laute und sehr lustige Person gewesen, danach sei sie leiser und reservierter geworden.

Ungefähr das genaue Gegenteil erzählte der amerikanische Designer Philip Bloch nach L'Wrens Selbstmord: «Sie war bestens vernetzt. Sie hatte auch ausserhalb von Los An-

geles glänzende Kontakte. Wir hatten viele gemeinsame Kunden wie Cindy Crawford, Nicole Kidman und Mariah Carey. Sie hatte immer die Nase vorn. Ich nannte sie die «Dominatrix des Stylings». Ihr Auge und ihre Disziplin waren unglaublich. Sie hatte, lange vor «Mad Men», diese Eleganz der 1950er Jahre an sich. Noch letzte Woche sagte ich zu ein paar Leuten: «Schaut euch ihr Leben an. Ich würde gern mit ihr tauschen. Wo immer sie auftaucht, ist es grossartig und chic.» Du denkst, hier ist jemand, der wirklich alles hat. Aber im Grunde weisst du nichts.»

Die *New York Post* meldete nach L'Wrens Selbstmord, Mick Jagger habe sich einen Monat zuvor von seiner langjährigen Freundin ge-



«Grossartige Präsenz»: Jagger, Scott, 2013.

trennt. Jagers Sprecherin dementierte kategorisch: «Die Geschichte ist zu 100 Prozent unwahr. Es gibt nicht die geringste Grundlage dafür. Es ist fürchterlicher, unzutreffender Klatsch zu einer Zeit, die für Mick sehr tragisch ist.» Jagger selber, der zum Zeitpunkt von L'Wren Scotts Tod mit den Rolling Stones auf Tournee in Australien war, stellte einen Tag später ein Bild von ihr auf seine Website und schrieb: «Ich kämpfe noch immer damit, zu verstehen, warum meine Geliebte und beste Freundin ihr Leben so tragisch beenden konnte. Wir haben viele wunderbare Jahre zusammen verbracht und uns ein gutes Leben geschaffen. Sie war eine grossartige Präsenz, und ihr Talent hat ihr viel Bewunderung eingebracht, nicht zuletzt von mir. Ich werde sie nie

vergessen. Mick». Das für den 19. März in Perth geplante Stones-Konzert wurde abgesagt.

Nachvollziehbarere Gründe als die dementierte Trennung nannte L'Wren Scotts langjährige Freundin Cathy Horyn. Aussenstehende sehen immer Lösungen. Was an den Selbstmorden gesunder und scheinbar privilegierter Menschen verstört, ist die Einsicht, dass die oder der Betreffende nicht mehr in der Lage war, Auswege zu erkennen. Cathy Horyn, Modekritikerin der *New York Times*, schrieb unter dem Titel «Erinnerungen an eine Freundin, eine Lehrerin und eine Kämpferin», sie habe kurz nach Scotts Tod erfahren, dass die Designerin zwei Tage nach ihrem Selbstmord gezwungen gewesen wäre, das Ende ihres 2006 gegründeten Modelabels LS Fashion wegen Bankrotts anzukündigen. Ihre Firma hatte angeblich Schulden von über sechs Millionen Dollar.

Cathy Horyn sagt, Scotts Firma sei seit einigen Jahren auf der Kippe gewesen. «Sie hatte ein unglaubliches Arbeitsethos, wie all ihre

«Ich würde gern mit ihr tauschen. Wo immer sie auftaucht, ist es grossartig und chic.»

Freunde. Es gab nichts, wo sie nicht angepackt hätte. Das wurde ein Problem, als ihre Firma grösser wurde.» Wie viele Designer kleiner Labels kämpfte sie um zuverlässige Manager, rechtzeitige Lieferungen und pünktliche Zahlungen. Cathy Horyn schrieb ihr, sie solle sich ein Zeitlimit setzen und bis dahin entweder erfolgreich sein oder aufhören. Aber sie solle nicht ihre Gesundheit aufs Spiel setzen.

Das Mail, sagt Horyn, habe ihre Freundschaft auf eine harte Probe gestellt. Mitte Februar, als sie zum letzten Mal miteinander sprachen, sei sie erschrocken, wie niedergeschlagen und mutlos ihre Freundin geklungen habe, als sie sagte, sie müsse ihre Schau im Frühling absagen. «Ich sagte ihr, ihre Stärken seien ihr Unternehmiergeist und ihre neuen Ideen. Aber jetzt solle sie eine Pause einlegen.»

Am Abend vor ihrem Tod, schrieb Horyn in ihrem Nachruf in der *New York Times*, habe sich L'Wren Scott mit Freunden getroffen. Sie machten sich alle grosse Sorgen um sie. Aber niemand dachte an so etwas wie Selbstmord. Nicht bei ihr. Sie lebte in New York in einem Luxusapartment. Mick Jagers Vermögen



Dominatrix des Stylings: Model L'Wren Scott, 1992.

wird auf mehrere hundert Millionen geschätzt. Frauen wie Nicole Kidman, Sarah Jessica Parker und Madonna, die sich ihre Freundinnen nennen, sind unendlich reich. Was sind da sechs Millionen Dollar?

L'Wren Scott hat sehr wenige Interviews gegeben. In ihnen sagt die von Mormonen adoptierte und als Luann Bambrugh in der Kleinstadt Roy in Utah aufgewachsene Designerin Sätze wie: «Ich wurde erzogen, hart zu arbeiten, etwas zu erreichen und selbständig zu sein. Wer mit mir campieren geht, braucht sich nicht zu sorgen. Ich kann Feuer machen, Tiere schießen und sie zubereiten. Ich arbeite, wo immer ich bin. Das Alter und das Gewicht meiner Kundinnen ist sehr verschieden. Was ich will, ist, dass sie alle sexy aussehen, ohne ihre Power und ihre Würde zu verlieren.»

Jaggers Weigerung, mehr zu investieren

Die junge Frau, die schon mit zwölf einen Meter achtzig gross war und in den nächsten Jahren weitere elf Zentimeter wuchs, wusste, dass sie in Utah keine Zukunft hatte. Basketball, wofür man sie anheuern wollte, entsprach nicht ihrem Talent. Sie interessierte sich für Mode, lernte zu nähen, weil ihr jede Hose zu kurz war. Nach Abschluss der High School ging sie nach Paris, um zu modeln. Sie änderte ihren Namen in L'Wren (seltene, aber in den USA bekannte Abwandlung von Lauren) Scott, weil das weniger provinziell klang.

Als Model mit den längsten Beinen von Paris hatte sie sofort Erfolg, aber es interessierte sie nicht besonders. Sie wollte lernen, Mode zu machen, nicht modeln. Nach neun Jahren zog sie nach Los Angeles, wurde PR-Frau für Prada, entwarf Filmkostüme und wurde begehrt als persönliche Stylistin weiblicher Superstars. Simon Doonan, Kreativchef des New Yorker Nobelkaufhauses Barneys, der sie damals kennenlernte, sagt über sie: «Sie hatte enormes Charisma, war hochintelligent, glamourös, immer grossartig zurechtgemacht, echt und wunderbar schräg.»

Mick Jagger, als finanziell sehr zugeknöpft bekannt, unterstützte seine Freundin auch finanziell, als sie beschloss, eine eigene Kollektion zu wagen. Und er schenkte ihr das exquisite, 5,6 Millionen teure Apartment in New York. Wie die meist verlässliche *Daily Mail* am vergangenen Sonntag berichtete, hatte das Paar tatsächlich gestritten, nachdem Jagger erfahren hatte, dass L'Wren Scott ohne sein Wissen eine Hypothek auf das Apartment aufgenommen hatte und sie nicht zurückzahlen konnte. Er übernahm die Schulden im vergangenen Februar, sagte aber, er weigere sich, weiter Geld in ein Fass ohne Boden zu investieren. Für den Stolz einer selbstbewussten, hart arbeitenden Frau fraglos schwer erträglich. Aber ein Grund für Selbstmord? Wie gesagt, Aussenstehende wissen immer, warum das nicht nötig war. ○



Sie nennen ihn «den Deutschen»

Ist Putin ein Pragmatiker, ein Patriot oder ein Monster? Viele Deutungen gehen in die Irre. Dabei liefern Lebensweg und Taten dieses Politikers erstaunlich klare Aufschlüsse über seinen Charakter. *Von Edwin W. Grobety*

Auch wenn James Bond beharrlich diesen Eindruck vermittelt – es reicht nicht, dass ein Geheimagent trinken, flirten und auch mal fest zuschlagen kann. Die wohl wichtigste Eigenschaft eines Spions ist vielmehr Menschenkenntnis. Er muss imstande sein, hinter die Maske seines Gegenübers zu blicken, ihn auszuloten mit all seinen Stärken, vor allem aber seinen Schwächen: der Geldgier oder der Geltungssucht, der Gutgläubigkeit oder dem Groll. So überlebt der Späher seine Einsätze, und nur so rekrutiert er erfolgreich neue Kandidaten für seinen Dienst.

Wladimir Putin ging in seinen Jahren als KGB-Mann in Dresden der Ruf voraus, ein ziemlich guter Werber für den sowjetischen Geheimdienst zu sein. Unklar ist, inwieweit dies auf ein angeborenes Talent oder auf einschlägige Schulungen zurückzuführen war. Sicher ist, dass man noch Jahre später im Kreml über diese Begabung des neuen Präsidenten mit den Worten witzelte, dass die Anwerbung von Deutschlands Ex-Kanzler Gerhard Schröder als Russlands Gasmann sein Meisterstück gewesen sei.

Man kann also davon ausgehen, dass Putin sich auch heute noch ein recht gutes Charakterbild von seinen Partnern oder Gegenspielern auf der politischen Bühne machen kann. Auch ohne die Berichte seiner Analysten vermag er einzuschätzen, was Barack Obama antreibt, auf welche Schmeicheleien François Hollande hereinfällt oder wo bei Angela Merkel die Schmerzgrenze erreicht ist. Umgekehrt ist das nicht so sehr der Fall, wie die widersprüchlichen Deutungsversuche westlicher Politiker angesichts des Phänomens Putin nahelegen. Selbst US-Präsident George W. Bush dürfte nur einen mit einer Fototapete bedruckten Einwegspiegel angestarrt haben, als er seinerzeit tief in Putins Seele zu blicken glaubte. Er erkannte nichts, aber der Russe konnte seinen amerikanischen Gast umso ungestörter betrachten.

Vom Friedenspolitiker zum Buhmann

Es ist in der Tat bestürzend, ja beängstigend, dass Europäer und Amerikaner offensichtlich nicht wissen, mit wem sie es im Kreml überhaupt zu tun haben: Ist Putin ein Pragmatiker, ein Patriot oder doch ein Monster, wie seine Biografin Masha Gessen ätzte? Ist er ein

tyrannischer Alleinherrscher oder nur die Marionette von Oligarchen und Geheimdiensten? Machen ihn seine mitunter bizarren Auftritte als Sportler, Jäger, Taucher, Wegweiser für Kraniche zu einem Clown? Oder deutet es gar auf gefährliche Verhaltensstörungen hin, wie er mit seinen bescheidenen 1,72 Meter breitbeinig und schulterrundernd wie ein Preisboxer die grössten Kremlsäle durchschreitet?

Erst ein paar Monate ist es her, dass der Kremlchef im Westen noch hoch gelobt wurde für seinen «verantwortungsvollen Beitrag» zum Durchbruch im jahrzehntealten Atomstreit mit dem Iran. Nur mit Putins Hilfe könne die Welt sicherer gemacht werden, hiess es. Nun bezichtigt man denselben Mann des

Putin wuchs nicht in der Gosse auf. Seine Eltern waren Fabrikarbeiter – waschechte Proletarier.

Wahnsinns, vergleicht ihn – wie Hillary Clinton – mit Adolf Hitler oder unterstellt ihm – wie die deutsche Bundeskanzlerin – Realitätsverlust.

Offenkundig hat man in Washington, Brüssel, Berlin oder London noch immer keine Ahnung, was für ein Mann die zweitgrösste Atommacht der Erde regiert – und dies, obwohl man ihn in den vergangenen vierzehn Jahren immer wieder getroffen und mit ihm verhandelt hat. Ist er nur kühl und kalkulierend oder gefühllos und kaltschnäuzig? Ist er zuverlässig oder unberechenbar? Hat er sich womöglich selbst am besten beschrieben, als er seiner Frau Ljudmila einen Heiratsantrag mit den wenig verlockenden Worten machte: «Ich bin ein unangenehmer Mensch»? Würde bitte der echte Wladimir Putin vortreten?

Das muss er gar nicht, denn der 61-Jährige hat nie verleugnet, welches seine Ziele sind und wie er sie zu erreichen gedenkt: ein aus den Trümmern des Sowjetreiches und des nachkommunistischen Chaos wiederauferstandenes, starkes Russland, das im Ausland respektiert und gerne auch ein wenig gefürchtet wird und das daheim einem strengen, aber wohlmeinenden Führer folgt, der mit einem absoluten Minimum an demokratischem Zierat auskommt. Also in etwa so wie Peter der

«Ich bin ein unangenehmer Mensch»: Wladimir



Putin als Jugendlicher.



Sowjetischer Jedermann: Präsident Putin mit Rentieren während eines Angelausflugs in Sibirien.

Grosse, der brutal durchgreifende Neuerer-Zar, den sich Putin selbst zum Vorbild nimmt.

Der «russische Weg»

Schon in seinem ersten politischen Programm, das er zwei Tage vor dem Rücktritt von Präsident Boris Jelzin, am 29. Dezember 1999, vorlegte, hatte es Putin unmissverständlich formuliert: «Wir werden auf eine würdige Zukunft nur hoffen können, wenn wir in der Lage sind, die vielseitigen Prinzipien der Marktwirtschaft und der Demokratie organisch mit der Wirklichkeit Russlands zu

verbinden.» Mit anderen Worten: Marktwirtschaft und Demokratie haben viele verschiedene Facetten, und entscheidend ist, dass sie an die russische Realität angepasst werden. Die Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik beschrieb dies als «russischen Weg» zwischen Totalitarismus und Liberalismus unter dem Motto «Alle Macht dem Kreml». Demokratie im westlichen Sinn stand nie auf dem Programm, nicht einmal trüb und schon gar nicht lupenrein.

Die russische Realität wiederum hat Wladimir Wladimirowitsch Putin selbst durchlebt,

was einer der Gründe ist, weshalb sich die meisten Landsleute seiner Generation mit ihm identifizieren können. Er ist ein sowjetischer Jedermann, ein Durchschnittsbürger, der sich selbst einmal als «Erfolgsprodukt der patriotischen Erziehung eines Sowjetmenschen» bezeichnete. Diese sowjetische Sozialisierung ist freilich auch der Grund, weshalb Putin die nach dem Zerfall der UdSSR herangewachsene Generation nicht versteht. Menschen wie die Frauen der Rockband Pussy Riot kommen nach seinem Verständnis von einem fremden Planeten.

Im Westen führten Berichte über die ärmlichen Verhältnisse, in denen der «Rowdy» und «Strassenjunge» Wolodja im Leningrad der 1950er und 1960er Jahre aufwuchs, zu Missverständnissen. Irgendwo schwang da in den Köpfen die Vorstellung eines Problemquartiers nach Art der New Yorker Bronx mit: Drogen, Bandenkriminalität, Prostitution. Das harte Überlebenstraining von damals, so die falsche Schlussfolgerung, schlage sich eben heute in Putins Politik nieder.

Doch Putin wuchs nicht in der Gosse auf. Er war noch nicht einmal ein Kleinkrimineller wie der gestürzte ukrainische Präsident Wiktor Janukowitsch, der als Halbwüchsiger angeblich Pelzmützen aus öffentlichen Dampfbädern klaute und auf dem Schwarzmarkt verhökerte. Putins Eltern standen als Fabrikarbeiter in Lohn und Brot. Sie waren waschechte Proletarier und damit Angehörige der nominell führenden Klasse im Land. Die dreiköpfige Familie lebte in einer Gemeinschaftswohnung, wo man sich Küche, Korridor und Klo mit anderen Menschen teilen musste.

Sicher, das waren ärmliche Verhältnisse, aber in denselben ärmlichen Verhältnissen lebten fast alle Sowjetbürger in dieser Zeit, wenn sie nicht der Parteinomenklatura, der parteitreuen Intelligenzija oder der georgischen Mafia angehörten. Und auf der Strasse mussten auch die meisten Altersgenossen

Putin verfolgte den Untergang der UdSSR von der DDR aus – mit Verzweiflung und Abscheu.

Putins herumlungern, weil die Wohnungen eng und Kneipen und Discos nicht existent waren. Immerhin konnte Putin trotz der ärmlichen Verhältnisse an der Leningrader Uni Jura studieren. Ein gleichaltriger Puerto-Ricaner aus Harlem schafft es nicht so selbstverständlich nach Harvard.

Sehr viel prägender als die Kindheit waren für Putin denn auch zwei andere Faktoren: seine Aufnahme in den KGB und seine Begeisterung für Deutschland. Auch hier muss zunächst ein westliches Vorurteil ausgeräumt werden. Bei uns verbindet man mit dem sowjetischen Geheimdienst die Schergen Stalins und Leonid Breschnjews, die jede echte oder eingebilddete Opposition zum Schweigen oder in die Lager brachten. Das Gros der Sowjetbürger hingegen sieht die Tschekisten, wie sie in Erinnerung an die revolutionäre Vorgängerorganisation Tscheka genannt werden, bis heute grundsätzlich in einem positiven Licht, als Beschützer, die wachsam, diszipliniert, tapfer, aufopferungsvoll und unermüdlich für ihr Land im Einsatz sind.

Wer beim KGB war, gehörte einer Elite an. Man konnte sich nicht bewerben, wie Putin feststellen musste, als man ihn zunächst ein-

Presseschau

Wladimir Putin in Zitaten

«Ich habe vielleicht an der Universität nicht das allermeiste gelernt, weil ich in der Freizeit viel Bier getrunken habe. Aber einiges habe ich doch behalten, weil wir sehr gute Dozenten hatten.»

Über sein Studium, Mai 2005

«Wir sind ein Siegevolk, das haben wir in den Genen.»

An einer Wahlkampfveranstaltung in Moskau, Februar 2012

«Russland verhandelt nicht mit Terroristen. Es vernichtet sie.»

Nach dem Anschlag auf die Moskauer U-Bahn, Februar 2004

«Unsere russischen Frauen sind die begabtesten und die schönsten.»

Bei einem Besuch in Rom, April 2008

«Ordnung muss sein, es darf kein Chaos zugelassen werden. Wozu ein Chaos führen kann, sehen wir am Beispiel Nordafrika, wer braucht das?»

In einem Interview mit der ARD, April 2013

«Wenn er hierbleiben möchte, gibt es eine Bedingung: Er sollte mit seiner Arbeit aufhören, die darauf gerichtet ist, unseren amerikanischen Partnern Schaden zuzufügen – so merkwürdig sich das aus meinem Mund auch anhören mag.»

Zum Fall des von den USA gejagten Informanten Edward Snowden, Juli 2013

«Den sogenannten oppositionellen Demonstranten haben die Organisatoren auch mal den einen oder anderen Geldschein zugesteckt. Ist doch gut, unsere Studenten freuen sich immer, wenn sie was dazuverdienen können.»

Dezember 2011

«Ich weiss nicht, womit sie heizen wollen. Atom wollen sie nicht, Gas wollen sie nicht. Wollen sie wieder mit Holz heizen?»

Zur deutschen Energiedebatte, November 2010

«Mir hat es gefallen.»

Über den Anti-Putin-Protest von barbusigen Femen-Aktivistinnen in Hannover, April 2013

«In der Ukraine gab es die orange Revolution, deren Teilnehmer sich mittlerweile völlig diskreditiert haben. Das Land marschiert in Richtung einer harten Tyrannei.

Es wird laufend gegen die Verfassung und gegen die Gesetze verstossen. Ein Trauerspiel, wenn Sie mich fragen. Mahatma Gandhi würde sich im Grab umdrehen, wenn er solche Pseudodemokratien sehen würde.»

Juni 2007

«Wir werden niemandem erlauben, sich in unsere Angelegenheiten einzumischen oder uns seinen Willen aufzuzwingen, weil wir unseren eigenen Willen haben.»

Im Wahlkampf, 2012

«Wäre er homosexuell, würde ihm kein Haar gekrümmt.»

Über seinen Freund Silvio Berlusconi, Juli 2013

«Mir ist es vor den Bürgern nicht peinlich, dass sie mich zweimal auf den Posten des Präsidenten der Russischen Föderation gewählt haben. Diese acht Jahre habe ich geackert wie ein Galeerensklave. Von morgens bis abends, mit vollem Kräfteinsatz.»

Februar 2008

«Wer die Sowjetunion nicht vermisst, hat kein Herz. Wer sie sich zurückwünscht, keinen Verstand.»

November 2007

«Drohungen an die Adresse Russlands sind kontraproduktiv und schädlich.»

An einer Pressekonferenz, März 2014

«Die Entscheidung, die Krim der Ukraine zu übergeben, wurde 1954 mit einem offenkundigen Verstoss gegen Verfassungsnormen getroffen.»

(In einer Rede an die Nation, März 2014)

«Die Russen [auf der Krim] sind der Dauerkrise überdrüssig geworden, die die Ukraine seit mehr als zwanzig Jahren erschüttert.»

März 2014

«Der Staatsstreich in der Ukraine wurde von Nationalisten, Russophoben und Antisemiten verübt. Sie sind es, die das gegenwärtige Leben im Land bestimmen.»

März 2014

«In der Ukraine haben die westlichen Partner die rote Linie überschritten, sie verhielten sich grob, verantwortungslos und unprofessionell.»

März 2014



Stabilität und Selbstachtung: mit Veteranen während einer Militärparade in Moskau, 2012.

mal wieder heimschickte. Der Dienst bestimmte, wer ihm dienen durfte, und er wählte nur die Besten und die Klügsten aus. Was für Briten Oxford oder Cambridge, für Franzosen die ENA oder eine andere Grande Ecole, das war für Sowjetbürger der KGB. Vor allem galten dessen Mitarbeiter als unbestechlich. Bis heute rekrutiert sich Putins engster Zirkel aus ehemaligen KGB-Kollegen.

Der KGB war es auch in Gestalt seines langjährigen Chefs Juri Andropow, der schon Ende der 1970er Jahre Alarm schlug, als die UdSSR unter Breschnjew in einem Sumpf aus Korruption, Stagnation und Zynismus versank. Schwer krank und hochbetagt, beerbte Andropow den Kremlchef, doch er starb, bevor er Reformen einleiten konnte. Aber er legte die Grundlagen für Glasnost und Perestrojka, mit denen Michail Gorbatschow die Sowjetunion umkrepeln und – unfreiwillig – abwickeln sollte.

Abscheu vor den Kommunisten

Putin verfolgte den Untergang der UdSSR von der DDR aus – mit einer Mischung aus Verzweiflung und Abscheu. Mitunter schien es ihm, als ob seine Heimat «gar nicht mehr existierte»: «Sie haben einfach alles hingeschmissen und sind gegangen», urteilte er über die Zentrale in Moskau. «Das war ärgerlich.»

Zu dem Zeitpunkt war freilich auch schon die DDR an den Realitäten zerschellt, obschon gerade hier die Welt des Sozialismus im Vergleich zum Rest des Ostblocks lange in Ordnung gewesen zu sein schien. Schon immer war der SED-Staat eine Art von Vorzeigemodell gewesen. Putin und seine Landsleute wunderte dies nicht, handelte es sich doch um einen deutschen kommunistischen Staat.

Für Deutsche aber hegen Russen seit je tiefen Respekt. Beide Völker bewundern aneinander das, was sie selbst nicht haben. Deutsche geraten ins Schwärmen angesichts dessen, was sie die russische Seele nennen: die Fähigkeit, sich gleichsam in sich selbst zu verlieren, Tagträumen nachzuhängen und Pflichten zu vergessen. Eine Mischung aus Mystik, Wodka und traurigem Tschairowsky. Russen wiederum bestaunen die Disziplin, den Fleiß und vor allem die Ordnungsliebe der Deutschen. So perfekt und so neunmalklug seien die Deutschen, spottet man, dass sie sogar den Affen erfunden hätten.

Auch Putin schätzt und bewundert Deutschland und die Deutschen. Vor allem ihre Ordnung hat es ihm angetan. Er selbst beschwört sie immer wieder mit dem typisch deutschen Satz: «Ordnung muss sein.» Im Kreml haben ihm Mitarbeiter und Untergebene den Spitznamen «Nemez», der Deutsche, verpasst. In Dresden liebte er die Landschaft, die Leute und das Radeberger Bier. In Moskau schickte er seine beiden Töchter auf die deutsche Schule, seine Ehefrau arbeitete als Deutschlehrerin, und als er Appetit auf Dresdner Christstollen bekam, liess er kurzerhand einen sächsischen Bäcker einfliegen.



«Unglaublich, Sie scheinen wirklich alles über mich zu wissen.»

Die Ambivalenz der Beziehungen zwischen Russen und Deutschen hat schon im 19. Jahrhundert der Schriftsteller Iwan Gontscharow in seinem Roman «Oblomow» beschrieben. In ihm stehen sich der adelige russische Grossgrundbesitzer Ilja Iljitsch Oblomow und sein deutsch-russischer Freund Stolz gegenüber.

Putin bewundert Deutschland und die Deutschen. Vor allem ihre Ordnung hat es ihm angetan.

Willenlos, unverantwortlich, lethargisch, ja schlicht faul der eine; pflichtbewusst, diszipliniert, organisiert und fleissig der andere. Trotz aller Bemühungen gelingt es Stolz nicht, seinen Freund aus dem Morast der Untätigkeit zu reissen.

Die sogenannte *oblomowtschina*, die Oblomowerei, ist inzwischen zu einem wissenschaftlichen Fachbegriff für diese Unzulänglichkeiten der russischen Volksseele geworden. Kaum jemand durchschaut diese Schwächen seiner Landsleute besser als Putin. Man muss ihn nur beobachten, wenn er eine Baustelle, ein Projekt, eine Firma inspiziert. Nichts als pure Verachtung bringt er den um ihn herumscharwenzelnden, speichelleckenden Schranzen entgegen, die ihm eifertig das Blaue vom Himmel herunter versprechen. Er kennt seine Pappenheimer, und er weiss genau, dass ihre Versprechungen natürlich nichts wert sind. Und er zieht den seiner Meinung nach einzig gültigen Schluss daraus: Nur mit Zwang, nur mit der Knute in der Hand, lassen sich seine Landsleute vorantreiben. Was er allerdings nicht erkennt: Es war genau diese Haltung russischer Herrscher zu

allen Zeiten, die sein Volk erst geprägt hat. Wer nie Verantwortung bekommt, wird nie verantwortlich handeln können.

Ilja Iljitsch Oblomow kann man auch als eine literarische Vorlage für Boris Jelzin sehen. Putin wäre dann in der Rolle des Deutschen Stolz, der den Augiasstall ausmisten musste, den ihm sein Vorgänger und seine Kamarilla aus verbrecherischen Neuunternehmern und kleptomanischen Staatsbeamten hinterlassen hatten. Man hat es schon vergessen: Nie zuvor und nie danach war von Moskau so viel Gefahr für den Weltfrieden ausgegangen wie in den neunziger Jahren unter Boris Jelzin, dem liebevoll gehätschelten Darling des Westens. Nicht, weil ein unzurechnungsfähiger Alkoholiker den Finger am roten Knopf für die Atomraketen gehabt hätte. Die Gefahr bestand vielmehr darin, dass man zeitweise den roten Knopf verlegt zu haben schien und niemand wusste, wer damit herumspielte.

Seinem Volk hat Putin seitdem Stabilität und Selbstachtung wiedergegeben, wofür es ihm – bislang – gedankt hat. Er hätte keine Wahlen manipulieren müssen, um gewählt zu werden. Mittlerweile mehren sich allerdings die Anzeichen, dass das Verhältnis zwischen Volk und Führer abkühlt. Doch solange die Proteste nicht von der Metropole auf die Provinz überspringen, muss sich der Kreml keine ernsthaften Sorgen machen.



Mystik, Wodka, Tschaikowsky: Kaliningrad, 1985.

Ein stabiles Russland war freilich auch ein Geschenk für die Welt. Caspar Weinberger, Ronald Reagans Verteidigungsminister, hatte zwar korrekt vorhergesagt, dass die Sowjetunion mit einem Wimmern und nicht mit einem Knall zerfallen würde. Aber zum gros-

sen Krach wäre es früher oder später gekommen, wenn Putin das Abdriften des Landes in die Anarchie nicht gestoppt hätte. Der Westen freilich hat ihm für diese Leistung nie wirklich gedankt. Im Gegenteil: Er hat Russlands Schwächen ausgenutzt und das Land weiterhin auf Armeslänge ferngehalten. In Putins Augen wurde Moskau behandelt wie ein Handwerker, den man braucht, wenn etwas zu reparieren ist. Man ist freundlich zu ihm, bietet ihm auch einen Kaffee an. Aber nach getaner Arbeit weist man ihm die Türe. Nie würde man ihn von Gleich zu Gleich zum Abendessen einladen.

Russlands rote Linien

Mit seinem Vorgehen auf der Krim hat Putin dem Westen nun gezeigt, wo Russlands rote Linien verlaufen. Dazu hat er das Boot, in dem bislang alle gemeinsam recht geruhsam dahintrieben, ins Schwanken gebracht. Der Schrecken ist Europäern und Amerikanern in die Glieder gefahren. Das war durchaus bezweckt. Doch Putin will das Boot nicht kentern lassen, schliesslich sitzt er selbst mit drin. Vielleicht bemerkt das auch der Westen.

Edwin W. Grobety lebt in Moskau und ist Russlandkenner.

FM 93.6
RADIO1 DIE WELTWOCHEN

ROGER GEGEN ROGER

ON
TOUR

ZWEI STANDPUNKTE, ZWEI MEINUNGEN.
LIVE AUS DEM HOTEL SHERATON IN ZÜRICH
7. APRIL 2014 · 18:00 BIS 18:50 UHR · TÜRÖFFNUNG 17 UHR
EINTRITT CHF 15.- INKL. WELCOME-DRINK
NUR MIT ANMELDUNG UNTER TICKETS@RADIO1.CH (PLATZZAHL BESCHRÄNKT).

SHERATON
ZÜRICH



Meine Tischgespräche mit Putin

Ich traf den russischen Präsidenten mehrere Male zum Essen. Ein richtiger Staat, so liess er einmal über Weisswein und Rindsfilet fallen, müsse funktionieren «wie ein Schweizer Uhrwerk». Welchen Eindruck hinterlässt der Umstrittene im persönlichen Gespräch? Von Michael Stürmer

Putins grosses Projekt ist, wie in früheren Zeiten, Sammlung der russischen Erde und ihrer Menschen. Ich erinnere mich an eine frühe Begegnung, da gehörte er noch zum Stab des Oberbürgermeisters Sobtschak in St. Petersburg. Die Grossen und Guten des Westens sprachen im Gästehaus der St. Petersburg Stadtregierung über Russlands neue Grenzen.

Alles ging sehr gemässigt zu. Bis ein Mann im grauen Flanell zornig intervenierte: Die neuen Grenzen liessen 25 Millionen Russen ausserhalb des Mutterlandes, und ihre Zukunft sei für Russland «eine Frage von Krieg und Frieden». Es ist unwahrscheinlich, dass Putin damals einen Masterplan hatte für den verlorenen imperialen Raum, und es ist auch heute nicht wahrscheinlich. Unüberhörbar aber war, damals wie heute, dass da ein Grossrusse sprach, der nicht bereit war, das Ende der Sowjetunion für das Ende des russischen Reiches hinzunehmen auf immer und ewig.

Immer zu spät, immer mit Handschlag

Putin hat Wort gehalten, und die Welt hält den Atem an. Allerdings ist er in die Krim-Krise eher hineingestolpert. Mit Janukowitsch, den er für einen Gauner hält, hätte er lange leben können, nicht aber mit einer neuen orangen Revolution. Solche Konvulsionen haben er und der enge Kreis um ihn zu fürchten gelernt. Bei allen Begegnungen der letzten zehn Jahre kam er wieder und wieder darauf zurück. Und man mag sich erinnern. Was Zaren und Kommissare verband über die Jahrhunderte: Sie konnten es nicht ertragen, wenn jenseits ihres Machtbereichs anders gedacht und regiert wurde als in Moskau. Eine Grenze ist nur sicher, so die Erfahrung, wenn auf beiden Seiten russische Soldaten stehen.

Wladimir Putin weiss sich zu inszenieren. Immer kommt er spät und begrüsst dann jeden Gast mit Handschlag und prüfendem Blick. Er hat nicht die Angewohnheit westlicher Politiker, immer schon nach dem nächst-wichtigen Gesicht zu schielen. Nein, seine kalten Augen haben gelernt, Menschen einzuschüchtern. In Dresden wäre es kein Vergnügen gewesen, ihm gegenüberzusitzen.

Immer macht er den starken Mann. Mal an der Spitze eines Kranichzuges, um die Richtung zu weisen, mal als Taucher, der vom Boden des Schwarzen Meeres, wie das Glück es will, Amphoren aus griechischer Zeit emporholt. Mal mit Gossensprache aus dem Hinterhof; mal als Staatsmann in Nadelstreifen – so habe ich ihn zumeist erlebt, bei italienischem

Abendessen in einer der präsidentialen Residenzen, das am Nachmittag begann und spät endete: ein Mann des schnellen Gesprächs, der drohenden Andeutung, des sarkastischen Witzes. Die Weine, die serviert wurden, vom Feinsten aus italienischen Weinbergen, die Küche fein abgestimmt, der Koch wird eigens bedankt.

Mal markiert er den Kriegsherrn und mal den Friedensfürsten; mal den Dozenten für Völkerrecht und mal den Fachmann für Öl, Gas und Pipelines. Er hat eine Sicherheit im Umgang mit Zahlen und Daten, die seine westlichen Standesgenossen selten aufbringen. Kein Assistent braucht ihm einen Zettel zu reichen, keinem seiner Würdenträger schiebt Putin eine Antwort zu.

Er will den Westen auf Distanz – und noch mehr das chinesische Riesenreich, dessen Schatten über Sibirien wächst und wächst. Diese Distanz ist nicht nur geografisch gemeint, sondern auch ideologisch und politisch. Die «souveräne Demokratie» soll regieren, die «Vertikale der Macht» Kontrolle sichern. Die Oligarchen dürfen sich bereichern: Aber Politik sollen sie den Machtmenschen überlassen, den «Silowiki», die einander aus alten KGB-Tagen kennen.

Die Osterweiterung der Nato ist nicht vergeben und nicht vergessen. Putin sieht darin die Fortsetzung des sowjetischen Niedergangs mit anderen Mitteln. In der Ukraine liegt das Versprechen des imperialen Raumes, und die geopolitische Versuchung; ob er mit einer «finnlandisierten» Ukraine sich abfinden

Die Oligarchen dürfen sich bereichern: Aber Politik sollen sie den Machtmenschen überlassen.

kann – das müsste der Westen, wenn er über die Sanktionen hinausdenkt, via *back channel*-Diplomatie herausfinden. Putins beredete Klage über die Misshandlung «unserer russischen Brüder» würde gegebenenfalls die Begründung abgeben für einen militärischen Zugriff, der allerdings dann nicht so unblutig verlaufen würde wie der Fall Krim.

George W. Bush hat ihm vor einem Jahrzehnt in die Augen geblickt und, wie er berichtete, seine Seele gesehen. Andere sahen darin eher die Kälte der Macht. Wie immer es sich damit verhält, es gibt Hinweise, zum Beispiel durch die Wahl seiner Vorbilder, unter deren überlebensgrossen Bronzestatuen er seinen Schreibtisch im Kreml

hat, garniert mit Malachitgerät nach Zarenart und vergoldeten Bronzen. Da schaut Peter der Grosse, Modernisierer und Machtpolitiker, der nach Süden und Norden Krieg führte, auf ihn herab. Katharina die Grosse, die ihren Beinamen durch Eroberung der Krim gegen die Türken gewann und ihren Mann durch den Liebhaber beseitigen liess. Nikolaus I., der Gendarm Europas, der die jungen Offiziere, die aus dem Westen revolutionäre Gedanken mitgebracht hatten, nach Sibirien verfrachtete. Und endlich Alexander II., der nach dem Krimkrieg die Bauern befreite und einer Sprengfalle zum Opfer fiel.

Welche Zwiesprache wird da gehalten? Und worauf hat der Westen sich einzustellen? Das Beste daran ist immerhin, dass Stalin fehlt, wie auch die Nachfolger seitdem. Der Blick aus dem Fenster trifft auf vergoldete Sterne und Andreaskreuze und den Doppeladler, der nach beiden Seiten äugt, Ost und West. Welchem Modus der Macht ist er verpflichtet? Zu Putins System gehört die Maske, schwer deutbar zu sein für Freund und Feind. Russisches Kaleidoskop: Putin weiss es zu schütteln.

Gefangener seines eigenen Systems

Traumatisches Erlebnis, alles überschattend, ist ihm der Zusammenbruch der Sowjetunion. «Einmal Tschekist, immer Tschekist», so fühlt er sich dem untergegangenen Imperium verbunden. Der Sicherheitsapparat mit Hunderttausenden Mitarbeitern, formell und informell, ist für ihn Rückgrat des Staates, den sonst die stets drohende Anarchie der Gesellschaft zerstört. Er hat kein bürgerliches Menschenbild, er traut der Freiheit nicht. Ein richtiger Staat, so lässt er einmal über Weisswein und Rindsfilet fallen, müsse funktionieren «wie ein Schweizer Uhrwerk». Dabei weiss er nur zu gut, dass in dem Riesenland alles möglich ist, aber nicht die Schweiz.

Putin ist zu klug, um nicht zu wissen, dass er selbst und sein Herrschaftsmodus Teil des Problems ist, das er beklagt. Manchmal bemitleidet sich Putin als Sisyphos, der mit Russland und gegen Russland ringt. Putin ist der Gefangene seines eigenen Systems, die Krim-Krise kam ungeplant und unerwartet, als er sich selbst und das grosse Russland in Sotschi feierte. Jetzt treibt sie die Welt in hochgefährliche und alle überfordernde entschlossene Ratlosigkeit.

Der Publizist, Historiker und Professor Michael Stürmer lehrte bis 2003 an der Universität Erlangen-Nürnberg. In den achtziger Jahren war er politischer Berater von Bundeskanzler Helmut Kohl.



«Eine Frage von Krieg und Frieden»: Politiker Putin.



«Russensäue, Deutsche, Judenschweine»: Swoboda-Parteichef Tjagnibok.

Xenophobe, Antisemiten, Terroristen

Nationalsozialistische Politik ist in der Ukraine tief verwurzelt. Jetzt sind ultraradikale Ideologen und Schläger an der Macht beteiligt. Sie berufen sich auf die Geschichte.

Von Pierre Heumann

Harte Vorwürfe von Russlands Präsidenten Wladimir Putin an die neue Regierung in Kiew. Unter den neuen Kräften seien Faschisten und Antisemiten, radikale Elemente, die mit Mord und Terror an die Macht gekommen seien, behauptete er in seiner Rede zur Krim-Annexion. Das Kabinett, so Putin, sei «nationalradikal». Es trachte dem russischsprachigen Teil der Bevölkerung nach der kulturellen Identität, wenn nicht gar nach dem Leben.

Man könnte Putins Beschuldigungen als billigen Rechtfertigungsversuch für die Intervention seines Landes im Nachbarstaat abtun. Doch das wäre zu simpel. Denn seine Vorwürfe lassen sich nicht einfach von der Hand weisen. In der neuen ukrainischen Regierung sind Parteien vertreten, die aus ihrem Fremdenhass kein Geheimnis machen, mit Neofaschisten in Deutschland gemeinsame Ziele verfolgen und sich von dubiosen Oligarchen finanzieren lassen.

Trotzdem hat der Westen nicht lange gefackelt und der neuen ukrainischen Regierung sofort die Zusammenarbeit angeboten. Er sieht mit Fleiss darüber hinweg, dass damit rechtsradikale Kräfte legitimiert und gestärkt werden, die jetzt in Kiew, zumindest bis zu den Wahlen, an der Macht sind. Dazu gehören die ultrarechte Swoboda-Partei, der «Rechte Sektor» sowie Oligarchen, die mit lukrativen politischen Posten für ihre finanzielle Hilfe belohnt wurden.

Rechtsradikale in Schlüsselpositionen

Die Mehrheit der Ministerposten ging zwar an die Europa-orientierte Vaterlandspartei und damit an Vertraute der früheren Regierungschefin Julia Timoschenko. Als Minister berücksichtigt wurden auch Leute ohne Ideologie, sagt der Politologe Andrei Nikiforow von der Taurida-Universität in Simferopol. So

wurde ein DJ, der die Menge auf dem Maidan-Platz mit Musik unterhalten hatte, zum Kulturminister ernannt.

«Aber den Ton geben rechtsradikale Kräfte an», sagt Nikiforow. Zum Beispiel die Swoboda-Partei, die rechtsextreme Wurzeln hat und in der neuen Regierung fünf Schlüsselpositionen erhielt, so zum Beispiel die Stellvertretung des Regierungschefs. «Dass eine neofaschistische Partei wie Swoboda einen stellvertretenden Ministerpräsidenten stellt, ist wirklich neu», warnt der Extremismus-experte der schwedischen Lund-Universität, Per Anders Rudling.

So rief Swoboda-Chef Oleg Tjagnibok vor zehn Jahren seinen Anhängern zu: «Schnappt euch die Gewehre, bekämpft die Russensäue, die Deutschen, die Judenschweine und anderen Unrat!» Er beklagte sich darüber, dass sein Land von einer «moskauisch-jüdischen

Mafia» kontrolliert werde. Dann forderte er in einem offenen Brief den Präsidenten auf, «den kriminellen Aktivitäten des ukrainischen Judentums ein Ende zu setzen». Die Nummer zwei der Partei bezeichnete die Schauspielerin Mila Kunis, gebürtige Ukrainerin, «als schmutzige Jüdin». Anfang Februar warnte deshalb der Präsident des Jüdischen Komitees der Ukraine, Alexander Feldman, vor der Swoboda-Partei, «die dafür bekannt ist, ihre Reden und öffentlichen Mitteilungen regelmäßig mit Antisemitismus zu injizieren».

Wie die neuen Vertreter der Regierungspartei ihr Verhältnis zur Macht sehen, zeigte sich beispielhaft letzte Woche. Mitglieder der Swoboda-Partei – darunter auch Angehörige des Parlamentsausschusses für die Rede- und Informationsfreiheit – zwangen den Chef eines staatlichen Fernsehsenders mit Brachialgewalt, sein Rücktrittsschreiben zu unterschreiben. Sie warfen dem TV-Chef vor, die Ausstrahlung der Zeremonie erlaubt zu haben, an der Putin den Krim-Annexionsvertrag unterzeichnete. «Während wir am Maidan kämpften, zeigte der Erste Kanal nur russische Seifenoper», rechtfertigte Swoboda-Parlamentarier Juri Miroschnitschenko die Attacke, «also mussten wir den Chef beseitigen.»

Der Generalstaatsanwalt will den Fall jetzt untersuchen. Doch der prügelnde Abgeordnete hat wohl nicht viel zu befürchten. Denn der Generalstaatsanwalt ist selbst Mitglied von Swoboda.

PR-Institut nach Goebbels benannt

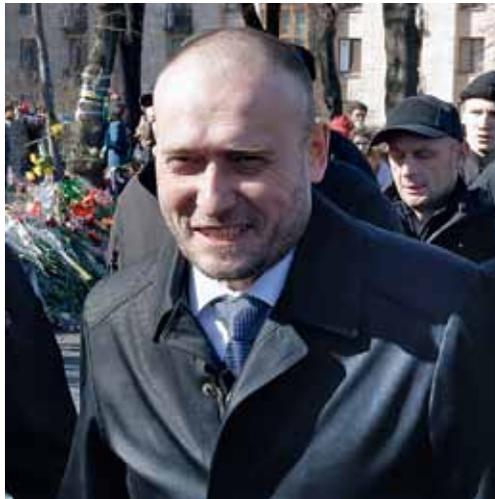
Ihre ideologischen Wurzeln hat die Partei in der Nazibewegung. Ihr Gründer Oleg Tjagnibok, ein Arzt aus Lemberg, hatte sie ursprünglich «Sozial-Nationale Partei der Ukraine» genannt. Die Anlehnung an den Namen der Nazi-Partei war Absicht und Programm zugleich. Erst als er realisierte, dass er mit der Nazi-Anspielung im Westen nicht salonfähig wäre, gab er der Partei vor zehn Jahren einen unverfänglichen Namen: Freiheits-(Swoboda-)Partei.

Doch die Ideologie tastete er nicht an. So hat ein führender Swoboda-Mann, der das parteitreue PR-Institut «Joseph Goebbels Forschungszentrum für Politik» leitet, den Holocaust als «helle Periode» in der Geschichte der Menschheit gelobt.

Ungeniert und offen sympathisiert Swoboda mit der NS-Vergangenheit. Ihr Vorbild ist ein ukrainischer Erznationalist aus dem Zweiten Weltkrieg: Stepan Bandera (1909–1959). Er hat während den 1930er und in den frühen 1940er Jahren mit den Nazis kollaboriert. Das mit Realpolitik zu erklären, als Taktik, um gegen die russische Gefahr anzutreten, wäre eine Verharmlosung. Denn ukrainische Einheiten, die dem Ruf Banderas gefolgt waren, beteiligten sich mit Eifer an der



«Seifenoper»: Parlamentarier Miroschnitschenko.



Unkontrollierte Gewalt: Rechtsextremer Jarosch.

Massakrierung von Juden und Polen. Banderas Leute, die einen homogenen Führerstaat anstrebten, beteiligten sich an vorderster Front bei der ethnischen Säuberung der Ukraine. Im von Deutschland besetzten Polen wurden sie von der Gestapo dafür ausgebildet und trainiert. Die Nazis der Ukraine waren übrigens die einzige Kriegsverbrechergruppe,

«Übe Hass und Rücksichtslosigkeit gegen die Feinde deiner Nation.»

die nach dem Zweiten Weltkrieg den Nürnberger Prozessen entging.

Bandera, ein Verfechter der «Neuen Ordnung» in Europa, hatte vor, in der Ukraine alle nationalen Minderheiten auszuschalten und eine faschistische Diktatur einzurichten. Wer keinen reinrassigen ukrainischen Stammbaum nachweisen konnte, galt als Verräter.

Bis heute ein Held

Die Art und Weise, wie Ultrationalisten die Geschichte von Bandera weisswaschen, mache die Gegenwart und die Zukunft um einiges unheimlicher, meint der Osteuropa-Experte Robert English von der University of Southern

California. Denn Bandera wird von der ukrainischen Rechten bis heute als Held gefeiert. So waren seine Bilder auf dem Maidan-Platz zu sehen. Und zu seinem 105. Geburtstag marschierten 15 000 Fans durch die Hauptstadt, viele trugen Fackeln.

Doch Swoboda ist im Vergleich zu anderen Rechtsaußen-Gruppen im neuen Kiew fast als harmlos einzustufen. Der Rechte Sektor – viele bezeichnen ihn als Schlägertruppe (die Bezeichnung bezieht sich auf seinen Standort während der Demonstrationen auf dem Maidan-Platz) – hat den gewaltsamen Umsturz der alten Regierung initiiert. Dafür wurde er belohnt: Dmitri Jarosch, der 42-jährige Anführer des Rechten Sektors, wurde vom neuen Kabinett mit dem Posten des Vizechefs des nationalen Sicherheitsrates betraut.

Doch seine Vorliebe zu unkontrollierter Gewalt hat er nicht aufgegeben. Den Rechten Sektor bezeichnet er nach wie vor als «paramilitärische Armee», deren Spezialisten auch über S-300-Raketen verfügen: «Im Falle eines Partisanenkrieges wird von jedem Haus aus geschossen», warnte er neulich in einem Zeitungsinterview.

Schüsse ins Herz

Jarosch ist in der rechtsradikalen Szene tief verankert, deren Mitglieder auf «Zehn Gebote» schwören müssen, in denen es zum Beispiel heisst: «Übe Hass und Rücksichtslosigkeit gegen die Feinde deiner Nation.» Liberale und demokratische Werte lehnen sie ab. Jarosch, der sich als «Hoffnung und Zukunft» für die Ukraine bezeichnet, spricht von einem «nationalen Kampf für die Freiheit». Der Vizechef des nationalen Sicherheitsrates hat kein Problem damit, Terrorismus einzusetzen, um seinen rechtsradikalen Zielen zum Durchbruch zu verhelfen. Wie man das macht, haben er und seine Anhänger im Tschetschenien-Krieg gelernt.

Das galt auch für Alexander Musytschko, der in der West-Ukraine den Rechten Sektor befehligte. Am Dienstag wurde er wegen «böswilligen Rowdytums und Widerstands gegen die Staatsgewalt» verhaftet. Dabei sei er mit zwei gezielten Schüssen ins Herz getötet worden. Musytschko war für seine exzessiven Gewaltanwendungen berüchtigt gewesen. Und keine Ausnahme: Bewaffnete Schlägertruppen würden nicht nur andersdenkende Bürger terrorisieren, sondern auch die Behörden und die Gerichte, warnt der Politologe Nikiforov. Damit versuchen sie, dem Land ihre rechtsradikale Agenda aufzuzwingen. Clever würden sie die Maidan-Revolution und die russische Gefahr zu ihren Zwecken ausbeuten.

Einen Erfolg haben sie bereits erreicht: Weil die Übergangsregierung zu schwach ist, um die Terror-Milizen zu entwaffnen, sollen diese jetzt in die ukrainische Nationalgarde integriert werden, die derzeit aufgebaut wird. ○



Brüssels Irrtümer

Alle Kritik ist auf Moskau gerichtet. Die strategischen Schwächen der EU werden übersehen. Die wichtigste Lehre aus dem Ukraine-Konflikt: Europa muss das Militärische wieder stärker gewichten. *Von Herfried Münkler*

Im Konflikt mit Russland ist die Europäische Union während der letzten Wochen an die Grenze ihrer Handlungsmöglichkeiten gestossen. Auf den ersten Blick hat es den Anschein, als hätten die Europäer eine schwere Niederlage erlitten. Eine Niederlage haben sie auf jeden Fall erlitten; wie schwer sie ist, hängt davon ab, was die EU aus ihr lernt. Um lernen zu können, muss man das Geschehen retrospektiv betrachten und analysieren, was man falsch und was man richtig gemacht hat, was man anders machen kann und was man in jedem Fall wieder so machen würde. Schliesslich will man nicht, um einem Kontrahenten künftig besser gewachsen zu sein, seine politische Identität ändern. Es gibt also Grenzen des Lernens und des Lernenwollens.

Naives Ausgreifen in die Ukraine

Als die EU der Ukraine ein Assoziierungsabkommen mit einer Reihe wirtschaftlicher Zusagen anbot, hat sie dies mit der deutlich geäusserten Erwartung verbunden, dass in dem Land hinfort die Bürger- und Menschenrechte besser geachtet würden. Symbol dafür war die demonstrative Besorgnis um den Gesundheitszustand der inhaftierten früheren Ministerpräsidentin Julia Timoschenko. Man ging in Brüssel davon aus, dass man dem ukrainischen Präsidenten Janukowitsch einen Tauschhandel offerieren könne: mehr Rechtsstaatlichkeit für mehr wirtschaftliche Vorteile. Man agierte, als ginge es bloss um das Administrieren von Wohlstand. Russland hatte man als strategischen Gegenspieler jedenfalls nicht auf der Rechnung. Das war naiv, denn in Brüssel hätte klar sein müssen, dass das weitere wirtschaftliche Vordringen der EU die politischen Alarmsirenen in Moskau aufheulen lassen würde. Dort nämlich hatte man beim Assoziierungsabkommen der EU nicht so sehr die wirtschaftlichen Vorteile für den südlichen Nachbarn im Auge als vielmehr den damit wachsenden politischen Einfluss «des Westens» in der Region.

Die politisch-militärische Elite in Moskau fühlte sich eingekreist und fürchtete, damit die maritime Kontrolle über das Schwarze Meer zu verlieren. Was die politische Selbständigkeit der baltischen Staaten und deren Beitritt zu Nato und EU für den russischen Einfluss im Ostseeraum zur Folge gehabt hatten, wollte man am Schwarzen Meer nicht wiederholt sehen. So drängte man zunächst Janukowitsch, das Assoziierungsabkommen mit der EU nicht zu unterzeichnen, und als der bald darauf von der

eigenen Bevölkerung gestürzt wurde, entschied man sich für die militärisch unterstützte Annexion der Halbinsel Krim, die mit dem Recht auf nationale Selbstbestimmung begründet wurde. Ob es dabei bleiben wird oder ob über kurz oder lang auch Teile der Ost-Ukraine dem russischen Staatsverband einverleibt werden, ist abzuwarten. Die Europäer jedenfalls standen für einige Zeit reichlich düpiert da: Sie hatten auf wirtschaftliche Macht als die ausschlaggebende Ressource in dem Konflikt gesetzt und wurden mit militärischer Macht konfrontiert, der sie unmittelbar nichts entgegenzusetzen hatten. Ob Putin damit tatsächlich ein erfolgreicher Coup gelungen ist, wie jetzt die Mehrheit in Russland offenbar glaubt, muss sich erst noch zeigen. Die wirtschaftliche Belastung durch die Krim dürfte das im Prinzip arme Russland auf Dauer teuer zu stehen kommen – nicht nur wegen der politischen Kosten der Annexion, sondern auch infolge des gestiegenen Gewichts militärischer Faktoren im Machtportfolio der Russen. An einer solchen Portfoliostruktur ist bereits die Sowjetunion zugrunde gegangen.

Die Probleme, die sich Putin mittelfristig mit seinem Krim-Coup eingehandelt hat, können jedoch nicht über die strategischen Schwächen der EU im Umgang mit Russland hinwegtäuschen: Die Europäer sind als die Freunde und Förderer der freiheitsliebenden Ukrainer aufgetreten, aber im Konflikt um die Krim haben sie nichts für die Ukraine tun können. Kurzfristig ist das mit einem spürbaren Prestigeverlust der EU gleichbedeutend. Man wird in Brüssel lernen müssen, dass die EU, auch wenn sie sich selbst nicht so sieht, als ein quasiimperialer Akteur wahrgenommen wird. Man muss realisieren, dass auch die von der EU betriebene Politik des friedlichen Administrierens von Wohlstand von anderen als eine Bedrohung ihrer Einflusszonen und als Eindringen in ihr strategisches Glacis wahrgenommen werden kann. Man muss diese anderen als strategische Gegenspieler auf der Rechnung haben und lernen, dass sie die EU nicht als eine attraktive Alternative zu den USA, sondern als deren Türöffner sehen. Wirtschaftlicher Einfluss kann von solchen Gegenspielern jedenfalls als eine Machtressource angesehen werden, auf die man zur Not auch militärisch zu reagieren bereit ist. Kurzum: In Brüssel muss man, wenn man sich aufs aussenpolitische Feld begibt, seine notorische Beamtenmentalität ablegen und machtpolitisch denken. Das heisst, dass zum Administrieren des



Imperialer Raum: russischer Präsident Putin

Wohlstands ein Denken in den Kategorien des politischen Kampfes hinzukommen muss.

Wie Putin die EU blamierte

Was das bedeutet, lässt sich retrospektiv am Beispiel des Ukraine-Konflikts verdeutlichen: Im Prinzip handelt es sich bei der Ukraine nicht um einen historisch gewachsenen Nationalstaat, sondern um ein multiethnisches Gebilde, wie es für postimperielle Räume typisch ist. Auf dem Balkan hat die Europäische Union in der Vergangenheit einige Erfahrungen mit solchen postimperialen Räumen gesammelt, und von

Die EU hat eine Niederlage erlitten; wie schwer sie ist, hängt davon ab, was sie aus ihr lernt.

dort stammt wohl auch das auf die Ukraine angewandte Konzept, wonach unterschiedliche ethnische Zugehörigkeiten durch die Aussicht auf gemeinsamen Wohlstand marginalisiert werden können. Dieses Konzept hat sich auf dem Balkan als Pazifizierungs-Strategie im Grossen und Ganzen bewährt, und also lag es in der Logik von «Beamtenlernen», es auch auf andere Räume zu übertragen. Dass es für einen strategischen Gegenakteur im Fall der Ukraine naheliegend war, die ethnischen Gegensätze



(Mitte) mit der deutschen Kanzlerin Merkel am G-8-Treffen in Grossbritannien, Juni 2013.

«scharf zu machen», um seinen Einfluss zu bewahren, hatte man nicht erwartet. Als die Menschen im Westen der Ukraine auf das Freiheits- und Wohlstandsversprechen der EU setzten und sich damit von Moskau abwandten, war es für Putin naheliegend, die ethnische Karte auszuspielen und sie als Legitimation für ein militärisches Vorgehen zu nutzen. In diesem Augenblick stand Brüssel blamiert da.

Man wird also lernen müssen, in Zukunft einen Plan B (oder gar einen Plan C) zu haben und politische Entscheidungen nicht von den eigenen guten Absichten, sondern von seinen Effekten her und unter Einbezug von Gegenspielern zu denken. Man wird viel stärker als bisher prüfen müssen, welche Optionen zur Verfügung stehen, wenn Gegenspieler auftreten und sich mit anderen als wirtschaftlichen Machtressourcen der administrativen Ausweitung von Einflusszonen entgegenstellen. Das wird sicherlich nicht dazu führen, dass die Europäer ihr Machtportfolio grundlegend verändern, indem sie der militärischen Macht etwa ein grösseres Gewicht einräumen. Militärische Macht spielt für die EU allenfalls defensiv, aber nicht offensiv eine Rolle. Die EU dringt in angrenzende Räume ein, indem sie Prosperität und Rechtsstaatlichkeit offeriert. Das wird auch in Zukunft so bleiben und ist die im 21. Jahrhundert allein angemessene Form staa-

tenübergreifender Einflussnahme. Aber man muss lernen, dass Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftliche Prosperität nicht nur Wohlergehen bedeuten, sondern dass es sich dabei auch um Waffen handelt, durch die sich andere herausgefordert fühlen können. Das gilt für das neue russische Selbstbewusstsein ebenso wie für einen sich durch «den Westen» in die Enge getriebenen Islamismus. Man muss die Kategorie des imperialen Raumes im Kopf haben, um umsichtig und klug agieren zu können. Auch eine Politik der Menschen- und Bürgerrechte ist eine Form imperialen Agierens. Ausschlaggebend ist hier nicht die Selbst-, sondern die Fremdwahrnehmung. Wer das vergisst, kann sich zwar mit grossen Versprechen zeitweilig viele Freunde verschaffen, wird sie dann aber regelmässig im Stich lassen.

Was die Amerikaner besser machen

Das soll und kann nicht heissen, dass die Europäer jedem gegenüber hilf- und wehrlos sind, der mit einer gewissen Risikobereitschaft die militärische Karte spielt. Die mühsam gelernete Lektion, dass diese Karte nur für begrenzte Zeit Bedeutung hat und auf Dauer teuer zu stehen kommt, muss keineswegs revidiert werden. Was jedoch revidiert werden muss, ist die Vorstellung, dass der Verzicht auf die militärische Karte den Blick für Vulnerabilität und

Vulneranz, für die Verwundbarkeit und die Fähigkeit zu verwunden, überflüssig gemacht hat. Als die Debatte über wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland begann, ist den Europäern schlagartig ihre eigene Vulnerabilität gegenüber Russland klageworden. Sie, und nicht die USA, die diese Sanktionen fordern, müssen deren Kosten tragen. Es wäre besser gewesen, wenn man über diese Verwundbarkeit früher nachgedacht hätte, ebenso wie darüber, welche Fähigkeiten man hat, andere zu verwunden, und ob man diese weiterentwickeln und wie man sie einsetzen kann.

Die USA unterscheiden sich darin von der EU, dass sie permanent über solche Konstellationen nachdenken. Die Ukraine-Krise hat gezeigt, dass sich die Europäer ihre bisherige Sorglosigkeit und Unbedachtheit nicht mehr leisten können. Wenn sie Recht und Wohlstand zukünftig nicht mehr nur als Grössen von Governance, sondern auch als solche des politischen Machtkampfs begreifen, dann war der politische Prestigeverlust, den sie jetzt erlitten haben, eine heilsame Erfahrung, fast möchte man sagen, eine Investition in politische Klugheit.

Herfried Münkler lehrt politische Theorie und Philosophie an der Berliner Humboldt-Universität.



«Putin ist kein Imperialist»

Der Göttinger Historiker Manfred Hildermeier hat eben ein Grundlagenwerk zur russischen Geschichte veröffentlicht. Hier erklärt er, wie Russland entstanden ist, wie es sich entwickelte und wie die aktuelle Regierung, die er kritisch sieht, einzuordnen ist. *Von Roger Köppel*

Wie und warum ist Russland entstanden?

Die übliche Antwort lautet: weil die in Nordeuropa ansässigen Waräger – Wikinger, Normannen – einen Wasserweg zum Zentrum der nachantiken östlichen Mittelmeerwelt, nach Byzanz, suchten. Sie fanden ihn über die Düna oder den Wolchow und den Dnjepr, der ins Schwarze Meer mündet. Hier errichteten sie seit dem 9. Jahrhundert Handelsstützpunkte und Burgen, die allmählich zu Städten wurden. Die grössten und bekanntesten waren Nowgorod im Norden und Kiew im Süden.

Welche Bedeutung hatten Kiew und die Ukraine bei diesen Ursprüngen?

Eine «Ukraine», das heisst «Randgebiet», gab es damals noch nicht. Der Begriff spiegelt die Perspektive Moskaus, wohin sich das Zentrum des Russischen Reiches seit dem 12. Jahrhundert verlagerte. Der erste russische Staat, die Kiewer Rus, entstand um Kiew herum und hatte stets ein zweites Zentrum in Nowgorod. Dieser Staat lebte primär vom Handel, nicht vom Ackerbau.

Welche Rolle spielte für die Ur-Prägung Russlands das Christentum?

Sicher eine sehr grosse. Entscheidend war dabei, dass der Kiewer Grossfürst Wladimir der Heilige 988 n. Chr. das Christentum aus Ostrom übernahm, nicht aus Westrom. Letztlich war das eine Folge der Handelsbeziehungen, die sich seit einem guten Jahrhundert entwickelt hatten. Auch der weströmische Kaiser, Otto der Grosse, hatte im Übrigen einen Emissär geschickt, der aber nicht zum Zuge kam. Die Religion folgte hier sozusagen den wirtschaftlichen Verbindungen. Diese Entscheidung hatte weitreichende, gleichsam millenare Nachwirkungen. Mit dem griechisch-orthodoxen Glauben übernahm die Rus die gesamte religiöse Literatur, die Schriften der Kirchenväter und Heiligen, die Bibelexegesen, Predigtlehren, christlichen Erbauungsbücher und anderes mehr. Die gesamte, ja nun erst entstehende Kultur war oströmisch geprägt – einschliesslich der engen «byzantinischen» Verbindung von geistlicher und weltlicher Macht (Stichwort: Cäsaropapismus) – und nahm eine andere Entwicklung als die lateinische Welt. Bekanntlich stand das russische Geistesleben bis ins späte 17. Jahrhundert ganz und gar unter dem Einfluss von Kirche und Religion. Eine weltliche Literatur und Kunst entwickelte

sich erst spät. Das hatte viel damit zu tun, dass eine Rezeption der heidnischen Antike wie im Humanismus und in der Renaissance in Westeuropa ausblieb. Stattdessen gab es eine Art griechisch-byzantinischer Renaissance, die aber eben kirchlich blieb.

Wie kam es zum Zarentum?

Die Begründung der Monarchie Mitte des 16. Jahrhunderts stand am Ende eines Prozesses, den die national orientierte Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts als «Sammlung der russischen Erde» bezeichnet hat. Gemeint ist damit die allmähliche Vereinigung, primär durch Eroberung und Annexion der Teilfürstentümer, unter der Herrschaft der Moskauer Grossfürsten. Schon vor dem Mongolensturm – das heisst der Unterwerfung durch die Reiterheere Batus, eines Enkels von Dschingis Khan, 1237–1240 – war das Kiewer Reich in kleinere Teilfürstentümer zerfallen. Dieser Vorgang der Eroberung begann im ersten Viertel des 14. Jahrhunderts unter Iwan I. und wurde von einem seiner Nachfahren in direkter Linie, von Iwan III., Ende des 15. Jahrhunderts weitge-

«Das neue Russische Reich wollte vor allem eines: Gleichrangigkeit.»

hend vollendet. Dieser Grossfürst war es auch, der das sogenannte tatarische Joch – das eigentlich keines war, sondern eine ideologische Konstruktion – endgültig abschüttelte. Nach einer Schlacht 1488 war das Gesamtreich faktisch wieder souverän. Die Zarenkrone, die sich Iwan IV. 1547 nach byzantinischem Ritual aufsetzte, brachte diese Entwicklung «nur» symbolisch zum Ausdruck.

«Zar» kommt von «Cäsar»: Weshalb dieser Bezug zum Römischen Reich?

Das war kein Bezug auf das antike Römische Reich, sondern auf das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, an dessen Spitze bekanntlich ein «Kaiser» – ebenfalls ein Cäsar – stand. Das neue Russische Reich, das um dieselbe Zeit auch wieder in den Horizont Europas eintrat, wollte vor allem eines: Gleichrangigkeit.

Gab es im Zarentum schon ein russisches Bewusstsein in Abgrenzung zum Westen?

Ja, wobei der «Westen» weder geografisch noch politisch gemeint war, sondern kirchlich-religiös. Es gab eine starke Abgrenzung

vom «Lateinertum», von der römisch-katholischen Welt, die bis an die Ostgrenze des polnisch-litauischen Staates und damit weit in die eurasische Tiefebene hineinreichte. Weissrussland war damals litauisch, die Ukraine gehörte auch östlich des Dnjeprs formal bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts zur «Adelsrepublik».

Was ist das Charakteristische am russischen Verständnis der Monarchie? War es so rückständig und antimodern, wie man sagt?

Das lässt sich so generell nicht beantworten. Was «modern» und was «rückständig» war, veränderte sich mit der Zeit. Das Moskauer Reich wurde von westeuropäischen Reisenden seit seiner Wiederentdeckung im 16. Jahrhundert als anders wahrgenommen. Das lag vor allem daran, dass es keine Stände, keinen starken Adel, keine weitgehend eigenständigen fürstlich-landesherrlichen Territorien, überhaupt kein «ständisches Mitregiment» gab, sondern stattdessen einen ausgeprägten Zentralismus. Diese «autokratische» Verfassung blieb in Russland auch bestehen, als sich in Westeuropa im Gefolge der Französischen Revolution trotz der Restauration nach der Niederlage Napoleons nach und nach Verfassungen und eine konstitutionelle Begrenzung der absolutistischen Gewalt der Herrscher durchsetzten. Das Zarenreich wurde auf diese Weise zur letzten Bastion der «Despotie» des Ancien Régime.

Iwan der Schreckliche: War er so schrecklich?

Ja, das war er, obgleich sein Beinamen anders gemeint ist und besser mit «der Strenge», «der Drohende» zu übersetzen wäre, das heisst mit einer Eigenschaft, die zu einem Herrscher gehörte. Iwan machte aber der falschen Übersetzung alle Ehre. Nach dem Tod seiner ersten Frau, der ihn tief traf, verlor er offenbar sein psychisches Gleichgewicht. Eine Neigung zu Grausamkeit, Exzessen und manifestem Sadismus, die wohl schon in seiner Jugend zu beobachten war, trat nun «ungebremst» an die Oberfläche. Es gab niemanden, der ihm hätte in den Arm fallen können, auch nicht der Metropolit, den er einsperrte und ermorden liess. Die Gräueltaten der Opritschniki, sozusagen seiner Privatsöldner, waren unbeschreiblich, und Iwan hatte seine Freude daran, ihnen zuzusehen beziehungsweise sogar zu befehlen, ihre Opfer bei lebendigem Leibe zu häuten oder zu rösten.

Peter der Grosse: Sein Reformprojekt war der Anschluss an den Westen: Ist das gescheitert?



«Machte seinem Namen alle Ehre»: Iwan der Schreckliche.



«Wollte sein Land fundamental verändern»: Peter der Grosse.



«Sah, dass die Aufklärung ihre Herrschaft untergrub»: Katharina die Grosse.



«Bei ihm würden intelligente Russen differenzieren»: Lenin.

Nein, ich würde nicht sagen, dass seine Reformen scheiterten. Sie waren oft überhasst, inkonsequent, partiell. Aber wenn man das sagt, muss man hinzufügen, dass Peter gut zwanzig Jahre lang Krieg führte, eigentlich mehr auf Feldzügen war als in Moskau und seine Anweisungen oft zwischendurch diktierte. Man muss auch sehen, dass er sein Land fundamental und in allen Bereichen, von der Armee über die Wirtschaft – eigene Schwerindustrie –, die Staatsverwaltung und die Sozialorganisation bis zur Kultur – Schulen, Buchdruck –, verändern wollte, dass dies in kurzer Zeit gar nicht möglich war. Die grundlegenden Neuerungen wurden von seiner eigentlichen Nachfolgerin, Katharina der Grossen, ein halbes Jahrhundert später fortgeführt.

Gab es eine russische Aufklärung? Worin unterschied sie sich von der französisch-deutsch-schottischen Aufklärung?

Es gab eine russische Aufklärung. Sie war französisch geprägt, aber über Deutschland vermittelt, vor allem durch die eben erwähnte Kaiserin Katharina II., gebürtige Prinzessin von Anhalt-Zerbst. Katharina war eine sehr gebildete Frau, mit Voltaire, Diderot und anderen Grössen der französischen Aufklärung korrespondierte, Theater, Kunst und Literatur förderte und die Statuten, für die sie berühmt wurde, offenbar selber verfasst hat. Zugleich war sie klug genug, zu sehen, dass die Aufklärung ihre eigene Herrschaft untergraben würde. Mit Montesquieu konnte sie sich noch abfinden, auch wenn sie die Gewaltenteilung in ihrer Hauptschrift bis zur Unkenntlichkeit umgedeutet hatte. Rousseau war für sie das, was sie später – nach 1789 – die «französische Pest» nannte. Die russische Aufklärung blieb überwiegend unpolitisch und eine Angelegenheit einer schmalen, in der Entstehung begriffenen intellektuellen Elite in den Hauptstädten.

Was waren die Unterschiede zwischen den westlichen Nationalismen und dem russischen Nationalismus im 19. Jahrhundert?

Leider gab es keine grundsätzlichen Unterschiede. Man könnte höchstens sagen, dass die «liberale» Phase des Nationalismus, von dem man gern für die Zeit vor 1848 spricht, als der Nationalismus eine Symbiose mit demokratischen Ideen einging, in Russland anders aussah. Von Liberalismus kann man sicher nicht sprechen, aber es gab in der Debatte über die Aufhebung der Leibeigenschaft (1861) eine bauernfreundliche Variante der Slawophilie. Danach allerdings war der grossrussische Nationalismus genauso minderheitenfeindlich, ausgrenzend und diskriminierend wie alle nationalistischen Ideen und Bewegungen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und der Weltkriegszeit.

Dostojewski betonte ausdrücklich die «russische Seele». Was ist darunter zu verstehen?

Russland und seine Seele kann man nach einem vielzitierten Wort eines Dichters jener Zeit nicht verstehen, man kann nur an sie glauben. Dostojewski stand ja bekanntlich den Slawophilen sehr nahe. Die «russische Seele» gehört zu den Topoi und Mythen jener Weltanschauung, die sich gern auf das Irrationale, auf Gefühl, Glauben und eine wenig hinterfragte Tradition, zurückzog, dies der vermeintlich zersetzenden, sezierenden Rationalität «des Westens» gegenüberstellte und politisch einen eigenen, autochthonen Weg propagierte. Da schwang viel Zivilisationskritik mit und eine Sehnsucht nach dem naiven, von Zweifeln nicht angelegten Glauben, den man dem russischen *muzik*, dem Bauern, zuschrieb. Die «russische Seele» gehört zum religiös aufgeladenen Nationalismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts und ist in meiner Sicht eine ziemlich leere Chiffre.

Warum brach das Zarenreich zusammen? Weshalb setzten sich die radikalsten Bolschewisten durch?

Darüber diskutieren Russlandhistoriker seit ebendiesen Ereignissen. Die Bibliotheken, die sie darüber vollgeschrieben haben – das lässt sich nicht in wenigen Sätzen zusammenfassen, zumal die Deutungen nach wie vor kontrovers sind. Die inneren Lasten, die der Erste Weltkrieg mit sich brachte, sind sicher ein wichtiger Faktor. Ich gehöre aber zu denen, die meinen, dass dies nicht die einzige und letztlich auch nicht die entscheidende Ursache war. Der Weltkrieg konnte diese Wirkung nur entfalten, weil sich seit dem Beginn

«Putin ist zum Aufräumen bestellt worden, und er hat damit tatkräftig begonnen.»

der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und teilweise auch administrativen Modernisierung in Gestalt der sogenannten grossen Reformen der 1860er und 1870er Jahre so viele Strukturprobleme angehäuften hatten, dass der nach wie vor absolutistisch-autokratische Staat sie unter diesem zusätzlichen Druck nicht mehr bewältigen konnte und zusammenbrach. Auch die liberalen Revolutionäre, die im Februar 1917 zunächst an die Macht kamen, fanden kein Rezept, um die tief gesplattene Gesellschaft – zwischen einer schmalen Oberschicht «von Besitz und Bildung» und einer breiten, verarmten Masse ebenso wie zwischen Stadt und Land – zu versöhnen und die schwere Wirtschaftskrise zu beheben. Davon profitierten die radikalen Kräfte, die die wenigen Monate ihrer Popularität nutzten, die Macht an sich rissen und sie mit äusserster Brutalität gegen zersplitterte und unklug agierende Kräfte verteidigten.



«Schreckte vor keiner Brutalität zurück»: Stalin.

Lenin, Stalin gelten heute im Westen als Grossverbrecher, zu Recht: Wie sehen intelligente Russen diese Figuren heute?

Stalin sicher eben so. Bei Lenin würden intelligente Russen differenzieren. Er ist gewiss vor keiner Brutalität zurückgeschreckt, etwa gegen die aufständischen Bauern 1919/20 oder gegen die Matrosen von Kronstadt 1921. Er hat die Tscheka nicht nur gewähren lassen, sondern zur Härte aufgefordert. Aber er war kein Stalin, er hat weder Mitstreiter erschiessen lassen noch etwas Ähnliches wie den Massenterror von 1937/38 befohlen. Zwischen Stalinismus und Leninismus sollte man kein Gleichheitszeichen setzen.

Der Westen sieht die Russen oft in der Aggressorenrolle. Tatsache ist aber: Napoleon und Hitler haben Russland angegriffen, oft war der Westen der Angreifer.

Ja, allerdings. Das «Reich des Bösen» ist ein konservatives Klischee, das durch präsidentiellen Gebrauch nicht richtiger wird. Diese Redeweise zeugt von ideologischem Denken. In der jüngeren Geschichte hat Russland westliche Staaten eigentlich nie angegriffen. Auch die Kriegserklärung zu Beginn des Ersten Weltkriegs sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die hauptsächlichen Kriegsbefürworter und -treiber in Berlin und Wien sasssen; man wollte eben der russischen Aufrüstung zuvorkommen. Ansonsten sehe ich russische Aggression «nur» gegenüber dem Osmanischen Reich, die allerdings mehrfach im 18. und 19. Jahrhundert.

Welche Spuren haben die gewaltigen Menschenopfer in der «russischen Seele» bis heute hinterlassen: Zweiter Weltkrieg, Gulag, Hungersnöte?

Sicher sehr tiefe, besonders natürlich die des Zweiten Weltkriegs. Man sollte nicht vergessen, dass die Sowjetunion die mit Abstand höchsten Menschenverluste zu beklagen hatte – die ungeheure Zahl von 27 Millionen Toten. Das «Unternehmen Barbarossa» war eben kein gewöhnlicher Krieg, kein Krieg, wie die Wehrmacht ihn in Frankreich, in Süd-



«Sah das sowjetische Erbe kritisch»: Boris Jelzin.

ost- und in Nordeuropa geführt hatte, sondern ein rassistisch-ideologisch begründeter Vernichtungskrieg. Und die alte Sowjetunion hat viel getan, um die Erinnerung daran wachzuhalten. Der Gulag wird sicher anders gesehen. Er geht auf die Rechnung des eigenen Systems.

Wie und warum kam Putin an die Macht?

Wladimir Putin ist von Boris Jelzin Monate vor seiner Abdankung, im Sommer 1999, zum Ministerpräsidenten ernannt worden. In den Jahren vor ihm hatte es viele Wechsel in der Regierung gegeben, auch dies war ein Zeichen der zunehmenden Schwäche Jelzins und des Chaos an der Staatsspitze. Ob er ihn falsch eingeschätzt hat oder ob er eben jemanden wollte, der aufzuräumen versprach – man weiss es nicht.

Wer ist Wladimir Putin?

Putin war bekanntlich Mitarbeiter des sowjetischen Geheimdienstes KGB und in dieser Funktion in der DDR stationiert, daher seine guten Deutschkenntnisse. Nach dem Zusammenbruch seines Staates und nach seiner Rückkehr hat er im Kreis eines entschiedenen Reformers, als Helfer des neu und demokratisch gewählten Bürgermeisters von Sankt Petersburg, Anatoli Sobtschak, gearbeitet. Dort hat er sich schnell einen Ruf als zupackender Organisator erworben und sich für Höheres empfohlen. Er ist dann nach Moskau geholt worden und wurde Leiter der Nachfolgeorganisation des KGB, FSB genannt. Von dort ist er ins Ministerpräsidentenamt gewechselt.

Welche Situation traf er an?

Einen chaotischen Staat und eine schwere Wirtschaftskrise, die 1998 zum Börsenkrach und zu einer rasanten Abwertung des Rubels geführt hatte. Obendrein schwelte der Konflikt mit Tschetschenien weiter. Kurz, Putin ist zum Aufräumen bestellt worden, und er hat damit ja tatkräftig begonnen. Er hat die Oligarchen weitgehend entmachtet und ihnen ihre Imperien abgenommen. Nur wer politisch folgsam bezie-

hungsweise unpolitisch blieb – wie Abramowitsch im Gegensatz zu Chodorkowski –, konnte sein Vermögen behalten. Er hat die Regionen, in denen sich manche Gouverneure als unumschränkte Provinzfürsten gebärdeten, an die Moskauer Leine gelegt, die Steuern neu geordnet und dafür gesorgt, dass auch die neue Bourgeoisie Steuern zahlte, und anderes mehr. Zweifellos hat er Ordnung geschaffen – was ihm die Mehrheit der Bevölkerung hoch anrechnet. Nur hatte diese Ordnung ihren Preis; die zivilgesellschaftliche Mitsprache und Demokratie. Die Parteien sind Kreml-hörig, die Presse ist gelenkt. Zu seinen Verdiensten zählt: Unter Putin erhöhte sich die Lebenserwartung markant. Wirtschaftlich bleiben grosse Schwierigkeiten. Russland lebt wie in der frühen Neuzeit vom Export von Rohstoffen, früher Honig und Felle, heute Güter, die man unterirdisch gewinnt. Industrielle und Unternehmer wurden in der Geschichte oft importiert, aus Deutschland, auch aus der Schweiz.

Was sind Putins grösste Fehler?

Eben die Chancen für die Entwicklung einer «aktiven Gesellschaft» – echten Meinungspluralismus und tatsächliche Demokratie sowie nicht zuletzt einen echten Föderalismus und Regionalismus, die es nach 1991 bis 1993 sicher gab – endgültig zunichtegemacht zu haben. Allerdings muss man hinzufügen, dass Jelzin ihm schon mächtig vorgearbeitet hatte. Die Verfassung gibt dem Präsidenten eine enorm starke Stellung. Als Gegengewicht brauchte sie eine starke Zivilgesellschaft, die sie aber nicht entwickeln hilft, sondern im Gegenteil eher erstickt.

Sieht er die Ukraine als Urzelle Russlands?

Nein, nicht als Urzelle, aber als unabtrennbaren Bestandteil. Man muss dazu wissen, dass die sogenannte linksufrige Ukraine, die Gebiete östlich des Dnjepr, seit 1654 zum Zarenreich gehörte. Die Kosaken, die dort lebten, hatten sich 1648 gegen ihren Oberherrn, den polnisch-litauischen König im fernen Warschau, erhoben und sich in der realistischen Einsicht, dass ihre eigenen Kräfte nicht reichen würden, dem Zaren unterstellt. Seitdem ist die Selbstverwaltung der Kosaken nach und nach ausgehöhlt worden und spätestens mit der Gouvernementsreform Katharinas II. 1775 völlig verschwunden. Nach dem Zusammenbruch des Zarenreichs hat die Ukraine zwar erneut versucht, sich zu verselbständigen. Die Bolschewiki haben sie aber 1918 erneut unterworfen. Putin dürfte sich einen russischen Staat ohne die Ukraine nicht vorstellen können.

Was bedeutet die Krim für Russland?

Ein Stück Geschichte, sogar ein Stück Souveränität und das Symbol für die Kontrolle über das Schwarze Meer. Die Krim wurde zum Siedlungsgebiet einer der «Horden», in welche die Goldene Horde Batus seit dem

14. Jahrhundert zerfiel. Dieses Krim-Khanat stand zunehmend unter dem Schutz des expandierenden osmanischen Riesens Reichs und hat, auch darauf gestützt, dem entstehenden Moskauer Reich immer wieder Nadelstiche versetzt beziehungsweise sich auf die Seite seiner Gegner geschlagen. Nach einem der zahlreichen Kriege gegen das Osmanische Reich wurde die Krim unter Katharina II. 1783 endgültig annektiert. Seitdem hat sie zu Russland gehört und wurde russisch besiedelt (mit einer tatarischen Minderheit, die bis zur Deportation unter Stalin weiterlebte). Alle Zaren des 19. Jahrhunderts haben hier ihre Sommerresidenzen gehabt, und die Generalsekretäre der KPdSU sind ihnen darin gefolgt. Die Krim wurde so etwas wie die Sonnenküste des Reiches. Hinzu kam seit Katharinas Zeiten eine wachsende strategische Bedeutung für die Kontrolle über das Schwarze Meer – immer mit Blick auf das Nadelöhr, den Bosphorus und die Dardanellen.

Wähnt sich Putin als neuer Zar? Ist er das?

Das kann ich nicht sagen, glaube es aber nicht.

Hat er sich im Amt gewandelt?

«Offenbar hat nun der KGB-Mann und autoritäre Politiker in Putin die Oberhand gewonnen.»

Ja, das würde ich so sehen. Unter Sobtschak hat er sich mit dem Ende der Sowjetunion und den Reformen arrangieren können. Das mag man heute kaum glauben. Auch Jelzins Team, dem er ja mal angehörte, dürfte westlichen Werten offen und dem sowjetischen Erbe kritisch gegenübergestanden haben. Davon ist bei Putin keine Spur geblieben. Offenbar hat nun der KGB-Mann und autoritäre Politiker in ihm die Oberhand gewonnen.

Wo liegen Ihrer Meinung nach die grössten Missverständnisse über Putin und Russland?

Ich glaube, es macht sich keiner mehr Illusionen über den «lupenreinen Demokraten».

In welche Richtung führt Putin Russland?

Wie es aussieht, in eine autoritäre, pseudo-demokratische. An der Fassade wird er festhalten, aber alles tun, um die zentrale Kontrolle und seine «gelenkte Demokratie», wie offiziös formuliert wird, zu bewahren. Ich glaube aber nicht, dass Putin aussenpolitisch auch gegenüber anderen angrenzenden Staaten aggressiv werden wird. Er sammelt das ein, was er für «russische Erde» hält. So gesehen, ist er grossrussischer Nationalist, aber kein Imperialist. Er dürfte viel zu klug sein, um sich Dauerprobleme im Baltikum, im Kaukasus oder in Mittelasien einzuhandeln. Insofern scheinen mir manche Ängste überzogen. Im Übrigen werden ihn wirtschaftliche Sanktionen des Westens schnell wieder auf den harten Boden der ökonomischen Realität in seinem Land zurückholen. >>>

Viele Russen scheinen enttäuscht, dass der Westen nicht anerkennt, dass Russland Europa von zwei Eroberern und Diktatoren mit befreite: Napoleon und Hitler. Fühlen sich die Russen eigentlich als westliche Macht?

Nein, gewiss nicht. Russland ist und bleibt gespalten, hin und her gerissen zwischen einer europäischen Zukunft und einer eigenen, autochthonen. Es ist kein Zufall, dass diese alte Diskussion des 19. Jahrhunderts zwischen «Westlern» und «Slawophilen» sofort nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wieder aufgebrochen ist.

Was bedeuten die Sanktionen und das Verhalten des Westens in der Krim-Krise heute für Russland? Wie sehen viele Russen die Rolle des Westens in dieser Situation?

Das kann ich nicht sagen. Es gibt natürlich kritische Stimmen, die der Einhaltung des Völkerrechts absolute Priorität einräumen und die westliche Reaktion unterstützen. Aber ich bin sicher, dass sie, wie auch in anderen Hinsichten, eine kleine intellektuelle Minderheit sind. Putin weiss, dass die nationalistischen Emotionen, mit denen er spielt, auch seine Gegner ansprechen.

Was glauben Sie, ist das Ziel Putins?

Ich würde mich nicht wundern, wenn er auch auf die Ost-Ukraine Druck ausüben würde, wenn nicht jetzt, dann später. Man muss nur auf die Karte schauen, um zu sehen, wie einfach das strategisch ist.

An welche historische Figur der russischen Geschichte erinnert Sie Putin?

Eigentlich an niemanden. Die historischen Kontexte sind nicht vergleichbar.

Ganz persönlich: Was empfehlen Sie als Historiker den Regierungschefs des Westens? Wie sollen sie mit Putin umgehen?

Mit ihm reden, natürlich. Russland ist eine Atommacht, man braucht Russland zur Lösung vieler Konflikte auf dieser Welt; die Wirtschaftsbeziehungen beibehalten, aber ihm den Bruch des Völkerrechts auch nicht durchgehen lassen – eine schwierige Balance sicher, aber ohne Alternative.

Was würden Sie Putin empfehlen, wenn er Ihnen eine Audienz gewährte?

Mehr Demokratie zu wagen und einzusehen, dass obrigkeitliche Kontrolle und Populismus auf Dauer keine Stabilität garantieren, dass die entstehende Mittelschicht, die er für die Prosperität seines Staates braucht, langfristig nur durch ihre Integration in Form zivilgesellschaftlicher Partizipation zu erreichen ist.



Manfred Hildermeier: Geschichte Russlands. Vom Mittelalter bis zur Oktoberrevolution. Verlag C. H. Beck, 2013. 1504 S., Fr. 70.20

Grün vor Neid

Die Amerikaner verblüfften die Russen in den neunziger Jahren mit einer technisch hochentwickelten Armee. In welchem Zustand ist das russische Militär heute? Von Martin van Creveld

In den frühen 1990ern war die russische Armee in einem katastrophalen Zustand. Acht Jahre eines verlustreichen, ergebnislosen Kriegs in Afghanistan hatten die Moral der Soldaten ruiniert und ihnen jedes Selbstbewusstsein geraubt. Und zwar so sehr, dass die Armee kaum noch als Instrument zur Durchsetzung politischer Ziele taugte und hilflos mit ansehen musste, wie das Land zerfiel. Und dann führten die Amerikaner in Kuwait auf atemberaubende Weise vor, was sie mit einer Kombination aus Sensoren, Computern, präzisionsgelenkten Marschflugkörpern und den elektronischen Systemen, die das Ganze zusammenhielten, alles schaffen konnten. Die russischen Generäle waren grün vor Neid.

Die militärisch-technische Rückständigkeit war Spiegelbild der Probleme einer zentralistischen, unbeweglichen und in vielerlei Hinsicht veralteten Rüstungsindustrie, in der die neuesten Entwicklungen auf dem Feld der Elektronik noch nicht angekommen waren. Das wiederum war Ausdruck der Schwierigkeiten einer zentralistischen, unbeweglichen und in vielerlei Hinsicht veralteten Wirtschaft.

Von russischen Drohnen heisst es, sie seien amerikanischen Modellen zwei Jahrzehnte hinterher.

Die in der damaligen DDR stationierten Truppen waren in einem derart desolaten Zustand, dass sie sich genötigt sahen, alles Mögliche zu Geld zu machen – von Offiziersmützen bis hin zu Uhren, die sowieso schon nach wenigen Wochen kaputtgingen. Und schliesslich mussten die Streitkräfte im Kampf gegen die tschetschenischen Aufständischen eine empfindliche Niederlage einstecken.

Russisches Google gibt es nicht

Und heute, im Jahr 2014? Wie die Präsenz von Tausenden von Sicherheitskräften in Sotschi zeigte, ist der Terrorismus in Tschetschenien keineswegs besiegt. Aber man hat die Lage dort mehr oder weniger unter Kontrolle. Die Wirtschaft ist noch immer nicht in glänzender Form, zumal was die Produktion von hochwertigen Konsumgütern und Elektronik angeht, die in so vielen Produkten steckt. Es gibt kein russisches Google, kein russisches Apple, nicht einmal ein russisches Samsung. Russland ist noch immer, was es schon lange ist – ein Saudi-Arabien mit einer Rüstungsindust-

rie. Aber zumindest konnte die Währung stabilisiert werden, so dass die Bevölkerung nicht mehr gezwungen ist, Tauschhandel zu betreiben.

Die grössten Fortschritte hat wahrscheinlich die Rüstungsindustrie gemacht. Nachdem sie in den späten 1990ern fast am Boden lag, ist sie nun deutlich schlanker und leistungsfähiger geworden. Sie produziert diverse erstklassige Rüstungsgüter wie etwa den modernen Panzer T-99, zwei verschiedene Ausführungen von gepanzerten Mannschaftstransportfahrzeugen und die SAM-21-Luft-Boden-Rakete. Besonders Letztere ist eine furchtbare Waffe, für die es anderswo kein Äquivalent gibt. Russische Kampffjets mögen nicht so modern sein wie die jüngsten Modelle der amerikanischen Luftwaffe, aber sie kosten auch nur ein Drittel und können daher notfalls in viel grösserer Zahl produziert werden.

Radioaktiver Staub

Die deutlichsten technologischen Schwächen bestehen auf dem Gebiet der Robotik. Von russischen Drohnen heisst es, sie seien amerikanischen Modellen zwei Jahrzehnte hinterher. Andererseits werden die Russen auf dem Gebiet der Cyberkriegsführung, wenn überhaupt, nur von den Amerikanern übertroffen. Wie Präsident Putin uns jüngst so zartfühlend in Erinnerung gerufen hat, sind die strategischen Raketentruppen ebenfalls modernisiert worden. Sie sind imstande, jeden Gegner, auch die USA, in radioaktiven Staub zu verwandeln.

Ausserdem hat die Entwicklung so vieler neuer Waffen und Waffensysteme dazu geführt, dass die Armee sich von riesigen Beständen veralteter Ausrüstung trennen konnte. Das wiederum hat zur Folge, dass die Truppenstärke von 3,5 Millionen auf dem Höhepunkt des Kalten Kriegs auf etwa eine Million reduziert werden konnte. Das zahlenmässige Verhältnis zwischen Bevölkerung und Militär beträgt ungefähr 166,6:1. Die Zahl der Wehrpflichtigen reicht bislang offenbar aus. Sollte die Geburtenrate aber weiter zurückgehen, dürfte mit ernsthaften Problemen zu rechnen sein. Verglichen mit westlichen Armeen leiden russische Soldaten noch immer unter miserablen Lebensbedingungen und brutaler Drangsalierung durch Ältere und Vorgesetzte. Aber sie haben genug zu essen, ein Dach über dem Kopf und ausreichend Material für ihre Ausbildung – was vor zwanzig Jahren alles andere als selbstverständlich war.



Spartanisches, strikt diszipliniertes Leben: russische Soldaten.

Wirklich bemerkenswert ist, wie sehr die russische Armee noch immer jahrhundertealten russischen und sowjetischen Militärtraditionen folgt. Im Gegensatz zu anderen Ländern besteht Russlands Stärke vor allem in seinen Bodentruppen, nicht in der Luftwaffe oder der Marine. Obwohl das Land so viel Territorium eingebüsst hat, ist es noch immer das grösste Land der Welt, das sich, vom Pazifik bis an die Ostsee, über neun Zeitzonen erstreckt. Aber Russland ist keine Weltmacht, und aufgrund der geografischen Gegebenheiten wird es das auch nicht so schnell werden.

Wegen des fast vollständigen Fehlens von natürlichen Grenzen ist Russland in hohem Mass auf gepanzerte und mechanisierte Divisionen angewiesen, die auf eine starke Luftunterstützung zurückgreifen können. Das Offizierskorps ist gut ausgebildet. Dass es der Armee gelang, ihre Einsätze auf der Krim praktisch ohne Blutvergiessen durchzuführen, verweist zudem auf eine erstaunliche und durchaus untypische Selbstbeherrschung. Die Soldaten führen ein spartanisches, strikt diszipliniertes Leben. Sie gehorchen, wenn auch wohl nicht allzu enthusiastisch.

Und die EU? Eine grössere militärische Konfrontation mit Russland dürfte ausgeschlossen sein, nicht jedoch russischer Druck auf einige

der neuen Mitgliedstaaten, vielleicht sogar eine bewaffnete Intervention. Selbst ohne Amerika, das seine Bodentruppen gegenwärtig reduziert und seine Luft- und Seestreitkräfte in Richtung Südostasien orientiert, hat die EU um etwa 60 Prozent mehr aktive Truppen als Russland. Punkto Bevölkerungszahl, Bruttoinlandprodukt (BIP) und technologische Ressourcen er-

Russlands Stärke besteht vor allem in seinen Bodentruppen, nicht in der Luftwaffe oder der Marine.

übrigt sich jeder Vergleich. Die EU-Mitgliedstaaten geben gegenwärtig 1,5 Prozent ihres BIP für Verteidigung aus (in Russland sind es 4,5 Prozent). 98,5 Prozent werden also für nicht-militärische Zwecke ausgegeben. Die Vorstellung, dass diese Zahl nicht ohne ökonomische und soziale Probleme auf 97,5 oder 97 Prozent reduziert werden könne, ist reichlich absurd.

Das Problem ist nicht wirtschaftlicher, sondern politischer und kultureller Natur. Alle Bemühungen, eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft auf die Beine zu stellen, sind gescheitert. Um es mit Henry Kissinger zu sagen: Die EU hat noch immer keine Telefonnummer, die man im Krisenfall anrufen könn-

te. Ganz zu schweigen von einer gemeinsamen Kommandostruktur. Die Beschaffungszyklen sind viel zu lange und komplex, die Interoperabilität der verschiedenen Streitkräfte ist höchstens bedingt gegeben. Nach jahrelang sich hinziehenden Verhandlungen sollten diese Probleme endlich angepackt werden. Wie das schon mit bemerkenswertem Erfolg im Fall des Rüstungskonzerns EADS geschehen ist.

Bürger zweiter Klasse

Vor allem aber ist in knapp siebzig Jahren nahezu vollständigen Friedens in weiten Teilen Europas eine Denkweise entstanden, die die allergrösste Gefahr im «Militarismus» sieht. Dass Soldaten ausserhalb des Dienstes kaum Uniform tragen, zeigt nur, dass sie fast schon als Bürger zweiter Klasse gelten. In Zeiten politischer Korrektheit haben sie mitunter mehr Sorge, wegen angeblicher «sexueller Belästigung» belangt zu werden, als dass sie sich auf einen Krieg vorbereiten, wie es ihre Aufgabe wäre. Diese Dinge sollten aufhören und die Selbstachtung der Streitkräfte mit aller Entschlossenheit wiederhergestellt werden. Andernfalls werden die Gesellschaften erkennen müssen, dass sie im Ernstfall schutzlos dastehen.

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork



«Im Grunde bin ich anders»: Fotografie von Modeschöpfer Karl Lagerfeld.



Der Welt-Hanseat

Von Daniele Muscionico

Chinesen feiern 2014 das Jahr des Holz-Pferdes. Deutsche feiern das Jahr des Karl Lagerfeld. Einen Modemacher, Designer, Fotografen, Exzentriker, Weltstar, Hanseaten – nennen ihn andere. Er selbst sagt über sich, dass er drei Berufe habe: die Fotografie, die Buchkunst und die Mode. Und auch bloss eine einzige Überzeugung will er teilen. Sie ist so einfach, wie alles an ihm einfach ist, einfach vom Besten: «Im Grunde bin ich anders», sagt Karl Lagerfeld über Karl Lagerfeld. Und wer könnte es besser wissen?

Lagerfelds drei Berufen widmet Deutschland also das Jahr 2014, es ist sozusagen das Jahr Lagerfeld. Denn das gab es noch nie und wird es so schnell nicht mehr geben: als Künstler, und als solchen wollen wir ihn gelten lassen – als «Legende», so im eigenen unbescheidenen Wortlaut –, wird er diesen Frühling in vier grossen Ausstellungen gleichzeitig geehrt. Zwei sind es in seiner Geburtsstadt, Hamburg, je eine ist es in München und in Essen.

Was an ihm wäre denn dieses Furioso wert? Seine Mode, die er seit 31 Jahren als Künstlerischer Direktor des Couture-Hauses Chanel macht. Seine Mode und mehr noch. Seine Zeichnungen zum Beispiel, die er für Chanel herstellt und die nun im Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe zu sehen sind. Und noch mehr, grossformatige Leinwandgobelins in Acrylfototechnik, die er für die Hamburger Kunsthalle entwarf. Das Thema hier ist ein altes Thema: die moderne Mythologie am Beispiel zweier Models, die Lagerfeld mehrere Jahre begleitet hat.

Frisch ist das und aktuell, weil anachronistisch, genauso wie ein Drittes, Lagerfelds Lebensmaxime: eine Haltung haben, Dinge tun, korrekt leben – aber bitte nicht ständig darüber sprechen. Lagerfelds Leben ist so unmodern wie die Waschmittelwerbung mit Klementine und doch so glaubwürdig, weil (offenbar) porentief rein. Karl Lagerfeld ist der Gegenpol von Bohlen, von Dieters grosser Klappe und seiner Schamlosigkeit in Quadrofonie. Karl Lagerfeld ist die Dezenz seines ewigen Vatermörderkragens: ein bisschen Sado, ein bisschen Maso, und dabei von sehr, sehr viel Unterhaltungswert.

Karl Lagerfeld: Parallele Gegensätze. Fotografie, Buchkunst, Mode. Museum Folkwang, Essen, bis 11. Mai
Feuerbachs Museen – Lagerfelds Models. Hamburger Kunsthalle, bis 15. Juni
Mythos Chanel. Museum für Kunst und Gewerbe Hamburg, bis 18. Mai
The Glory of Water. Haus der Kunst, München, 19. bis 25. März

Bestseller

Belletristik

- 1 (1) **Martin Suter:** Allmen und die verschwundene Maria (*Diogenes*)
- 2 (2) **Lukas Bärfuss:** Koala (*Wallstein*)
- 3 (4) **Frank Schätzing:** Breaking News (*Kiepenheuer & Witsch*)
- 4 (-) **Alex Capus:** Mein Nachbar Urs (*Hanser*)
- 5 (3) **Simon Beckett:** Der Hof (*Wunderlich*)
- 6 (7) **Jonas Jonasson:** Die Analphabetin, die rechnen konnte (*Carl's Books*)
- 7 (6) **John Grisham:** Die Erbin (*Heyne*)
- 8 (5) **Graeme Simsion:** Das Rosie-Projekt (*Fischer Krüger*)
- 9 (8) **Stefan Bachmann:** Die Seltsamen (*Diogenes*)
- 10 (9) **Nora Roberts:** Das Geheimnis der Wellen (*Diana*)

Sachbücher

- 1 (1) **Wolfgang Koydl:** Die Besserköner (*Orell Füssli*)
- 2 (2) **Rhonda Byrne:** The Secret – Das Praxisbuch für jeden Tag (*Arkana*)
- 3 (5) **Michelle Halbheer:** Platzspitzbaby (*Wörtersch*)
- 4 (3) **Duden:** Die deutsche Rechtschreibung (*Bibliographisches Institut*)
- 5 (-) **Jens Korte:** Rettet die Wall Street (*Orell Füssli*)
- 6 (10) **Christa Schmedes:** Cake-Pop-Set, mit Backform ... (*Gräfe und Unzer*)
- 7 (7) **Jacky Gehring:** Body Reset – Das Erfolgsprogramm (*Weltbild*)
- 8 (4) **Roger Schawinski:** Wer bin ich? (*Kein & Aber*)
- 9 (6) **Ulrich Kühne-Hellmessen:** WM 2014 – Brasilien, wir kommen! (*Weltbild*)
- 10 (-) **Guido Maria Kretschmer:** Anziehungskraft (*Edel Germany*)

Quelle: SBVV/Mediacontrol

Apropos: Gewalt als Lösung

Das «Plädoyer für die Ohrfeige» in der letzten *Weltwoche* führte zu harschen Reaktionen. «Wie kann man nur zur Gewalt aufrufen?», lautete der Tenor. Gewalt gilt heute als auszurrottendes Übel, ein ganzer Berufszweig widmet sich der «Gewaltprävention». Vor einigen Jahrzehnten war das noch anders. Im populären «Schweizer Knigge» von 1934 wurde der Kampf Mann gegen Mann propagiert: «Es gibt einfach Fälle, in denen die Pflicht eines Mannes erheischt, seine Ehre mit der Faust zu verteidigen», hiess es da. Aber schon damals zeichnete sich ab, dass diese archaische Form der Konfliktlösung langsam aus der Mode kommt. Der Autor beklagte: «Die meisten Männer der sogenannten gebildeten Schichten sind körperlichen Auseinandersetzungen nicht gewachsen. Ich halte das für einen Fehler.» (rb)

Musik

Der Hardrocker als netter Mensch

Ohne Marc Storace wäre die Rockband Krokus nie zu dem geworden, was sie ist. Neben Chris von Rohr und Fernando von Arb blieb der Sänger ein Aussenseiter. *Von Rico Bandle und Basil Bornand (Bild)*

Eine Liebesbekundung klingt anders. «Wir mussten den Pakt irgendwie eingehen», sagt Bandgründer und Bassist Chris von Rohr im Krokus-Film «As Long as We Live» über das Engagement von Marc Storace 1980. «Wir konnten nicht anders.» Storace verfügte mit seiner gewaltigen Drei-Oktaven-Stimme über das perfekte Organ für den AC/DC-lastigen Sound, den von Rohr anstrebte – er machte die spätere Weltkarriere der Solothurner Band erst möglich. Doch dem Sänger behagte von Rohrs Idee eines gradlinigen, schnörkellosen Hardrocks nicht besonders, er sah in Krokus aber die Chance, sich endlich voll auf die Musik konzentrieren zu können.

Die Beziehung zwischen Sänger und Band war ein Zweckbündnis – ein höchst fruchtbares, durch das Krokus plötzlich auf Augenhöhe mit den grossen Rockbands der 1980er Jahre spielte, aber auch ein risikobehaftetes, mit hohem Reibungspotenzial. Storace war der Frontmann, der eigentlich kein Frontmann war. Die Fäden zogen die Alphatiere Chris von Rohr und Fernando von Arb. Bis heute stehen in erster Linie sie in der Öffentlichkeit: Wenn von Krokus' fabelhaftem Aufstieg, von Ausschweifungen und Abstürzen die Rede ist, dann meist aus deren Perspektive. Wie fühlte sich der Malteser in dem Solothurner Kraftfeld?

Illegal in der Schweiz

Wir treffen uns im Bahnhofbuffet in Basel. Der kleingewachsene Rocksänger mit seinem langen Kraushaar ist zuvorkommend, sanft, anfangs eher wortkarg. Beginnt er von seinem Leben zu erzählen, gibt es kein Halten mehr. Drei Stunden lang dauert das Gespräch – und hätte der Journalist nicht aus Termingründen abbrechen müssen, es hätte noch die ganze Nacht weitergehen können.

Er erzählt von Nancy Storace, der berühmten Sopranistin und Muse Mozarts aus dem 18. Jahrhundert, die mutmasslich zu seinen Vorfahren gehört («Musik liegt in der Familie»), berichtet von seiner Kindheit mit den fünf Geschwistern auf Malta, von seiner Zeit als Sans-Papier in der Schweiz. Und natürlich von Krokus: dem Grosse Erfolg in den USA, den vielen Frauengeschichten, dem bitteren Zerwürfnis und dem grossartigen Comeback. Er schweift oft ab, muss daran erinnert werden, was gerade das Thema war. Konflikte spricht er nur auf Nachfrage an, und auch dann nur widerwillig. Der harte Rocker ist ein harmonie-

bedürftiger Mensch: «Im chinesischen Horoskop bin ich ein Hase, viel zu lieb.»

Geboren ist Storace 1951 in Sliema, einer englischsprachigen Stadt an der Nordküste Malts. Der Vater war Bauleiter in einem Architekturbüro, die Mutter kümmerte sich um die sechs Kinder. Marc sang mit dem Vater in einem gregorianischen Kirchenchor, mit vierzehn hatte er seine erste Band. Vor allem die vielen Rucksacktouristen hatten es dem Teenager angetan: Viele Hippies kamen nach Malta, mit ihnen hing er gerne herum; sie brachten die Musik der grossen weiten Welt auf die Insel, Flower-Power.

Die Insel wurde ihm bald zu klein. Mit neunzehn zog er nach London, versuchte in Bands Fuss zu fassen, arbeitete als Verkäufer in einem Laden am Picadilly Circus – bis er eine Schweizer Touristin kennenlernte. Die Beziehung dauerte nur einen Monat, durch sie kam er

«Im chinesischen Horoskop bin ich ein Hase, viel zu lieb.»

aber in die Schweiz. Via Basel und Zürich fuhr der mittellose junge Mann per Anhalter nach St. Gallen. Er sang in einer Band namens Deaf – «Wir träumten von der grossen Rock-Oper à la «Jesus Christ Superstar» –, wohnte gratis in der WG einiger Bandmitglieder, besorgte dafür den Haushalt.

Nach sieben Monaten wechselte er zu Tea, damals die bedeutendste Rockband des Landes. Die Musiker wohnten zusammen in einem Haus am Hallwilersee und im Emmental, im Keller beziehungsweise im Stall wurde geprobt. Tea war für Schweizer Verhältnisse sehr erfolgreich, spielte als Vorband von Queen oder Status Quo und tourte sogar in Grossbritannien. Bei einigen Konzerten hatte die Gruppe eine noch wenig bekannte Band aus Solothurn im Vorprogramm: Krokus. «Mir fiel vor allem ihr Gitarrist Tommy Kiefer auf, er war fantastisch, sehr bluesig», sagt Storace. Man sei nachher oft noch miteinander feiern gegangen. «Die Krokus-Leute waren besser im Partymachen als wir.»

1977 kehrte Storace zurück nach London, heiratete eine Nachtclubtänzerin und gründete eine Band, die vor allem in Pubs spielte. Nach zwei Jahren stiess er in der Londoner King's Road auf den Krokus-Manager Harry Sprenger, der nach Bühnenkleidern für die



«Es ist sinnlos, verpassten Chancen nachzutruern»: Rocksänger Storage.

Band Ausschau hielt. Eine Zufallsbegegnung, die seinem Leben einen neuen Dreh geben sollte. Die beiden tauschten ihre Telefonnummern aus. Drei Wochen später rief ihn Chris von Rohr an – die Nummer hatte er von Sprenger erhalten – und fragte ihn, ob er der neue Krokus-Sänger werden wolle. Henry Fries, der die Position hätte einnehmen sollen, sei kurzfristig abgesprungen. Storace gab seinen Job als Ansager im Flughafen Gatwick auf und startete mit der Solothurner Band. «Ich fühlte mich sofort wieder wie zu Hause.»

Storace setzte sich in ein gemachtes Nest, die Songs für das Album «Metal Rendez-Vous» waren schon geschrieben, zum Teil existierten bereits Demo-Tapes – er musste sie nur noch einüben. Von Rohrs Entscheidung, auf Storace zu setzen, erwies sich als goldrichtig: Die Platte wurde zu einem riesigen Erfolg, wurde über eine Million Mal verkauft und bedeutete den internationalen Durchbruch.

Die märchenhafte Geschichte der Solothurner Band, die zur Blütezeit des Rock 'n' Roll in Amerika grosse Hallen füllte und, umgeben von weiblichen Groupies, das Land durchquerte, nahm ihren Anfang. «Wenn die Geschichte nicht wahr ist, dann ist sie sehr gut erfunden – aber ich glaube, es ist sehr viel

«Mit Krokus ging es steil aufwärts, da wollte ich nicht gleich wieder weg.»

wahr», sagt Mundartrockler Polo Hofer im höchst sehenswerten Krokus-Film von Reto Caduff (2004).

Storace wirkt mit seinem treuherzigen Blick, als ob er selbst am meisten darüber erstaunt sei, was ihm im Leben alles widerfahren ist. Spricht man ihn auf das ausschweifende Leben während der Tournee an, will er sich fast dafür entschuldigen. «Man fühlt sich halt manchmal auch einsam, wenn man monatelang unterwegs ist.»

Auf der ersten USA-Tour staunten die Rocker aus der kleinen Schweiz noch über die grossen Hotelhallen, das weite Land, die Offenherzigkeit der Fans. «Wie die Frauen hier ausflippeten, das kannten wir in Europa nicht.» Bei der zweiten und dritten Tour kosteten sie das Rockstar-Dasein immer mehr aus, wurden übermütig. «Wir liessen uns gerne von den weiblichen Fans verwöhnen», sagt Storace. Mit seiner dichten Lockenmähne war er ein äusserst attraktiver junger Mann. Auf Tour hatte er immer dasselbe Ritual: War er unter den Leuten, trank er Wodka Orange, vor dem Schlafengehen zündete er eine Kerze an und genehmigte sich einen Cognac. Zu sehr möchte er nicht ins Detail gehen, «wegen meiner Kinder».

In der Branche fiel Storace mit seiner gewaltigen Stimme rasch auf. Nach dem Tod von



Grosse Zeit: Mark Kohler, Fredy Steady, Marc Storace, Fernando von Arb und Chris von Rohr, 1982.

AC/DC-Sänger Bon Scott tauchte in Solothurn plötzlich ein Gesandter der australischen Band auf und wollte Storace überzeugen, für ein Vorsingen nach England zu kommen. Der Malteser lehnte ab. «Wir hatten eben eine neue, computergesteuerte Lightshow angeliefert erhalten. Und ich fühlte mich wohl mit meinen Solothurner Kumpels. Mit Krokus ging es steil aufwärts, da wollte ich nicht gleich wieder weg. Zudem waren AC/DC damals für mich keineswegs gottgleich wie für Chris und Fernando.»

Rausschmiss als Wendepunkt

Die Band erreichte ihren Höhepunkt 1983 mit der «Headhunter Tour». Krokus war als Vorband mit Def Leppard unterwegs, damals die zweitgrösste US-Konzerttour, nur Michael Jacksons war noch grösser. Die Solothurner konnten ohne Bodyguards nicht mehr durch die Hotellobbys gehen, die Fans waren überall. Bei einzelnen Bandmitgliedern überbordete der Kokainkonsum.

Dann kam es zu einem Eklat, der als Wendepunkt in der Bandgeschichte verstanden werden kann. Marc Storace bestieg auf der Bühne



«Ich bin verdeckter Ermittler, heute habe ich frei.»

trotz eines Verbots Podeste, die Def Leppard vorbehalten waren. Krokus wurde aus der Tournee geschmissen, zuvor kam es in der Garderobe noch zu einem wüsten Handgemenge zwischen den Managern der beiden Bands. Storaces Version der Geschichte geht so: «Wir waren schon einige Wochen mit Def Leppard auf Tournee, plötzlich sagte man mir, ich dürfe gewisse Linien auf der Bühne nicht mehr überschreiten. Unser Manager Butch Stone redete mir ein, ich solle diese Weisung ignorieren, er werde schon dafür sorgen, dass dies keine Probleme gebe.»

Ein fataler Fehler, den ihm von Rohr noch lange übelnahm. «Mit den Bandmitgliedern von Def Leppard blieb das Verhältnis aber gut. Ich hatte am Abend des Rausschmisses noch mit Gitarrist Phil Collen eine Jamsession», sagt Storace. Die Tournee ging trotzdem erfolgreich weiter, Krokus trat als Vorgruppe von Judas Priest und ZZ Top auf, zum Teil auch selbst als Headliner mit Gary Moore als Opening Act.

Bluesrock, ohne Kompromisse

Je grösser der Erfolg, desto mehr Leute scharfen sich um die Band, die Ratschläge erteilten. «Wichtige Personen aus der Plattenindustrie sagten uns, wenn wir etwas weicher würden, abkämen vom dreckigen Motorradrock, so würden wir nicht nur Platin, sondern Doppel- und Dreifachplatin erreichen», sagt Storace. Er, der sich von den Alphetieren von Rohr und von Arb ohnehin an den Rand gedrückt fühlte, war empfänglich für die verführerischen Versprechen. Auch von Arb liebäugelte mit einem Stilwechsel. «Ihr könntet so erfolgreich sein wie Def Leppard», hiess es. Doch von Rohr liess sich nicht einlullen und blieb standhaft. Kro-



«Man fühlt sich manchmal einsam»: Storace, 1986.

kus sollte weiterhin das spielen, was die Band ausmacht: druckvollen Bluesrock ohne Kompromisse.

Der berühmte Krokus-Manager Butch Stone erhöhte den Druck, spielte die Bandmitglieder gegeneinander aus. Und hatte Erfolg damit.

Nachdem Chris von Rohr im *Blick* genüsslich alle Groupie-Sexgeschichten ausgebreitet hatte, rastete dessen alter Kumpel, der Gitarrist Fernando von Arb, aus. Der aus einer guten Familie stammende Musiker fürchtete um seinen Ruf in Solothurn, vielleicht auch um seine Ehe. Butch Stone kam der Konflikt gelegen, er packte die Chance und warf von Rohr, den widerspenstigen Krokus-Gründer, 1983 aus der Band. «Butch wollte die totale Macht», sagt Storace. Und uns versprach er grossmundig: «Now we go for platinum-pussy» (jetzt holen wir uns die Platin-Katze).

Die Band stand plötzlich mit zwei Plattenverträgen da – eine unmögliche Situation.

Chris von Rohrs Vorpreschen in der Öffentlichkeit hatte seine Bandkollegen schon früher verärgert. Der inoffizielle Bandleader hatte der Presse eigenmächtig verkündet, Krokus wechsle das Plattenlabel: von Arista zu Geffen. Die Band stand plötzlich mit zwei Plattenverträgen da – eine unmögliche Situation.

Im Krokus-Film sagt der legendäre Geffen-Manager John Kalodner, so etwas habe er in seiner Laufbahn nie mehr erlebt. Ob von Rohr oder der geldgierige Butch Stone für dieses Malaise verantwortlich war, bleibt offen. Jedenfalls kamen die Krokus-Mitglieder da-

durch zu einer denkwürdigen Sitzung beim mächtigen Arista-Chef Clive Davis, dem Entdecker von Whitney Houston, Bruce Springsteen und Janis Joplin. «Wir fuhren in den 50. Stock eines Wolkenkratzers in New York, überall waren Bodyguards. Davis schlug mit der Faust auf den Tisch und rief wütend, was wir gemacht hätten, sei das Schlimmste seit dem Holocaust», erzählt Storace. Er habe nur noch gehofft, er werde nun nicht von einem Bodyguard aus dem Fenster geworfen. Die Angelegenheit habe sie 100 000 Dollar an Anwaltshonoraren gekostet. «Aber auch hier hat uns Butch Stone wahrscheinlich hinters Licht geführt.»

Nach von Rohrs Rausschmiss lief für Storace vorerst noch alles bestens. «Wir hatten einige unserer stärksten Headliner-Konzerte, auf die mich Fans bis heute ansprechen.» Je länger, je mehr entfernte sich Krokus aber von ihrer ursprünglichen Idee, trat auf Geheiss des Managements in albernen, bunt leuchtenden Glitzerkostümen und mit blond gefärbten Haaren auf. «Da begann ich Chris zu vermissen. Fernando und ich waren wie Fähnchen im Wind, gaben meistens nach. Immer, wenn wichtige Entscheidungen anstanden, tauchte der Manager mit einem bulligen Bodyguard auf, wir liessen uns davon einschüchtern. Mit Chris wäre es vielleicht anders gekommen, wer weiss.» Die grosse Zeit von Krokus neigte sich dem Ende zu, auch wenn der Name unter dauernd wechselnden Besetzungen immer mal wieder irgendwo auftauchte.

«Ich war ihr immer treu»

Storace wohnt heute in einem Doppelseitenhaus in Oberwil im Kanton Baselland. Eigentlich würde er lieber noch weiter draussen auf dem Land wohnen, in einem freistehenden Haus mit vielen Tieren. «Leider war das nicht möglich.» Seit 23 Jahren ist er in zweiter Ehe mit Cornelia verheiratet – «Ich war ihr immer treu» –, hat zwei Kinder, Giuliana, 19, und Luca, 21. Dass Krokus 2010, nach 27 Jahren, wieder zusammengefunden hat, empfindet er als grosses Glück. «Es ist einfach geil.» Die alten Krokus-Rocker liebäugeln sogar damit, auf eine Nostalgietour durch Amerika zu fahren.

Neben Krokus verfolgt Storace noch andere Projekte. Letzten Sonntag sang er zum Beispiel im Rahmen von «Rock Meets Classic» im ausverkauften Hallenstadion mit einem Sinfonieorchester. Da konnte er das ausleben, was ihm bei Krokus verwehrt geblieben ist: das grosse Pathos reinbringen und sanfte Balladen singen («Das gibt Hühnerhaut»).

Er blickt zufrieden auf das Erreichte zurück. «Es ist sinnlos, verpassten Chancen nachzutruern.» Mittlerweile habe er auch den AC/DC-Sound richtig gern bekommen. «Die Australier gehören heute ebenfalls zu meinen Top-Liebingsbands.»

Krokus

Rostfreier Stahl

Das neue Live-Album.

Von Roger Köppel

Diese Band durchlebte alle Höhen und Tiefen. Sie spielte in den frühen achtziger Jahren in den USA vor Zehntausenden von Fans und füllte das Zürcher Hallenstadion. Der grosse Durchbruch schien in Griffnähe, doch der Zug entgleiste bei voller Fahrt. Es kam zu Streit und rasenden Umbesetzungen. Ein reptilienhafter US-Manager spielte beim Niedergang eine Hauptrolle. Am Ende driftete das Schweizer Hardrockwunder Krokus wie ein erloschener Stern durchs All, unsterblich, tragisch, untot, bis sich die Ur-Gründer, Chris von Rohr und Fernando von Arb, vor rund fünf Jahren wieder zusammenraufte und ein erstaunliches Comeback mit zwei hervorragenden Studio-Alben hinlegten.

Die neue Live-CD «Long Stick Goes Boom» ist die Tonspur dieser Renaissance. Der Titelsong markierte 1982 den hymnischen Aufbruch in die Stratosphären des Rock. Noch heute ist diese Nummer ein faszinierendes Monument des Selbstvertrauens, eine derart brillant arrangierte Form von Lärm, dass man sich wehmütig fragt, was aus dieser Band hätte werden können, wenn sie diesem Kurs stur treu geblieben wäre. «Long Stick Goes Boom» gilt unter Fans als das beste Lied, das die australische Übergruppe AC/DC nie geschrieben hat.

Doch es gibt noch mehr auf diesem ausgezeichneten Live-Album zu hören. Hardrock ist als Genre der Versuch, ein Höchstmass an Energie aus möglichst wenig Tönen zu pressen. Die Kunst des Weglassens macht auch hier den Unterschied. Von Rohr und von Arb haben diese Methode auf ihre späteren Tage zur Meisterschaft entwickelt.

Die Band ist in Hochform. Sänger Marc Storace, mittlerweile über sechzig, scheint über Stimmbänder aus rostfreiem Stahl zu verfügen. Die Gitarristen Mandy Meyer und Mark Kohler schichten luftdichte Akkord-Kathedralen aufeinander. Als Glücksgriff erweist sich der junge Schlagzeuger Flavio Mezzodi mit seinem federnen Bodybuilding-Ansatz.

Fazit: Diese Band liefert unvermindert Hardrock der obersten Hubraumklasse. Man sollte sich diese unverwüstlichen Zeitzeugen ihrer eigenen Wiederauferstehung anschauen, ehe sie endgültig von der Bühne steigen.

Krokus: Long Stick Goes Boom. Produziert von Chris von Rohr. Sony Music, Columbia, 2014

Top 10

Knorr's Liste

1	12 Years a Slave	★★★★★
	Regie: Steve McQueen	
2	Mr. Peabody & Sherman	★★★★★
	Regie: Rob Minkoff	
3	Philomena	★★★★★
	Regie: Stephen Frears	
4	American Hustle	★★★★★
	Regie: David O. Russell	
5	Finsterworld	★★★★☆
	Regie: Frauke Finsterwalder	
6	August: Osage County	★★★★☆
	Regie: John Wells	
7	The Grand Budapest Hotel	★★★★☆
	Regie: Wes Anderson	
8	Dallas Buyers Club	★★★★☆
	Regie: Jean-Marc Vallée	
9	Der Goalie bin ig	★★★★☆
	Regie: Sabine Boss	
10	Lone Survivor	★★★☆☆
	Regie: Peter Berg	

Kinozuschauer

1 (-)	Need for Speed	20 633
	Regie: Scott Waugh	
2 (-)	100-Year-Old Man Who Climbed ...	18 032
	Regie: Felix Herngren	
3 (3)	The Grand Budapest Hotel	12 406
	Regie: Wes Anderson	
4 (4)	Mr. Peabody & Sherman	11 891
	Regie: Rob Minkoff	
5 (1)	300: Rise of an Empire (3-D)	10 868
	Regie: Noam Murro	
6 (2)	Non-Stop	9045
	Regie: Jaume Collet-Serra	
7 (9)	Petterson & Findus	8499
	Regie: Ali Samadi Ahadi	
8 (5)	August: Osage County	6035
	Regie: John Wells	
9 (-)	Der Goalie bin ig	5664
	Regie: Sabine Boss	
10 (-)	Lone Survivor	5473
	Regie: Peter Berg	

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband;
Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (-)	Die Tribute von Panem (Impuls)
2 (1)	Thor – The Dark Kingdom (Disney)
3 (-)	Captain Philips (Sony)
4 (2)	Gravity (Warner)
5 (3)	Achtung, fertig, WK (Impuls)
6 (4)	Ender's Game (Rainbow)
7 (-)	Blue Jasmine (TBA)
8 (-)	The Counsellor (Rainbow)
9 (5)	Wolkgig mit Aussicht ... (Sony)
10 (7)	Prisoners (Ascot Elite)

Quelle: Media Control



Knopf im Ohr: Theodore (Joaquin Phoenix) in «Her».

Kino

Robinson im Datentaumel

«Her», die Liebesromanze zwischen einem einsamen Mann und einer digitalen Frauenstimme, bleibt ein Monolog.
Von Wolfram Knorr

Geht's um pure Leidenschaft und Liebe, ist das Kino immer eine heftige Steigerung des Lebens, nie ein Spiegelbild von ihm. Da glühen dann die Gefühle so heiss, dass die Bilder in Technicolor erleuchten. In den alten Lovestories gab es keinen Sex. Als er sich unvermeidlich durchsetzte, rückte die romantische Liebe dafür in die Ferne, wie in «Sleepless in Seattle» (1993). Da glühte der Äther, loderte es im Radio. Beide (Meg Ryan und Tom Hanks) kennen voneinander nur die Stimme. Sie lebt in Baltimore und liebt «An Affair to Remember» (1957) mit Cary Grant, weshalb sie die warmherzige Stimme des Mannes nur mit Grant identifizieren kann; er wohnt in Seattle und kann nicht schlafen. Wenige Jahre später, in «You've Got Mail» (1998), rückt die Liebe auf die sogenannte Datenautobahn, in den Computer: Das Paar liebt sich per E-Mail. Der Liebesfilm, von der Mobilität bis zur Elektronik, entfernte sich vom Leben. Die (Kino-)Blicke (das heisse Begehren) wurden auf Radio, Telefon, Computer gelenkt. Aber immerhin waren die Partner, wenn auch getrennt, noch vorhanden.

In Spike Jonzes «Her» («Being John Malkovich») bricht ein Partner weg, und mit ihm gleich die Gegenwart. Die hat sich samt romantischer Gefühle in eine Zukunft voll knochenheller Wolkenkratzer geflüchtet, cleaner Strassen und Terrassen, mit einem warmen, in

den Wohnungen rötlichen Dämmer überzogen wie mit einem Schleier. In diesem Ambiente lebt Theodore (Joaquin Phoenix) und schreibt als Angestellter eines seltsam der Nostalgie verpflichteten Unternehmens persönlich gestaltete Briefe – vor allem Liebesbriefe – für zahlende Kunden. Er gehört zu den einfühlsamsten Schreibern, vielleicht weil er so einsam ist wie ein Robinson Crusoe im digitalen Ozean. Ein neues Betriebssystem namens «Samantha», das ihm als eigenständige Persönlichkeit angepriesen wird, bietet Rettung aus der Einsamkeit. Denn hinter «Samantha» steckt eine verführerische, einfühlsame weibliche Stimme (Scarlett Johansson), die ihn sofort bezaubert. Sie hat Humor, Verständnis, Sensibilität und scheint sich ganz alleine ihm zu widmen, ordnet seinen E-Mail-Verkehr, gibt Tipps, diskutiert mit ihm über seine Probleme und ist über einen Knopf im Ohr immer erreichbar. Es dauert nicht lange, und Theodore hat sich hoffnungslos in sie verliebt.

Das amerikanische Kino war und ist seit je eine Kunst der Körper, der Oberfläche und eben der Blicke, die in Romanzen zum Wichtigsten gehören. Was aber will ein Melodram noch erzählen, wenn sich Zuneigung in Elektronik verflüchtigt? Wenn es nur noch einen Partner gibt und der andere nur eine Stimme ist, gebaut aus Nullen und Einsen? Im Film ge-

hört nun mal zu jedem Bewusstsein ein Körper. Kann eine Lovestory mit nur einer physischen Präsenz noch funktionieren? Jonze hilft sich aus dem Dilemma, indem er seinen Helden dann doch mit einem sozialen Umfeld ausstattet: Nachbarn, Freunden, Kollegen und sogar einer Frau, die «Samantha» ihm zuführt, damit er Sex hat. Aber Theodore will das nicht, er sucht etwas anderes – aber was? Die Grenze zwischen ihm und der Digitalexistenz wird filmisch nicht vermittelbar, bleibt Behauptung; und die kann auch der grossartige Joaquin Phoenix als eine Art Robinson im Damentaukel nicht überwinden. ★★★☆☆

Weitere Premieren

The Return of the First Avenger — Die Rächer aus der Marvel-Wohngemeinschaft gehen bekanntlich längst eigene Wege («Iron Man», «Thor» etc.), wie das eben in Boygroups so ist. Ausserdem dient's dem Geschäft. Manche aber können noch nicht so recht auf eigenen Beinen stehen wie Captain America, dem die Black Widow (Scarlett Johansson) und The Falcon (Anthony Mackie) zur Seite stehen. *Bad guy* «Bucky» Barnes (Sebastian Stan), ein alter Kumpel aus Captain Americas Militärzeit, dem das Gedächtnis rausgenommen wurde, muss wieder mit Gedanken gefüllt werden. Robert Redford ist der hinterhältige Drahtzieher. Von allen Comic-Heroen gehört diese



Irr: «The Return of the First Avenger».

Fragen Sie Knorr

Wird eigentlich mit der Digitalisierung, den Trickereien am Computer, der Beruf des Stuntmans überflüssig? H. G., Solothurn



Nein, ganz und gar nicht. Mal abgesehen davon, dass die Pixeleien am Computer, die Kämpfe, Stürze, Explosionen et cetera mit realen Menschen darstellen, alles andere als bil-

lig in der Herstellung sind, fehlt ihnen immer noch das Wirkliche. Es gibt eine Menge Gründe, warum Stuntmen nicht aussterben werden: von TV-Produktionen, die sich die

Truppe zu den irrsten, und die Story ist adäquat bescheuert, mit herrlichen Crashszenen und Hirnstillstands-Dialogen. Beispiel: «Wie erkennen wir die Guten und die Bösen?» Captain America: «Die zuerst schiessen, sind die Bösen.» Alles klar. ★★★☆☆

Win Win — Paul Girard (Jean-Luc Couchard), Bürgermeister von Delémont, organisiert mit



Wahre Geschichte: Couchard in «Win Win».

seinem chinesischen Freund Liu (Xiaoxing Cheng), der als Uhrenfabrikant im Jura lebt, das Halbfinale der Miss-China-Wahl in der Schweiz, weil er sich davon einen medienwirksamen Karrieresprung verspricht. Hintergrund der turbulenten Komödie von Claudio Tonetti ist eine wahre Geschichte. Die hätte das Zeug zu wildem Humor. Leider ist der viel zu bieder geraten. ★★★☆☆

Neuland — Junge Migranten und ein ungewöhnlicher Lehrer, der es sich zur Aufgabe macht, jungen Menschen neue, zukunfts-trächtige Perspektiven zu vermitteln: Sie kommen aus Afghanistan, Pakistan, Albanien und drücken in Basel die Schulbank. Anna Thommen porträtierte die tolle Konstellation des kauzigen Lehrers Zingg und seiner Schutzbefohlenen, denen er sich liebevoll widmet. Auch wenn man über die Erfolgsquote kaum etwas erfährt, ist der Film ein emotionales und informatives Dokument. ★★★☆☆

Hightech gar nicht leisten können, bis zu Stars, die unbedingt ihrem Publikum zeigen wollen, dass sie keine Doubles brauchen. Tom Cruise etwa möchte noch immer beweisen, dass er identisch mit seinen Actionrollen ist. Stimmt häufig nicht ganz, aber das «Echtheits-Zertifikat» ist wichtig. Er turnt ja wirklich herum, auch wenn es nur in einem Studio ist.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Jazz

Die leuchtenden Schatten des Gitarristen

Von Peter Rüedi

Es gibt viele Gründe, Theo Kapilidis, den griechischen Gitarristen, der seit 1991 in der Schweiz lebt, zu übersehen respektive zu überhören. Zum einen ist er einer, der kein grosses Gedöns von sich hermacht. Und dann spielt der 53-Jährige eine Musik, die sich zunächst anhört wie gut abgehangener Mainstream. Ihre Finessen muss ich als Hörer erst entdecken, nicht anders als im Fall des grossen Jim Hall, der auch erst nach Jahrzehnten in seiner vollen Statur in der Jazz-Landschaft wahrgenommen wurde. Auch Kapilidis ist ein Liebhaber des Halbschattens, des feinziselierten Details, der patinierten Brillanz. Doch wer dafür erst einmal seine Anklangsnerven aktiviert hat, mag von diesem Understatement nicht mehr lassen. Den paradoxen Titel seiner jüngsten CD, «Bright Shadows», hat er mit Bedacht gewählt. Es ist dieser raffinierte Hintersinn, der seine ganze Musik ausmacht, und auch dass das letzte Stück der Scheibe «Mr. Evans» gewidmet ist, Mr. Bill Evans, versteht sich, der vor Zeiten mit Jim Hall *alone together* zwei epochale Duo-LPs eingespielt hat («Undercurrent» und «Intermodulation»), ist ein programmatischer Bezug: Kapilidis ist nicht auf den wohlfeilen Effekt aus, seine Überraschungen sind eher von der Art, dass sie den Hörer im Nachhall erreichen und der sich fragt: «Was war das denn? Hab ich das richtig gehört?»

Kapilidis, der in den achtziger Jahren an der Berner Swiss Jazz School studierte (beim weiterhin vergessenen Gitarristen Ira Kriss), ist inzwischen selbst Lehrer (an der Zürcher Hochschule der Künste). Für «Bright Shadows» hat er drei Musiker ins Studio gebeten, die unter sich viel miteinander gearbeitet haben: den Drummer Colin Stranahan und den Bassisten Rick Rosato aus New York und vor allem den Altsaxofonisten Will Vinson, einen gebürtigen Briten, der seit vielen Jahren in New York lebt und zu den stärksten Stimmen auf seinem Instrument gehört; er reisst das Quartett aus den Zonen des verschattet melancholischen Interplays ins hellere Licht eines inspirierten Neo-Bop jenseits aller Klischees. Eine besonders schöne CD.



Theo Kapilidis (feat. Will Vinson, Rick Rosato, Colin Stranahan): Bright Shadows. Unit Records 4452

Ehrensache

Glamouröse Gala des Casinotheaters Winterthur; «Funky Swiss Alphorn» in einem Zürcher Schulhaus. Von *Hildegard Schwaninger*



Gastgeber in Winterthur: Giacobbo, Müller.

Das Casinotheater Winterthur hat keine staatliche Unterstützung, deshalb ist der Goodwill privater Sponsoren überlebenswichtig. Wie tatkräftig die Wirtschaftselite hinter dem Kabarett- und Kleinkunsttheater steht, zeigte sich an der Gala, mit der das Zehn-Jahre-Jubiläum der von **Viktor Giacobbo**, **Patrick Frey** und **Mike Müller** gegründeten Bühne gefeiert wurde. Es war ein voller Erfolg, 50 000 Franken waren ein Glanzresultat, sie werden für die Nachwuchsförderung verwendet sowie für die neue Eigenproduktion «Achtung Schwyz».

360 Gäste sassen im vollbesetzten Zuschauerraum. Unternehmer **Thomas Matter** und seine Frau **Marion** unterstützen das Casinotheater aus Überzeugung, «weil dieses eine Privatinitiative ist, die sich nicht vom Staat unterstützen lässt und nicht Subventionen im zweistelligen Millionenbereich bezieht wie andere Kulturinstitute». Anwesend waren auch Sulzer-CEO **Jürgen Brandt**, der neue Economiesuisse-Chef **Heinz Karrer**, **Valentin Vogt**, vom Arbeitgeberverband, Swiss-VR **Bruno Gehrig**, Raiffeisen-Boss **Pierin Vincenz** mit Ehefrau **Nadja Ceregato** und Wicor-Chefin **Franziska Tschudi**, Casinotheater-Unterstützerin der ersten Stunde. Die Wirtschaftsvorzeigefrau sah super aus in einem Kleid von Dior. Es sei ihr Hochzeitskleid, sagte sie, und ihr Mann **Thomas Sauber**, ein Cousin von Formel-1-Rennstallboss **Peter Sauber**, meinte

scherzend: «Ich kann es bestätigen, dass sie das Kleid bei der Hochzeit getragen hat, denn ich war dabei.» Ständerätin **Christine Eggerszegi-Obrist** kam wie jedes Jahr treu an die Casinotheater-Gala, auch Ständerat **Claude Janiak** war da sowie der frühere Winterthurer Stadtpräsident **Ernst Wohlwend**. Ein stimmiger, schwungvoller Abend!

Die Sängerin **Vera Kaa** und Ex-Acapickel **Denise Geiser** bedienten die Garderobe, der opulente Blumenschmuck mit Magnolien war der alten Industriestadt Winterthur würdig. Es gab



Thomas Sauber, Franziska Tschudi.

Austern, Moules und Entrecôte, kulinarische Highlights aus dem Maghreb; der Champagner Perrier-Jouët floss reichlich, auch der Réserve blanc von **Peter Wildbolz** aus dem Languedoc.

Wer den Eintrittspreis von 450 Franken hinlegte, wurde reichlich belohnt. Showblocks gab es unter anderem von hochdotierten Künstlern wie dem Hitziger Appenzeller Chor, Erfinder **Stefan Heuss**, der stets finster dreinblickenden Slam-poetin **Hazel Brugger**.

Hausherr **Viktor Giacobbo** ging von Tisch zu Tisch, begrüßte alle Gäste und dankte ihnen, dass sie da waren. Das war grossartig und sorgte für viel Sympathie. Auch der seit der TV-Serie «Der Bestatter» zum Topstar avancierte **Mike Müller** liess sich leicht in ein Gespräch verwickeln. Es war wie ein grosses Familienfest. Es sah aus, als wäre jeder glücklich, hier sponsern zu dürfen.

Die Zürcher Kantonalbank schenkte ihren Kunden einen schönen Abend. Sie lud zum Kulturevent «**Eliana Burki & iAlpinisti**» ins Schulhaus Hirschengraben am Rand der Zürcher Altstadt. An zwei Abenden erschienen je etwa 180 Kunden. Mittendrin der Schriftsteller **Adolf Muschg** mit seiner Frau (auch Intellektuelle kommen um das Thema Geld nicht herum). Die Gäste wurden von ihren persönlichen Bankbetreuern bestens umsorgt. Erst mit Speis und Trank, wofür **Candrian Catering** zuständig war, dann mit Kulturgenuss. Allein der Festsaal des Schulhauses ist einen Besuch wert.

In dieser Aula, wo Krokodile, Hirsche, Indianer, Eskimos von den Wänden schauen, wurde Swissness pur mit einem internationalen Touch



Weltberühmt: Eliana Burki.

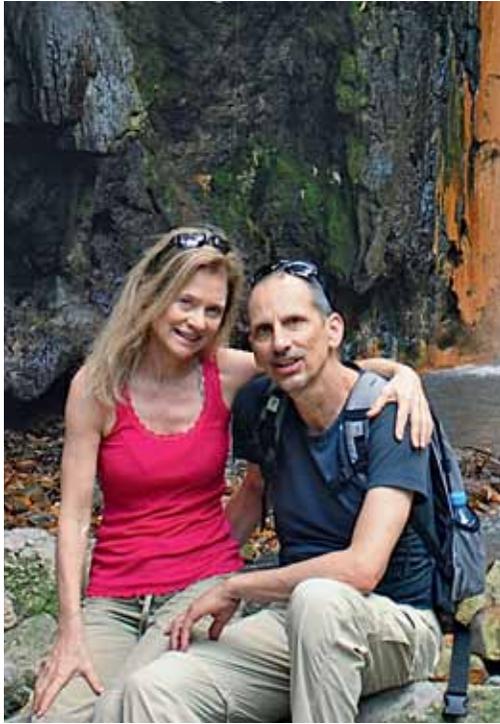
zelebriert. Interessant! **Eliana Burki**, die blonde Alphornspielerin aus Solothurn, ist mittlerweile weltberühmt. Die sexy junge Frau (königsblauer Samtblazer, ultrakurzer Spitzenmini, helle Beine, schwarze Stiefeletten), kreierte mit dem Alphorn einen neuen Sound: Blues, Jazz, Klassik – sie nennt ihn «Funky Swiss Alphorn». Wenn sie allein das Alphorn bläst, es in die Höhe hebt, als beschwöre sie mindestens das Matterhorn – ein erhebender Moment. Dann gab es noch einen Schlummertrunk und Dessert in der Märlihalle. Gastgeber **Peter Luginbühl**, Leiter Privatkunden Zürich-City, und seine Mitstreiter durften einen vollen Erfolg verbuchen.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Ich will

Die Psychotherapeutin Jacqueline Schmid, 57, und der Publizist Ueli Oswald, 62, lieben sich erneut seit zwei Jahren. Er schrieb ein Buch über Liebesgeschichten, die tatsächlich ewig dauern.



«Dann ging alles sehr schnell»: Schmid, Oswald.

Ueli: Eines der befragten Paare war 79 Jahre verheiratet. Frau Tschaggelar starb mit 101 Jahren: an ihrem Hochzeitstag. Doch es geht nicht darum, möglichst lange zusammenzubleiben und zeitliche Rekorde zu jagen, sondern die Beziehungsqualität hochzuhalten. Wenn ich eine Gemeinsamkeit hervorheben kann, die alle Paare befähigt, auch schwere Krisen zu meistern und gestärkt daraus hervorzugehen, dann ist das der Respekt dem andern gegenüber.

Jacqueline: Vielleicht liegt der Grund zum Durchstehen von Krisen und Leid im menschlichen Bedürfnis, verbunden und aufgehoben zu sein. Es ist wohl stärker als die Bedrohung durch die Krise. Mich fasziniert auch die erzählte Geschichte von Barbara und Fredi Morel: Barbara, das weltbekannte Fotomodell aus New York, und Fredi, der elf Jahre jüngere Teilzeitskilehrer aus Klosters. Da kamen zwei Menschen aus ganz unterschiedlichen Welten zusammen. Wie die beiden unter diesen Voraussetzungen beieinander Nähe finden konnten und bewahren und doch so unterschiedlich bleiben konnten, ist für mich erstaunlich.

Ueli: Es gibt einen deutlichen Unterschied zwischen den Paaren, die vor den sechziger Jahren geheiratet haben, und denen, die mit den gesellschaftlichen Umwälzungen jener Zeitperio-

de gross geworden sind. Es scheint, als wäre die Selbstverwirklichung bei den jüngeren Paaren ein weitaus grösseres Thema gewesen, das auch zu Konflikten in der Ehe führte. Für jene Paare, die zu Zeiten des Zweiten Weltkriegs Kinder aufzogen, schien die Existenzsicherung die zentrale Sorge gewesen zu sein. Insofern prägte das gesellschaftliche Umfeld auch die Ehen.

Jacqueline: Liebe, das ist eine tiefe, zeitlose Verbundenheit mit einem anderen Menschen, eine existenzielle Kraft, die Halt gibt und stärkt. Allerdings macht es keinen Sinn, die Liebe um jeden Preis zu erhalten. Zu viel Anpassung an den anderen, die Opferung eigener Bedürfnisse, die für einen den Sinn des Lebens bedeuten, kann auf die Dauer nicht funktionieren.

Ueli: Diese Interpretation gefällt mir. Unsere eigene Liebesgeschichte kam – wenn man so will – auch auf Umwegen zustande. Vor einigen Jahrzehnten war Jacqueline der erste Mensch, der mir an der Universität begegnete. Wir redeten während einer Vorlesung nur kurz miteinander, trafen uns aber ein Jahr später wieder in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe. In dieser Zeit kamen wir uns sehr nahe.

Jacqueline: Ueli war aber verheiratet und hatte kleine Kinder, und ich war auch in einer Partnerschaft. Dass diese Liebe nicht lebbar und fortzuführen war, lag auf der Hand.

Ueli: Vor drei Jahren las ich im *Migros-Magazin* einen Beitrag über Jacquelines damaligen Freund. Das animierte mich, nach ihr zu suchen, um zu erfahren, was sie heute macht.

Jacqueline: Wir verabredeten uns zu einem Nachtessen. Es stellte sich heraus, dass wir beide in Beziehungen waren, die in Auflösung begriffen waren. Dann ging alles sehr schnell. Wir verliebten uns erneut, und diesmal passte alles. Unsere heutige Liebe betrachte ich als Frucht unserer Lebens- und Liebeserfahrungen. Wir akzeptieren unsere Verschiedenheiten, ohne sie zu bewerten, versuchen, bei Meinungsverschiedenheiten zuzuhören und zu reden. Gleichzeitig wollen wir aber auch unsere eigene Autonomie behalten und pflegen.

Protokoll: Franziska K. Müller

Ueli Oswald: Ja, ich will! Wenn Liebe ewig währt. Wörtersch. 224 S., Fr. 39.90

Nur eine Frage

Von Andreas Thiel — Ein umfassendes Interview mit Didier Burkhalter.

Thiel: Herr Burkhalter, zusammen mit Ihnen, Johann Schneider-Ammann, Doris Leuthard und Eveline Widmer-Schlumpf hat die SP ja jetzt schon insgesamt sechs Bundesräte. Nachdem Sie es längst geschafft haben, die Neutralität aufzugeben und das Bankkündengeheimnis abzuschaffen, um dem Staat den Zugriff auf die Privatvermögen seiner Bürger zu erleichtern, arbeiten Sie ja nun zusammen mit den Jungsozialisten intensiv daran, den Sozialstaat mit seinem ruinösen Umverteilungssystem noch mehr auszubauen, die Unabhängigkeit ganz aufzugeben und die Schweiz einer fremden Gerichtsbarkeit zu unterwerfen.

Dass der Bundesrat die freie Marktwirtschaft bald wieder in eine Planwirtschaft umgebaut haben wird, wird jetzt schon in vielen Sektoren durch den überbordenden Regulierungsdruck sichtbar. Mit unermüdlichem Gesetzgebungseifer und mit sozialistischen Machbarkeitsfantasien droht die Freiheit wieder einmal in der Umarmung des alles kontrollierenden Staates und der um sich greifenden Verwaltung zu ersticken.

Angesichts all dieser besorgniserregenden Tendenzen wollte ich Sie nun einmal so von Steuerzahler zu Staatsbeamtem fragen, wie weit Sie gedenken, mit dem sozialistischen Experiment diesmal zu gehen, und ob Sie glauben, dass es diesmal besser funktioniert als im letzten Jahrhundert, und falls nicht, ob Sie dann bereit sind, die Schuld wieder den politisch Andersdenkenden in die Schuhe zu schieben und diese zu verfolgen, und ob ich deshalb am besten jetzt gleich schon aufhören soll zu arbeiten und nehmen, was mir der Staat gibt, bevor er mir nimmt, was ich habe, oder ob es noch früh genug sein könnte, mit dem ganzen Kram aufzuhören, das Steuer rumzureissen und dieses kleine, an sich ganz hübsche Land wieder auf den Kurs der Freiheit und Unabhängigkeit zu führen.

Burkhalter: Äh, wie war die Frage?

Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.



Gruss aus der Hölle

Von Peter Rüedi



Wer, wie der Arzt Patrick Regamey, ein neues Weingut Histoire d'Enfer nennt, ist, zumal im katholischen Wallis, auf Provokation aus. Oder er hält es mit jenen, die, vor die Wahl gestellt, die Hölle einem Nachleben höheren Orts vorziehen, weil sie dort die interessantere Gesellschaft erwartet. Also auch die interessanteren Weine. Solche produziert Regamey mit seinen Partnern Alexandre Challand und James Paget und dem Önologen Benoit Paris zweifellos. Mit einer breiten Palette in Rot und Weiss hat es das *quartet infernal* mit dem «Syrah l'Enfer de la Patience» in einem Concours der *Schweizerischen Weinzeitung* aus dem Stand auf Platz eins gebracht. Von solchen Listen mag man halten, was man will (was mich betrifft: herzlich wenig), aber wer die Newcomer aus Corin-sur-Sierre vor der schweizerischen Öno-Superprominenz wie Gantenbein oder Zanini platziert, hätte immerhin einen Namen zu verlieren, wenn nichts taugte, was er da aus dem Hut zaubert.

Tatsächlich kommt von den sieben Hektaren des Walliser Quartetts (vier Hektaren eigene, drei gepachtete) nicht nur der gehypte (ausverkaufte) Super-Syrah, sondern, nebst der Walliser Spezialitätenpalette, nicht weniger als fünf verschiedene Pinots. Ich hätte nicht die Chuzpe, sie den «burgundischen» Ikonen von Gantenbein vorzuziehen. Aber zweifellos, und das ist doch allerhand, spielen sie in der gleichen Liga. Die «einfachsten» nennen sich «L'Enfer du Désir» und (besonders pikant) «L'Enfer du Plaisir»; mit ihrem schön fruchtigen Charme sind sie mit dem extrem mineralischen, dichten und doch sensationell frischen «Calcaire absolu» (von alten Reben in Salgesch) nicht zu vergleichen. Und zeigen doch die gleiche Handschrift eines Produzenten, der Schlankheit im Sinn hat und Eleganz, die Reben zum Teil – im Sinn der Charakterbildung – nicht entrappt an der Maische stehenlässt, mit neuen Barriques arbeitet, die Weine aber nicht mit der Holzkeule erschlägt. Der «Calcaire absolu» ist eine Sensation, auch zu seinem etwas gewagten Preis.

Histoire d'Enfer: Pinot noir L'Enfer du Plaisir 2011.
13 % Fr. 36.–. www.histoiredenfer.ch
Pinot noir Calcaire absolu 2011.
13 % Fr. 78.– (ebenda)

Noch ein Superlativ

Kein Jahr später: In kürzester Zeit hat sich Nenad Mlinarevic im «Park Hotel Vitznau» nach oben gekocht. Von David Schnapp



Regional, aber weltoffen: «Focus»-Küchenchef Nenad Mlinarevic.

Vor einem Jahr eröffnete an der Vierwaldstättersee-Riviera das famose «Park Hotel Vitznau» – Prestigeprojekt und Liebhaberobjekt eines Mannes namens Peter Pühringer. Geboren 1942 in der DDR, wurde Pühringer später mit Immobilien und als Vermögensverwalter sehr vermögend. Irgendwann kaufte er das alte Hotel in Vitznau im Zustand des Verfalls. 2013 erschien es dem Publikum wieder als strahlende Schönheit am schönsten See der Schweiz – inbegriffen ist eine Weinsammlung, bei deren Anblick selbst erfahrene Gourmets leer schlucken.

Dies also ist die Wirkungsstätte – jetzt kommt noch ein Superlativ – eines der talentiertesten Köche im Land: Nenad Mlinarevic heisst der Küchenchef im «Focus», dem Gourmetrestaurant von Pühringers Traumhotel. Vor nicht einmal einem Jahr schrieb ich über das erste Menü, das ich im «Focus» gegessen hatte, unter dem Titel «Ein neuer Stern» (*Weltwoche* Nr. 21/13). Ich war begeistert, aber hatte mich getäuscht: Daraus wurden dann (im Herbst) gleich zwei neue Sterne. Das «Focus» bekam sie vom «Guide Michelin» verliehen, eine Sensation – ein solcher Aufstieg kommt beim wichtigsten Restaurantführer der Welt sehr selten bis nie vor.

Regional, aber weltoffen

Seit dem ersten Besuch bin ich einige Male noch im «Focus» eingekehrt und fuhr jedes

Mal müde, aber glücklich nach Hause. Mlinarevic hat eine sehr schweizerische Eigenart kulinarisch verinnerlicht: Er kocht regional, aber weltoffen. Zu seinen Lehrmeistern gehören Andreas Caminada oder Hans-Peter Hussong ebenso wie René Redzepi oder Joachim Wissler. Bei einer Bestandsaufnahme gab es kürzlich in Vitznau Bergkartoffeln, Zwiebeln, Saibling und Knollensellerie gleichberechtigt neben einem Steinbutt, getauchten Jakobsmuscheln oder einem sorgfältig abgehängenen Entrecôte von Luma-Beef.

Präzise setzt der Schweizer mit serbischen Wurzeln Akzente: hier ein dichter, tiefer Champignonjus zu einem seidigen, nussigen Stück Tofu, dort eine hochkonzentrierte, nachtschwarze Trüffelcreme zu aromatischem Rindfleisch und erdig-süßer Schwarzwurzel. Mlinarevic hat sich in erstaunlich kurzer Zeit nach oben gekocht. 2010 war er in der «Neuen Blumenau» erstmals als Küchenchef für ein Restaurant verantwortlich, heute gehört seine Küche landesweit zu den besten: abwechslungsreich, geschmackvoll und technisch hochstehend.

Restaurant Focus, Park Hotel Vitznau,
Seestrasse 18, 6354 Vitznau. Telefon 041 399 60 60.
Sonntags und montags geschlossen, nur Abendessen.
Ausführliche Besprechung des Menüs auf
www.dasfilet.ch



Auto

Liebe Katze, böse Katze

Mit dem XJ-R erweitert Jaguar das Leistungsspektrum seiner grossen Luxuslimousine zum Vergnügen ihres Fahrers. *Von David Schnapp*

Genau einmal in dieser Kolumne werde ich das Wort «Katze» in Zusammenhang mit einem Jaguar benutzen. Eigentlich ist es ja kein besonders originelles Sprachbild, jeder Autojournalist benutzt es in diesem Zusammenhang. Aber jetzt, für einmal, hier passt es: Der Jaguar XJ-R hat zwei Gesichter, das einer lieben Katze und das einer bösen Katze. Wenn man ihn einschaltet, grollt es kurz aus den vier etwas banal aussehenden Endrohren.

Wenn der Fünf-Liter-Achtzylinder-Motor seine Betriebstemperatur erreicht hat, läuft

er wunderbar ruhig, das luftgefederte Fahrwerk ist immer noch sehr komfortabel ausgelegt, und die vielen Quadratmeter feines Leder, von denen man in diesem Auto umgeben ist, sorgen für typisch britische Wohlfühl-atmosphäre. Das ist die eine Seite.

Die andere Seite geht so: Man drückt eine Taste auf der Mittelkonsole, auf der eine Zielflagge abgebildet ist. Dann erscheint im Display der Text «Dynamikmodus bestätigt», die Grafik des volldigitalen Tachos wird rötlich eingefärbt, und es ist fertig mit Gemütlichkeit. Nun wird der XJ-R richtig laut, aus den Endrohren faucht und röhrt und brüllt es, man fährt plötzlich ein ganz anderes Auto.

Nur zwei Sitze und eine rote Stange

Mit dem XJ-R hat Jaguar am obersten Ende seines Portfolios etwas aufgeräumt. Statt der bisherigen Modellvarianten mit V8-Motor, des XJ 5.0 V8 (385 PS) und des XJ Supersport (510 PS), gibt es jetzt nur noch den XJ-R. Der ist natürlich, schreibt Jaguar, der «stärkste und agilste XJ aller Zeiten». Im Bereich der

hochgerüsteten, grossen Luxuslimousinen ist das Angebot überschaubar, neben dem Jaguar gäbe es noch den S8 von Audi mit 520 PS und Allrad, den Mercedes S63 AMG mit 585 PS und Allrad sowie den Porsche Panamera Turbo (und Turbo S) mit 520 beziehungsweise 570 PS. Ausser dem Audi liegen alle anderen deutschen Modelle preislich weit über dem XJ-R.

Der Verzicht auf einen Allradantrieb ist beim XJ-R in einer unterhaltsamen Fahrdynamik zu spüren. Zwar gibt es ein aktives, elektronisches Differenzial, aber wenn man im zweiten Gang scharf aus einer Kurve schiesst, wird der Wagen ziemlich unruhig, es geht einige adrenalingesättigte Momente, bis die Fahrsysteme das Heck wieder stabilisiert haben.

Hier sind auch die Grenzen der Möglichkeiten zu spüren, aus einem über zwei Tonnen schweren und einiges über fünf Meter langen Auto einen Sportwagen zu machen. Ein Kurvenjäger wird der XJ-R nie, aber auf der Autobahn, sofern die Höchstgeschwindigkeit einigermaßen grosszügig ausgelegt ist, ist der Jaguar Garant für nie abnehmende Fahrfreude.

Denn eine Frage darf man in dieser Kategorie nicht stellen: Wozu braucht man so ein Auto? Es ist nämlich ganz einfach: weil es eine sehr vergnügliche Art ist, irgendwo hinzufahren.

Jaguar XJ-R

Leistung: 550 PS, Hubraum: 5000 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 280 km/h
Preis: Fr. 174 800.-; Testwagen Fr. 182 990.-





«Quatsch, ich mach das seit 25 Jahren»: Sawiris, Unternehmer, 57.

MvH trifft

Samih Sawiris

Von Mark van Huisseling — Wer 2008 bei ihm investierte, hat fast alles verloren. Was man trotzdem von dem Milliardär lernen kann.

Sind Sie ein sehr beschäftigter Mann?» (Es dauerte ein Jahr und vier Monate bis zu diesem Gespräch. Plötzlich kam ein Vorschlag für ein Treffen – mit einem Tag Vorlauf. Er hatte dann eine Stunde Verspätung, und die vergangenen zwanzig Minuten, die er vorne rechts und ich hinten links sitzend in einem Auto verbrachte, das ihn von Altdorf nach Andermatt fuhr, telefonierte er.) «Im Augenblick schon, ich bin normalerweise weniger gestresst. Ich halte meinen Tag ziemlich locker, damit ich Zeit habe, um zu fokussieren.» – «Jetzt haben Sie eine Doppel- oder Dreifachbelastung, Sie sind auch Chef Ihrer Holdinggesellschaft.» («Orascom-Geschäftsführer Gerhard Niesslein geht überraschend per Ende Februar», SDA-Nachricht vom 28. Februar) «Ja, ich meine, was soll's? Jemand muss es machen, bis wir den richtigen Mann finden. Und ich glaube, ich bin *the best of the worst.*» (Er spricht Deutsch fast ohne Fehler, er studierte in Berlin.)

Samih Onsi Sawiris, 57, ist ein ägyptischer Unternehmer. Und der bekannteste Ägypter in der Schweiz (steht nicht bei Wikipedia). Die Familie – er und seine beiden Brüder übernahmen die Orascom Hotels und Development vom Vater – soll zwanzig Milliarden Dollar haben. Diese Schätzung dürfte zurzeit zu hoch sein, da Familie Sawiris zur Mehrheit in Ägypten investiert ist. Die wichtigste Neuentwicklung befindet sich in Andermatt: Es soll ein Resort mit 490 Wohnungen, sechs Hotels (vier und fünf Sterne), 25 Villen und Golfplatz entstehen, die 1,8 Milliarden Wert haben sollen (Verkaufspreise, eigene Angaben). Ende 2013 öffnete, vier Jahre nach Baubeginn, das Fünfsternehotel «The Chedi». Sawiris macht einen anderen Eindruck als Milliardäre, die ich bisher kennenlernte: kein Gefolge, wenig Gehabe, Lachfalten um die Augen, informeller Auftritt (das ist wohlmeinend, man könnte auch sagen, es sieht aus, als schlafe er in den Kleidern).

«Wenn man 2008, als Sie Orascom in Zürich fürs Publikum öffneten, investierte, hat man bis heute ein kleines Vermögen gemacht – falls man mit einem grossen Vermögen reingegangen ist, die Aktie ist um neunzig Prozent gefallen.» – «Es fing mit der Lehman-Krise an [Pleite einer amerikanischen Grossbank im Herbst 2008, löste vielerorts Rezession aus]; ich kenne keinen Menschen, der danach in Immobilien investiert hat. Dann eine Revolution in Ägypten und noch eine zweite, mit Fundamentalisten in der Regierung... Und als ob das nicht reichte, hatten wir auch in unserem wichtigsten Projekt viele Probleme – Zweitwohnungsinitiative; Umweltverbände verlangten Auflagen bei der Verbindung der Skigebiete Andermatt und Sedrun... Das alles machte enormen Druck auf die Aktie. Aber aus meiner Sicht hat die Gesellschaft fast alles geleistet, was sie versprochen hat. Trotz Krise, natürlich dank meinem eigenen Geld.» (Ein grosser Teil davon kam aus Ferienwohnungen und Hotels in Ägypten, Oman. Ich kenne, nur zum Sagen, Menschen, die nach Lehman in Immobilien investiert haben – ich zum Beispiel; man soll ja kaufen, wenn Blut in den Strassen fliesst.)

«Es sieht aus, als hätten Sie einen Kreis von hundert Kilometern um den Flughafen Zürich gezogen – und seien so auf Andermatt, einen weissen Flecken, gekommen.» – «Ich habe keinen Kreis gemacht, aber als ich nach Andermatt kam, war mir sofort klar, dass wir hier einen Ort haben mit Potenzial.» – «Einen Ort, der, in meinen Augen, nicht in den gleichen Satz passt wie das Wort <Glamour>. Der für Sie aber irgendwie St. Moritz oder Gstaad zu sein scheint.» – «Quatsch, Entschuldigung, aber ich mach das seit 25 Jahren. Wenn ich so dumm wäre, wäre ich nicht so reich. Wenn ich ein Stück Wüste sehe und sage, ich werde hier das und das und das machen, heisst das doch nicht, dass ich meine, die Wüste sei schon wie Porto Cervo. Was ich hier gefunden habe, ist das Stück Wüste, aus dem man etwas Besseres machen kann, als was in St. Moritz machbar ist. Das ist die Aussage.» – «Trotzdem, High End und Andermatt gehen nicht zusammen.» – «Meinen Sie, ich baue sechs <Chedi> Eben nicht. Wir brauchen von der Ferienwohnung, wo man ein Zimmer mieten kann, bis zur Penthouse-Suite für 6000 Franken alles. Ich decke das ab, was es noch nicht gibt.» – «Nur mit Zahnärzten aus Zürich werden Sie nicht 1,8 Milliarden Franken holen...» – «Ja, deshalb haben wir ja die Berechtigung für die Lex-Koller-Befreiung [bedeutet, dass Ausländer kaufen dürfen]. Aber ich bin stolz, wie viele Schweizer ich überzeugen konnte, das Risiko einzugehen und dem Ägypter zu vertrauen – mehr als sechzig Prozent der Käufer sind Schweizer.»

Sein liebstes Restaurant: «Kronenhalle», das ist immer todsicher korrekt und richtig und schmeckt gut.» «Kronenhalle», Rämistr. 4, Zürich, Tel. 044 262 99 00

	1	2	3	4		5		6		7	8	9	10	11
12						13	14		15		16			
17						18				19				
		20			21									
22	23						24				25		26	
				27		28			29		30			
31		32	33					34						
	35					36	37				38		39	
40					41					42				
43							44		45					
		46							47					
48							49					50		

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Für durstige Fussgänger geeignet

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Wer wohl schuld ist, wenn er wieder mal platzt? 7 Solch ein Gegenstand kann dann allerhand zu reden geben. 12 Basler kennen den Baschi wohl am besten. 13 Rasender Jäger des weissen Wals. 16 Er teilt wie eine steinerne Wand das grosse Land. 17 Jungfrau und Mutter?, das kam hier durcheinander. 18 Was Adam und Eva sicher nicht waren. 20 Märchenhafte Eigenschaft. 22 Genau zwei Drittel von 10 senkrecht. 24 Hundert ergeben eine Kina. 25 Typisch afrikanisch und optisch eine Mischung aus Pferd und Rind. 27 Er sammelt sich arm. 29 Die Parade ganz ohne Militär, dafür mit mehr Zuschauern. 31 Worauf wir notgedrungen immer wieder sitzen. 34 So eine Art fernöstliche OECD. 35 Womit die Augen Fischen ähneln. 36 Christian, kennt auch Oscar. 38 Den comunismo und Mojito lernt man dort schon ein bisschen kennen. 40 Masse: zähflüssig und synthetisch. 42 In Lausanne ist der Geschätzte teuer. 43 Kosename für das Tier, das wir alle gern mal sehen möchten. 44 Sie verpflichtet, zumindest bei den Franzosen. 46 Schwedische Insel, die Erinnerungen an dortige Seeschlacht weckt. 47 Der Tanz mit 42 waagrecht kündigt sich entsprechend an. 48 Das lebende Fossil mag es schattig. 49 Er kommt aus den USA und gebärdet sich auch bei uns manchmal flegelhaft. 50 Im Mittelalter Goldmünze, im 20. Jahrhundert mal Währungseinheit.

Senkrecht — 1 Urlaub mit Methode. 2 SchauspielerIn ... hatte bestimmt ihre ... 3 Münzen, erinnern an einstigen König in Arabien. 4 So gesehen trostlos. 5 Sinngemässe Mitte ohne Ende. 6 In Kurdistan und fast so gross wie Zürich. 8 Kommt in Frankreich vor 35 waagrecht. 9 Womit das Öl nicht in den Salat gehört. 10 Haarige Sache. 11 Eigenschaft für zeitliche Dimension. 12 Er informiert über persönliche Bedürfnisse. 14 Es zeigt verlässlich sich wiederholende Vorgänge. 15 Tritt sie auf, schöpft der Kommissar Verdacht. 19 Ist man in Port Vila, dann auch dort. 21 Eigenschaft, die auch ohne Finale Schrecken schafft. 23 Pariser Vorzeigestrasse. 25 Sie sind nichts für Spiesser, sondern etwas für Geniesser. 26 Nicht Stephan, sondern sie mit ihren Millionen Büchern. 27 Italiener sind länger freundlich als Franzosen. 28 Schweizer in Russland mögen da an ein Chalet denken. 30 Mund und darauf Schlund. 32 Er schlägt schon mal Alarm. 33 Von dort zum Zentrum. 34 Der Traum, geschrieben vom schwer verständlichen Dichter. 37 Erst mit ihm ist Eistert-Synthese vollständig. 39 Vom Ort der Blick auf die Kvarner Bucht. 40 Die Deutsche: von der UFA in die USA, vom Schauspiel zum Chanson. 41 Mit dem Gehör erkennen können es so auch Schotten. 42 Verband, den auch schon mal das Verbrechen verbindet. 45 Die ersten Bände sollen in Kürze erscheinen. ©Fritz Müller - Rätselfactory AG

Lösung zum Denkanstoss Nr. 360

	S	M	A	R	A	G	D	E		S	M	A	S	H
H	C	A	P		L		A	I	R	P	O	R	T	
E	H	R	E	N	M	A	N	N		U	R	E	A	
L	A	I	L	A		E	I	D	E	R	E	N	T	E
I	B	N		G		S		R	I	T	T		I	
	B		G	E	R	T	R	U	D		T	R	O	G
G	E	R	A	N	I	E		C		S	I	O	N	
E	S	E	L		S		S	K	A	T		E	A	R
N		M	A	L	O	J	A		B	A	S	T	E	I
I	M	I	T	A	T		C	H	A	R	T	E	R	N
E		S	E	T	T	E	R		R	E	A	L		N
	V	E	R	S	O		E	N	T		U	N	Z	E

Waagrecht — 1 SMARAGDE 7 SMASH 11 HCAP (HC Ambri Piotta) 12 AIRPORT 13 EHRENMANN 16 UREA (Harnstoff) 17 LAILA (finn. f. die "Weise") 18 EIDERENTE 20 IBN (Sohn, Teil v. arab. Personennamen) 21 RITT 22 GERTRUD 24 TROG 26 GERANIE 28 SION 29 ESEL 30 SKAT (entwickelte sich aus dem Kartenspiel Schafkopf) 32 EAR 34 MALOJA 36 BASTEI 38 IMITAT 39 CHARTERN 40 (Gordon) SETTER 41 REAL (-ist) 42 VERSO (Rückseite eines Blattes, recto ist das Gegenteil) 43 ENT 44 UNZE

Senkrecht — 1 SCHABBES (auch Sabbat) 2 MARIN 3 APEL (Hans, dt. Verteid.minister 1978-82) 4 ALM 5 DANI (Levy, Filmtitel) 6 EINDRUCK 7 SPURT 8 (Nanni) MORETTI (Filmregisseur, Der Italiener ist Filmtitel) 9 AREN 10 STATIONAER 11 HELI 14 NAGEN 15 AESTE 19 EID 22 GALATER 23 RISOTTO (it. f. kleiner Reis) 25 ROETELN 26 GENIE 27 REMISE 28 STARE 30 SACRE (franz. f. heilig [Gegenstand] und verdammter Mist) 31 ABART 33 RINNE 35 LATS 37 STAU

Lösungswort — **GLOBETROTTER**

EMS
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Hochleistungspolymere
Spezialchemikalien

CERTINA

SWISS WATCHES SINCE 1888



OFFICIAL TIMING PARTNER OF THE



PRECISELY
YOUR
MOMENT

DS-2

12-STUNDEN PRECIDRIVE
CHRONOGRAPH MIT 1/100 SEK.

WWW.CERTINA.COM

